



# Plenarprotokoll

## 7. Sitzung

Mittwoch, 26. September 2012

<b>Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Reinhold David Stühlmeyer</b> .....	386	Antrag der Fraktion der CDU	
<b>Haushaltsklarheit und -wahrheit müssen erfüllt sein</b> .....	387	Johannes Callsen [CDU].....	388, 401
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	389
Drucksache 18/223		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	391
Wolfgang Kubicki [FDP].....	387	Oliver Kumbartzky [FDP].....	393
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	387	Angelika Beer [PIRATEN].....	394
		Lars Harms [SSW].....	396
<b>Aktuelle Stunde</b>		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	398
<b>Strategie der Landesregierung zur Zukunft der Husumer Windenergiemesse nach dem Scheitern der Mediationsgespräche mit Hamburg</b>	388	Torsten Albig, Ministerpräsident... Wolfgang Kubicki [FDP].....	399 402
		<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG-Schl.-H.)</b> .....	403

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/191		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	426
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	403	Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/181 durch die Annahme des Antrags 18/9 in Ausschussfassung erledigt	
Hans Hinrich Neve [CDU].....	404	2. Annahme des Antrags Drucksache 18/9 in der Fassung der Drucksache 18/198 in namentlicher Abstimmung	
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	407	3. Antrag Drucksache 18/10 mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt erklärt.....	427
Wolfgang Kubicki [FDP].....	408		
Lars Harms [SSW].....	409	<b>Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 6. Mai 2012 (Wahlprüfung) .....</b>	<b>427</b>
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	410	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/163	
Andreas Breitner, Innenminister....	411	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-erstatteerin.....	427
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	412	Beschluss: Annahme der Beschlussempfehlung Drucksache 18/163.....	429
<b>Gemeinsame Beratung</b>		<b>Pflegeausbildung zukunftssicher machen.....</b>	<b>429</b>
<b>a) Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.....</b>	<b>412</b>	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/9	
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/181		<b>Attraktivität des Pflegeberufs stärken.....</b>	<b>429</b>
<b>b) Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.....</b>	<b>412</b>	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/215	
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/9		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	429
<b>c) Parlamentarismus im Wandel.....</b>	<b>412</b>	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	430
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/10		Birte Pauls [SPD].....	431
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/198		Anita Klahn [FDP].....	433
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-erstatteerin.....	412	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	434
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	413, 423	Flemming Meyer [SSW].....	435
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	419	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	436
Birgit Herdejürgen [SPD].....	419		
Uli König [PIRATEN].....	421		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	425		

Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/215 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/183.....	437	<b>Nukleare Entsorgung im Konsens regeln</b> .....	456
<b>Knickschutz verbessern</b> .....	437	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/232	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/186		Olaf Schulze [SPD].....	456, 463
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	437, 445	Jens-Christian Magnussen [CDU].	457
Heiner Rickers [CDU].....	439, 445	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	459
Sandra Redmann [SPD].....	440, 446	Oliver Kumbartzky [FDP].....	460
Oliver Kumbartzky [FDP].....	441	Angelika Beer [PIRATEN].....	461
Angelika Beer [PIRATEN].....	442	Flemming Meyer [SSW].....	463
Flemming Meyer [SSW].....	443	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	464
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	447	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	466
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	448	Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/232 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/180.....	466
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/186.....	448	<b>EU-Meeres- und Fischereifonds für eine an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Fischerei in Schleswig-Holstein nutzen</b> .....	466
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Oberflächenwasserabgabegesetzes</b> .....	448	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/185	
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/182		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	466, 473
Oliver Kumbartzky [FDP].....	449, 454	Klaus Jensen [CDU].....	467, 474
Hauke Götsch [CDU].....	450	Lars Winter [SPD].....	468
Lars Winter [SPD].....	451, 454	Oliver Kumbartzky [FDP].....	469
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	452	Angelika Beer [PIRATEN].....	470
Flemming Meyer [SSW].....	453	Flemming Meyer [SSW].....	472
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	454	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	473
Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss.....	456	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/185.....	474
<b>Atomausstieg verbindlich umsetzen</b> .....	456	<b>Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2012 bis 30. Juni 2012</b> .....	475
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/180		Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 18/158	

Uli König [PIRATEN], Bericht-  
statter..... 475

Beschluss: Kenntnisnahme des Be-  
richts Drucksache 18/158 und Be-  
stätigung der Erledigung der Peti-  
tionen..... 475

\* \* \* \*

#### Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-  
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-  
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des  
Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung  
und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-  
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-  
heit, Familie und Gleichstellung

\* \* \* \*

#### Beginn: 10:01 Uhr

#### Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Ta-  
gung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das  
Haus ist ordnungsgemäß einberufen und be-  
schlussfähig. Für die Landesregierung beurlaubt ist  
ab 15 Uhr Frau Ministerin Heinold.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von  
Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Im Alter von 77 Jahren ist am 9. September 2012  
der frühere Landtagsabgeordnete Reinhold David  
Stühlmeyer verstorben. Er gehörte dem Schleswig-  
Holsteinischen Landtag von 1979 bis 1983 als Mit-  
glied der SPD-Fraktion an. In dieser Zeit war er  
Mitglied des Innen- und Rechtsausschusses, des  
Landeswahlausschusses sowie des Richterwahlaus-  
schusses. 1934 in Osnabrück geboren, durchlief  
Reinhold Stühlmeyer zunächst die Ausbildung für  
den mittleren Postdienst. Ein neben der Berufstätig-  
keit höchst mühevolleres Abendstudium an der Ver-  
waltungs- und Wirtschaftsakademie Osnabrück  
schloss er 1960 mit dem Verwaltungsdiplom ab.  
1961 wechselte der Postassistent zur Deutschen  
Postgewerkschaft und wurde sieben Jahre später  
deren hauptamtlicher Bezirksvorsitzender für den  
Bereich der damaligen Oberpostdirektion Kiel. Ab  
1968 gehörte er auch dem DPG-Hauptvorstand so-  
wie dem Landesbezirksvorstand Schleswig-Hol-  
stein des Deutschen Gewerkschaftsbundes an.

Wie so viele fand Reinhold Stühlmeyer, der seit  
1963 auch Mitglied der SPD war, über sein kom-  
munalpolitisches Engagement in die Landespolitik.  
Er gehörte in den 70er-Jahren der Preetzer Stadtver-  
tretung an. Zeitlebens machte er sich stark für so-  
ziale Gerechtigkeit, für Arbeitnehmerrechte und für  
ein faires Miteinander in unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holstei-  
nische Landtag gedenkt seines früheren Abgeordne-  
ten Reinhold Stühlmeyer in Dankbarkeit. Unsere  
Anteilnahme gilt seinen Angehörigen. Ich bitte Sie  
nun, einen Moment im Gedenken an unseren ver-  
storbenen Kollegen innezuhalten. - Sie haben sich  
zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erho-  
ben, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der FDP  
hat im Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache  
18/223 einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt.

(Präsident Klaus Schlie)

### Haushaltsklarheit und -wahrheit müssen erfüllt sein

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/223](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich erteile dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

#### Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich im Vorfeld vernommen habe, dass die regierungstragenden Fraktionen der Dringlichkeit zustimmen werden, kann ich mich auf die Frage beschränken, warum wir uns während dieser Plenartagung mit der **Situation der HSH Nordbank** beschäftigen müssen.

Die Probleme sind durch die öffentliche Berichterstattung der letzten Tage deutlich geworden. Der von mir sehr geschätzte Kollege Andresen hat in seiner Pressemitteilung vom Freitag dargestellt, dass die Situation in der HSH Nordbank äußerst ernst zu nehmen sei. Die Ziehungswahrscheinlichkeit für die **Garantie der Länder** Schleswig-Holstein und Hamburg ist gestiegen, und die Eigenkapitalquote ist gesunken. Der **Haushaltsentwurf 2013** wird uns im November zugeleitet werden, und es steht die Frage im Raum, über die wir diskutieren müssen, ob nicht für den Haushalt 2013 bereits Vorsorge getroffen werden muss und soll für den mittlerweile wahrscheinlicher gewordenen Fall, dass die Eigenkapitalquote von 9 % unterschritten werden wird beziehungsweise dass die Wahrscheinlichkeit auf über 50 % steigt, dass die Garantien der Länder gezogen werden müssen.

Es tritt hinzu, dass Hilfen des Bundes, die zur Verfügung stehen, nur noch bis Ende des Jahres abgerufen werden können, sodass es dringend geboten ist, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, Herr Dr. Stegner. Nichts wäre fataler als eine Situation, die im Januar oder Februar des nächsten Jahres eintritt, ohne im Haus behandelt worden zu sein und ohne die Möglichkeit, prüfen zu können, ob Hilfen des Bundes zur Eigenkapitalstärkung der HSH Nordbank in Anspruch zu nehmen sind.

Deshalb ist dieser Antrag von der FDP-Fraktion eingebracht worden. Dieses Haus ist der Ort, an dem über die Probleme diskutiert werden muss. Ich bitte um Zustimmung zur Dringlichkeit.

#### Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag in der Drucksache 18/223 abstimmen. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Mit der Drucksache 18/226 haben die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW eine gemeinsame Vorschlagsliste für die Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses vorgelegt. Ich schlage Ihnen vor, diesen Wahlvorschlag als Tagesordnungspunkt 15 A in die Tagesordnung einzureihen und am Freitag vor Aufruf der Sammeldrucksache ohne Aussprache darüber abzustimmen.

Mit der Drucksache 18/227 liegt Ihnen ein weiterer Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW zur Bestellung der Mitglieder der G-10-Kommission nach dem Landesverfassungsschutzgesetz vor. Hier schlage ich vor, den Wahlvorschlag als Tagesordnungspunkt 15 B in die Tagesordnung einzureihen und am Freitag ebenfalls ohne Aussprache aufzurufen. - Widerspruch sehe ich nicht, wir verfahren so.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4, 9, 14, 15, 16, 21, 26, 30, 44, 45, 47, 49 und 50 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 12 und 53.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 6 und 27, Gesetzentwurf und Entschließungsantrag zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes; die Tagesordnungspunkte 11 und 25, Gesetzentwurf und Antrag zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe; die Tagesordnungspunkte 17 und 39, Anträge zur Rechtssicherheit für Künstler und Veranstalter und zur GEMA-Reform; die Tagesordnungspunkte 19 und 46, Anträge zur Stärkung des Kinderschutzes und zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in Schleswig-Holstein; die Tagesordnungspunkte 23 und 32, Anträge zur Drogenpolitik und Suchtprävention, und die Tagesordnungspunkte 28 und 42, Anträge zu einer digitalen Gesellschaft mit einer



**(Präsident Klaus Schlie)**

Bundesratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet sowie schließlich die Tagesordnungspunkte 34 und 51, Änderung der Geschäftsordnung des Landtags sowie Antrag Parlamentarismus im Wandel.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 4. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause in der Zeit von 13 Uhr bis 14 Uhr vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße mit Ihnen gemeinsam auf der Besuchertribüne 50 Besucherinnen und Besucher der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin mit Auszubildenden. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde****Strategie der Landesregierung zur Zukunft der Husumer Windenergiemesse nach dem Scheitern der Mediationsgespräche mit Hamburg**

Antrag der Fraktion der CDU

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Herr Abgeordnete Johannes Callsen.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Husumer Windmesse** gehört nach Husum. Das ist für unsere Fraktion, die CDU-Fraktion, völlig klar.

(Beifall CDU und FDP - Lachen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich über die große Zustimmung zu dieser Aussage; denn die Husumer Windenergiemesse ist die Leitmesse für Windenergie in Norddeutschland, und sie ist auch Zeichen der Energiewende in Schleswig-Holstein. Sie steht für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze.

Deswegen sind die **Abwerbungsversuche aus Hamburg**, die wir erleben, nicht nur ein Schaden für die Husumer Windmesse, sondern sie schaden auch der **Zusammenarbeit zwischen Hamburg**

**und Schleswig-Holstein**. Dies alles sind Gründe, sich kraftvoll für die Husumer Windmesse einzusetzen. Dieses ist das, was wir von der neuen Landesregierung, von dem Herrn Ministerpräsidenten erwarten.

Ich will gern zugestehen: Es hatte ja schon in der vergangenen Wahlperiode für einige Verwunderung gesorgt, dass die ehemalige Kollegin der SPD-Fraktion, Frau Sellier, für die SPD-Fraktion in diesem Hause erklärte, sie halte die Hamburger Abwerbeversuche für klug. Auch im Koalitionsvertrag spielt die Messe HUSUM Wind keine Rolle. Und dann war da auch noch der Antrittsbesuch von Herrn Albig bei Olaf Scholz in Hamburg, bei dem der Herr Ministerpräsident den Konflikt zwischen Hamburg und Husum einfach wegzulächeln versuchte.

Es war auffällig, dass Herr Albig seit diesem Termin exakt die gleiche **Sprachregelung** zur Messe hatte, wie sie der Hamburger Oberbürgermeister Olaf Scholz an diesem Tag gesetzt hatte, nämlich dass der Standortstreit eine **Sache der Messegesellschaften** sei.

Es macht schon erschrocken, mit wie wenig Energie die Landesregierung für die Husumer Messe eintritt. Herr Ministerpräsident: Warme Worte allein reichen nicht aus, um sich für den Standort Husum und für Schleswig-Holstein starkzumachen.

(Beifall CDU - Zuruf SPD: Das haben wir gerade gesehen!)

Die Krönung haben wir erlebt, als Hamburg just vor Beginn der Husumer Messe eine Plakataktion mit dem Slogan „See you in Hamburg“ startete. Ihr Versuch, Herr Ministerpräsident, dieses als Einladung zu einer Kaffeefahrt nach Hamburg wegzulächeln, war nur noch peinlich und ein Affront gegenüber der Messestadt Husum und gegenüber der schleswig-holsteinischen Windenergiebranche.

(Beifall CDU und FDP)

Denn es ist ja so: Die Hamburger Messegesellschaft gehört der Stadt Hamburg, wie ja auch der Kollege Matthiessen von den Grünen richtigerweise geschrieben hat. Die Windmessediskussion ist deshalb ein politisches Thema.

Herr Albig, seit letztem Freitag freuen Sie sich ja auch über die Gesprächsbereitschaft des Hamburger Wirtschaftssenators Horch: Weshalb eigentlich, wenn es angeblich doch nur ein Streit zwischen den Messen ist? Sie haben wochenlang gelächelt, während Hamburg der Husumer Messe das Wasser be-

(Johannes Callsen)

ziehungsweise den Wind abgegraben hat. Jetzt versuchen Sie, die Kurve zu kriegen.

Die Abwerbungsversuche aus Hamburg wirken sich sehr wohl auf das **Verhältnis** zwischen **Hamburg und Schleswig-Holstein** aus. Wenigstens hat Ihr Umweltminister Habeck die **politische Bedeutung** dieses Themas früh erkannt und deswegen bereits Mitte August deutlich gemacht, dass die erwartete Gegenleistung für den Hamburger Hafen für Schleswig-Holstein auch ein Entgegenkommen bei der Windmesse sein müsse. Der Ministerpräsident hat das am nächsten Tag bei einer Pressekonferenz alles ganz anders dargestellt und auch in den weiteren Wochen jeweils das tolle Verhältnis zu Hamburg gelobt. Während Herr Albig weiter lächelt, erklärte Minister Habeck am vergangenen Donnerstag im „Hamburg Journal“, dass zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein kein Herrscher-Diener-Verhältnis bestehen dürfe. Er trifft damit nicht nur den Nagel auf den Kopf, sondern er macht auch deutlich, dass das Verhältnis zu Hamburg innerhalb der schleswig-holsteinischen Landesregierung schnellstmöglich geklärt werden muss.

Dieser Ministerpräsident und diese Landesregierung müssen auf politischer Ebene unverzüglich dafür sorgen, dass die Abwerbungsversuche aus Hamburg eingestellt werden. Herr Albig, es reicht nicht, Probleme immer nur wegzulächeln. Sie müssen jetzt, Sie müssen umgehend gegenüber Olaf Scholz handeln und für Husum kämpfen!

(Beifall CDU und FDP)

Oder war Ihr gemeinsames Wahlplakat mit der Überschrift „Auf gute Nachbarschaft“ so gemeint, dass Sie immer das sagen, was Olaf Scholz Ihnen vorgibt? Ich sage sehr deutlich: Von jemandem, der vor der Wahl behauptet hat, Schleswig-Holstein sei sein Lieblingsland, dürfen die Menschen auch nach der Wahl erwarten, dass er sich massiv für die Interessen des Landes Schleswig-Holstein einsetzt.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Herr Abgeordnete Dr. Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen, dass die **HUSUM WindEnergy** in **Husum** bleibt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und SSW)

Es ist eine 25-jährige Erfolgsgeschichte, die wichtig für die Region und wichtig für unser Land ist, dass sich damals die Regierung unter Björn Engholm aufgemacht hat, die Zukunft der erneuerbaren Energien entschlossen zu verfolgen. Damals ist das in Husum ja entstanden.

Man muss in der Tat sagen: Das, was wir in der letzten Zeit erleben, ist schwierig. **Verhandlungen** werden abgebrochen, **fairer Umgang** befindet sich im freien Fall. Man muss auch über manchen Aktionismus klagen, und Stilfragen, die es dabei gegeben hat, kann man ebenfalls sehr deutlich kritisieren. Da gibt es gar kein Vertun.

Eigentlich geht es doch um die Frage: Wie kommen wir zu einer Lösung? Die Opposition hat zwei Strategien. Strategie Nummer eins ist: Ich polemisiere gegen Hamburg und werfe der aktuellen Regierung Unfähigkeit vor. Das ist schon einmal relativ einfach, das kann man so machen. Allerdings - muss ich sagen - nützt das wenig.

Die zweite Strategie - die hat bei Ihnen Tradition - ist: Ich lasse mir Zeit, tue nichts und lasse die Akteure glauben, die Politik werde das schon irgendwann lösen. Das war die Strategie der Herren de Jager, Callsen & Co. bis zur verlorenen Landtagswahl im Mai dieses Jahres, Herr Kollege Callsen, und nicht etwa vor zehn Jahren. Das ist gerade einmal ein paar Monate her.

Damit war das Kind schon fast in den Brunnen gefallen beziehungsweise nach Hamburg abgewandert. Wir haben schon im Jahre 2011 in diesem Hause vor Managementfehlern gewarnt und haben sowohl die Messgesellschaft wie auch die damalige Landesregierung aufgefordert, den Hintern hoch zu bekommen, wenn Sie mir den Ausdruck nachsehen, Herr Präsident. Nichts ist aber geschehen, und offenbar war das ohne Erfolg.

Ich glaube, dass die richtige Strategie eine ganz andere ist, nämlich erstens **Husum zu stärken**: Wir stehen hinter der HUSUM Wind, wir wollen, dass alle Aussteller bei uns willkommen sind. Wir wollen Husum herausheben, wir wollen uns auch nicht bange machen lassen. Ich glaube übrigens, das ist beim Wirtschaftsminister in guten Händen. Und beim Energiewendeminister ist die Haltung auch ganz eindeutig. Wir glauben, dass man Husum stärken kann und dass wir dann auch gute Aussichten haben.

Ich sage allerdings auch: Die langfristigen **Verbesserungen des Standorts** Husum sind von der Vor-

**(Dr. Ralf Stegner)**

gängerregierung nicht besonders energisch vorangetrieben worden, weder bei der B 5 noch bei der TASH, Tourismus Agentur Schleswig-Holstein, was überregionale Vermarktung im Geschäftstourismus angeht. Das ist auch eher ein Trauerspiel, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen tragen Sie natürlich einen erheblichen Teil der Verantwortung dafür, dass wir diese Situation jetzt haben.

Ich sage allerdings auch: Es hat wenig Sinn, überheblich an die Dinge heranzugehen. Es wäre besser ohne direkte Konkurrenz. Es wäre aber vor allem besser, wenn wir die **Zusammenarbeit mit Hamburg** weiter **ausbauen**. Das heißt, dass wir die Messe breiter aufstellen. Das heißt, dass wir die Abhängigkeit verringern. Das heißt, dass wir mit Hamburg verhandeln, übrigens nicht über die Medien, sondern direkt.

Warum müssen ausgerechnet wir der CDU und der FDP erklären, was **wirtschaftliche Interessen** sind? Seit wann sagt ausgerechnet die FDP, dass wirtschaftliches Denken gemein ist? - Der Markt führt gelegentlich zu nicht wünschenswerten Ergebnissen,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

aber er wirkt dort, wo wir keine Schranken setzen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sagen Sie jetzt, Herr Kollege Stegner!)

- Herr Kollege Kubicki, Heinrich Heine hat einmal gesagt: „Ein Kluger bemerkt alles, ein Dummer macht über alles seine Bemerkungen.“

Das ist sozusagen der Unterschied zwischen uns und Ihnen. Aber der Punkt, den ich an dieser Stelle nennen möchte, ist: Solange es für Hamburg wirtschaftlich attraktiv ist, wird man es versuchen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist unglaublich!)

Ich will daran erinnern, dass es Herr von Beust gewesen ist - übrigens kein Sozialdemokrat -, der die Konkurrenzveranstaltung in Hamburg dreimal in Gang gesetzt hat. Das waren die CDU und Herr von Beust und nicht etwa die Sozialdemokraten. Ich muss Ihnen auch sagen: Wir müssen eher darüber reden, wie unser Angebot an Hamburg aussieht. Ausgerechnet dem Ministerpräsidenten vorzuwerfen, er vertrete die Interessen Schleswig-Holsteins nicht richtig, ist schon kurios, und das von einer Opposition, deren Ministerpräsident immer gesagt hat, was für Hamburg gut ist, sei gut für Schleswig-

Holstein. Dem haben wir immer entgegnet: Was für beide gut ist, ist gut und nicht nur, was für Hamburg gut ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das unterscheidet uns durchaus von Ihnen.

Deswegen führen wir Gespräche mit Hamburg. Übrigens: Seitdem es die neue Regierung gibt, reden die **Messegesellschaften** auch einmal direkt miteinander. Unter Ihrer Regierung war das offenbar gar nicht möglich.

(Zuruf CDU)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Man muss, wenn man weiß, dass das am Ende von der Wirtschaft entschieden wird - die müssen auch für den Erfolg sorgen -, nicht so tun, als könne man das aus dem Handgelenk regeln, sondern man muss sich um die **Rahmenbedingungen** kümmern.

Ich muss ehrlich sagen, dass Sie, die Sie in Ihrer Regierungszeit keine Lösung gefunden haben, jetzt, kaum dass Sie abgewählt sind - es ist gerade wenige Wochen her -, hingehen und hier schon mit großer Empörung beklagen, die Regierung hätte nicht genug geleistet, zeigt nur, dass Sie wirklich nichts verstanden haben.

Nun habe ich mir für heute Morgen das Motto gesetzt: Milde erreicht mehr als Heftigkeit,

(Lachen FDP)

insofern will ich nachsichtig mit Ihnen sein. Der Alterspräsident weiß genau, dass das Kurzzeitgedächtnis ganz schnell nachlassen kann. Insofern will ich Ihnen das nachsehen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Er wird sicher klüger werden durch die Antwort, also bitte.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Dr. Stegner, habe ich Sie dahin gehend richtig verstanden, dass Sie es für marktwirtschaftlich sinnvoll und angemessen halten, wenn eine staatliche Messegesellschaft in Husum unterwegs ist, Visitenkarten verteilt und den dortigen Ausstellern, die bereits für 2014 gebucht haben, mitteilt, dass man bereit



(Dr. Ralf Stegner)

sei, die Stornogebühren zu übernehmen?  
Halten Sie das für angemessen?

- Nein, das halte ich nicht für angemessen.

(Beifall FDP)

Aber, Herr Kollege Kubicki, davon habe ich auch nichts gesagt, sondern ich habe versucht, der Marktwirtschaftspartei FDP zu erklären, dass **Politik** zwar für **Rahmenbedingungen** sorgen kann, jedoch teilweise Dinge wirtschaftlich von Menschen in der Wirtschaft entschieden werden, die uns nicht gefallen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Vom Staat!)

Deswegen können wir nicht einfach sagen, wir ändern das. Im Übrigen: Der **Erfolg der Messen** muss am Ende von den **Messeveranstaltern** konzeptionell verantwortet werden. Da ist manches zu tun. Und die Marktwirtschaftspartei FDP hat in der Vorgängerregierung geschlafen. Das ist das Problem. Das wollte ich Ihnen gern noch einmal mitteilen. Nett, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, das hier zu tun.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass man, wenn man sich die Sache ansieht, feststellen muss, dass wir gut beraten wären, die nächsten Monate zu nutzen - rechtzeitig vor 2014 -, um mit den Hamburgern eine gemeinsame Lösung zu finden, die übrigens durchaus eine aufgabenteilige Vereinbarung sein kann. Das erreicht man jedoch nicht, wenn man es mit Nichtstun macht wie Sie früher, und auch nicht, wenn man über die Presse schimpft. Denn ich weiß nicht, worin der Sinn liegen soll, die Nachbarregierung sozusagen über die Presse zu beschimpfen. Davon hat man ja gar nichts.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Fragen Sie mal Herrn Matthiessen!)

- Ich bin nicht Herr Matthiessen, sondern ich heiße Ralf Stegner, ich gebe solche **Presseerklärungen** nicht ab. Das ist Meinungsfreiheit, und die Meinungsfreiheit schließt auch ein, dass man nicht immer nur Dinge formuliert, die klug sind.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wissen Sie, in unserer Koalition kann man durchaus so miteinander sprechen.

(Lachen FDP)

Ihre Koalition hat nichts getan. Das ist viel schlimmer, als dass man sich ab und zu in der Formulierung vertut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass es gut ist, dass konstruktive Lösungen in Sachen HUSUM Wind jetzt von anderen gefunden werden müssen. Da hat die Landesregierung unser volles Vertrauen. Ich bin ganz sicher, dass Thorsten Albig, Reinhard Meyer und Robert Habeck die Richtigen sind, um mit den Hamburger Kollegen zu den Lösungen zu kommen, die wir brauchen.

(Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

Ich bleibe aber dabei - Marktwirtschaft, Volkshochschule erster Kurs, Herr Kollege Kubicki -, dass wir immer nur über die Rahmenbedingungen reden können.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP])

Die wirtschaftliche Verantwortung tragen diejenigen, die die Messe ausrichten. Daran werden wir nichts ändern können und wollen. Ich freue mich sehr, dass Sie nach Ihrer Krankheit kurzfristig wieder so munter hier sind. Sie können von uns noch eine Menge lernen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete von Kalben, das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich mit den Worten beginnen, dass ich selten eine solche Einmütigkeit in diesem Haus erlebt habe. Deshalb kann ich jetzt schon etwas streichen. Ich dachte, **HUSUM Wind** ist ein **Erfolgsrezept** und dass wir diesen Satz alle gemeinsam teilen können. Und HUSUM Wind - Herr Callsen hat recht - ist in Husum genau richtig angesiedelt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das sage ich bewusst als Bewohnerin des Hamburger Rands mit genau demselben Elan, wie es sicher gleich mein Kollege Lars Harms aus Nordfriesland unterstützen wird. Es tut mir leid, ich muss an dieser Stelle ein bisschen das relativieren, was mein werter Kollege eben gesagt hat.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Welcher?)

**(Eka von Kalben)**

Der Senat der Stadt Hamburg und Olaf Scholz sagten stets, dass es nicht Sache der Politik sei, über die Pläne der **Messegesellschaft Hamburg** zu entscheiden. Ich glaube, bei einer **hundertprozentigen Tochter** der **Stadt Hamburg** ist das nicht ganz richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Selbstverständlich kann die Politik Einfluss nehmen, und wahrscheinlich tut sie es auch, aber nicht in unserem Sinne.

Die **Schlichtungsverhandlungen** und ihr letztendliches Scheitern haben nach allem, was wir gehört haben, gezeigt, dass die ganze Ausrichtung der Messe auf die Interessen der Hamburger ausgerichtet ist und von einigen jetzt in Hamburg ansässigen Firmen vielleicht diktiert wird.

Ich akzeptiere nicht, dass bei einer hundertprozentigen Tochter der Stadt Hamburg gesagt wird, es gebe keine Möglichkeit, **politisch Einfluss** zu nehmen. Natürlich konkurrieren Messestandorte, aber sie agieren hier nicht im politikfreien Raum. Der Messestreit war und ist ein politischer Vorgang, und er muss politisch gelöst werden.

Wenn jetzt ein zweiter Vorgang, die **Schlick-Frage**, dazu führt, dass Hamburg anerkennt, dass es sich bei der Messefrage um eine politische Frage handelt, dann kann ich das nur begrüßen. Beide Vorgänge sind getrennt zu betrachten, aber sie stehen in einem doppelten politischen Zusammenhang. Die Vereinbarung, die der Umweltminister mit Senator Horch ausgehandelt hat, fußt darauf, dass Hamburg erstmals anerkennt, dass Schleswig-Holstein für Hamburg eine Last übernimmt und Hamburg diese auch finanziell kompensieren muss. Es ist gut, dass die Landesregierung das so festgestellt hat. Mein Dank gilt der Landesregierung insgesamt. Das ist ein Paradigmenwechsel, auch gegenüber der Vorgängerregierung, die den Schlick immer für lau genommen hat.

(Lars Harms [SSW]: Genau!)

Es zeigt, man kann von den Hamburgern auch etwas bekommen, wenn man hart mit ihnen verhandelt. Das sollten Sie sich, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die sich hier hinstellen, klarmachen. Sie haben der Elbvertiefung zugestimmt, ohne den Messestreit zu lösen.

(Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

Immerhin stellt Schleswig-Holstein 70 % der erforderlichen Ausgleichsflächen zur Verfügung.

Warum hat Herr de Jager da nicht als Gegenleistung den Messestreit geklärt? - Das hätte in Ihrer Verantwortung gelegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sparen Sie sich also Ihre Kritik, Sie meinen nur sich selbst.

Der Zusammenhang ist zweitens, dass bei der Messe wie beim Hafen Hamburger **Wirtschaftsinteressen** mit den **Interessen Schleswig-Holsteins** nicht automatisch **deckungsgleich** sind. Natürlich, ein florierender Hafen in Hamburg ist auch im schleswig-holsteinischen Interesse, aber wie bei der Elbvertiefung auch, tragen wir die ökologischen Belastungen. Hamburg zuerst - damit muss Schluss sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir Grüne und wir als Koalition stehen für eine bessere **norddeutsche Zusammenarbeit**. Letztes Jahr wurde das an dieser Stelle noch beschworen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Und sie bleibt wichtig. Aber es ist um sie so schlecht bestellt wie seit Langem nicht mehr. Der Grund dafür ist, dass Hamburg sie politisch nicht akzeptiert und wohl auch nicht will. Ich habe 25 Jahre in der hamburgischen Verwaltung gelebt

(Johannes Callsen [CDU]: Gelebt?)

- gearbeitet und gelebt, manchmal gelebt -, und ich weiß, dass es schwierig ist, dicke Bretter zu bohren. Auf der anderen Seite erlebe ich es jedoch gerade im Hamburger Rand, dass die Menschen das von uns erwarten. Ich glaube, es gibt nicht nur den Streit um die Wirtschaftspolitik, sondern das ist auch in der Verkehrspolitik, in der Schulpolitik und in der Kulturpolitik so. Überall brauchen wir die Zusammenarbeit. Es wirkt schon ein wenig Kleinklein, wenn wir jetzt als kleine Bundesländer im Norden anfangen, uns gegeneinander aufzustellen, anstatt gemeinsam zu streiten. Die Lachenden sind immer die Dritten, die den Vorteil haben.

Meine Damen und Herren, HUSUM Wind ist das Aushängeschild für die Westküste. Aus einer kleinen Pioniermesse ist eine der größten Messen dieser Branche geworden. In Nordfriesland machen wir die Energiewende, und wir Grünen werden weiterhin für die Messe kämpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die FDP hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **HUSUM WindEnergy** war auch in diesem Jahr wieder ein **voller Erfolg**, und gerade die Besucherzahlen und die Buchungszahlen für das nächste Jahr belegen das wirklich eindrucksvoll. Das ist auch eine große Anerkennung für den Messestandort Husum an sich.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Natürlich gilt auch ein großer Dank allen Beteiligten rund um die Messe sowohl den Angestellten als auch allen Beteiligten in und um Husum. Herr Stegner, ich kann hier wirklich keine Managementfehler feststellen. Ich finde es skandalös, dass Sie so etwas behaupten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, der Versuch Hamburgs, der **Windenergiehauptstadt Husum** die weltweite Leitmesse der Branche zu entreißen, hat sich wirklich als Flop erwiesen. Selbst die dreistesten **Abwerbeversuche** haben nicht gezogen. Das müssen Sie sich einmal vorstellen: Bis Sonntag waren sie noch offiziell Kooperationspartner, und dann laufen da Mitarbeiter der **Hamburger Messe** herum, verteilen Visitenkarten und bieten an, die Stornogebühren zu übernehmen.

Wie bereits gesagt wurde, ist die **Hamburger Messegesellschaft** staatlich getragen. Deswegen ist das durchaus politisch zu lösen. Das lernt man selbst an der Volkshochschule in Bordesholm, dass es so ist.

(Beifall FDP und CDU)

- Wie war das eben noch mit den Dummen und den Klugen und den Bemerkungen?

(Heiterkeit FDP)

Meine Damen und Herren, ich denke, die staatliche Hamburger Messegesellschaft sollte spätestens jetzt selber merken, dass sich diese Aktion überhaupt nicht gelohnt hat. Eigentlich sollte sie jetzt auf die privatwirtschaftlich geführte Husumer Messegesellschaft zukommen. Es gibt ja durchaus **Kompromissideen**, in Hamburg beispielsweise eine Offshore-Messe zu veranstalten und in Husum weiterhin die Onshore-Messe zu belassen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen, Wochen und Monaten ist sehr viel über den **Kon-**

**flikt mit Hamburg** geschrieben worden, und sehr oft ist die Landesregierung dabei kritisiert worden. Ich frage mich dabei ganz ehrlich: Warum ist die Landesregierung kritisiert worden? - Sie hat ja nichts gemacht.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat nichts gemacht! - Vereinzelt Heiterkeit)

- Es hat ein wenig gebraucht.

Nun, ganz im Ernst, es geht heute in dieser aktuellen Stunde um die **Strategie der Landesregierung** zur Zukunft der HUSUM Wind. Aber leider ist keine wirkliche Strategie erkennbar.

(Beifall FDP)

Vor zwei Wochen im **Wirtschaftsausschuss** hatten Sie, Herr Meyer, die Gelegenheit, Ihre Strategie zu erläutern. Aber was war zu hören? - Es war nichts zu hören. Es gab keine klare Positionierung zum Messestandort, kein Wort zum Infrastrukturausbau, keine Perspektiven oder gar Visionen für die Westküste.

Herr Albig, jetzt komme ich zu Ihnen, Sie haben im Wahlkampf ja mehrfach betont, dass Sie die **norddeutsche Zusammenarbeit** zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein weiter stärken wollten. Sie wollten eine starke Kooperation für einen starken Norden. Von der angestrebten Zusammenarbeit der norddeutschen Sozialdemokraten ist lediglich ein Trümmerfeld aus Egoismus und Unvermögen übrig geblieben. Das muss man wirklich einmal knallhart so sagen.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Dr. Stegner, ich denke, auch Sie wissen, dass Hamburg mehr von Schleswig-Holstein abhängig ist als umgekehrt. Und gerade das Thema **Hafenschlick** belegt das auch. Ich warne wirklich davor, die einzelnen Themen zu vermischen. Es darf hier nicht zu Streitigkeiten auf Sandkastenniveau kommen nach dem Motto: Der Olaf hat mir mein Förmchen geklaut, und jetzt klaue ich ihm sein Förmchen.

Auch das Thema **Elbvertiefung** ist bereits angesprochen worden. Von der Elbvertiefung hat Schleswig-Holstein etwas, und der Hamburger Hafen ist ein großer Arbeitgeber auch für Schleswig-Holstein. Das dürfen Sie nicht vergessen, liebe Freunde.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

(Oliver Kumbartzky)

Wir fordern Sie auf, Herr Ministerpräsident: Erklären Sie die ganze Angelegenheit zur **Chefsache**, sprechen Sie mit Ihrem Kollegen Herrn Scholz auf oberster Ebene - zum Wohle der norddeutschen Zusammenarbeit. Beide Bundesländer sind nämlich gerade im Zuge des weltweiten Wettbewerbs mehr denn je aufeinander angewiesen. Es wird eben auch Zeit, dass die norddeutsche Sozialdemokratie das nicht nur in ihren Sonntagsreden verkündet, sondern das auch endlich in ihrem Regierungshandeln entsprechend berücksichtigt.

Was Sie, Herr Albig, sich derzeit leisten und auch, was sich Herr Scholz leistet, ist höchst peinlich, denn gerade bei den internationalen Messebesuchern haben Sie sich wirklich lächerlich gemacht.

(Beifall FDP)

Was sollen die denken? Wenn sie aus China oder aus Südamerika kommen, fragen die sich wirklich, was dieser Streit soll, denn Hamburg und Husum liegen auf Google Maps eh auf einem Pixel.

Legen Sie den Streit sehr schnell bei, und kümmern Sie sich dann auch um den nächsten Punkt: Stärken Sie weiter den Messestandort Husum! Da geht es jetzt vor allem um die **Infrastruktur**.

In diesem Zusammenhang, Herr Stegner, fand ich Ihre Pressemitteilung in der letzten Woche äußerst putzig, in der Sie vehement den **Ausbau der B 5** gefordert haben. Dazu kann ich wirklich nur sagen: Willkommen endlich an Bord! Nun stellt die SPD ja den Verkehrsminister. Wir werden Sie an Ihren Ankündigungen messen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was haben Sie denn da geschafft? - Nichts!)

- Ja, wir werden Sie an Ihren Ankündigungen messen, Herr Stegner, und wir bieten Ihnen natürlich auch unsere Unterstützung an. Sie werden sie sicherlich auch brauchen. Ich bin sehr gespannt, wie Ihr Koalitionspartner den Ausbau der B 5 sieht.

(Dr. Ralf Stegner: Sie brauchen wir nicht!)

Herr Stegner, wir haben ja morgen die **Debatte zur Westküste**, da können Sie uns durchaus erklären, wie Sie das mit dem Ausbau der B 5 meinen und was Sie für die Stärkung der Westküste tun wollen.

(Christopher Vogt [FDP]: Darauf freuen wir uns!)

Meine Damen und Herren, die Gebaren der Hamburger kann man natürlich von der Position der Westküste aus so betrachten: Die Bemühungen Hamburgs sind Ausdruck der Anerkennung der Hu-

sumer Messebetreiber und für die jahrzehntelange Erfolgsgeschichte. Dennoch - und das sage ich, obwohl ich Dithmarscher bin -, die Husumer Gastfreundschaft und die Atmosphäre, die in der Region fest verankert sind, sowie die Kompetenz und schließlich auch die Innovationskraft der Nordfriesen lassen sich nicht einfach auf eine andere Stadt transplantieren. Allen Ausstellern muss wirklich klar sein: Hamburg würde nur einen Abklatsch der Husumer Windmesse darstellen. Es wäre dort nur eine seelenlose 08/15-Messe unter vielen.

(Beifall FDP und CDU)

Wo sonst, wenn nicht in Husum, können Messebesucher binnen weniger Minuten hinausfahren in die „freie Windbahn“ und dort Windkraftanlagen begutachten und bestaunen? - Das geht eben nur in Husum. Die Windmesse gehört zu Husum genauso wie Theodor Storm und die Krokusblüte.

Der Wind weht zwar überall, aber zur nachhaltigen Energie wurde er erst bei uns in Schleswig-Holstein. Deswegen gehört die führende Leitmesse der Windbranche auch zu uns nach Schleswig-Holstein.

Herr Ministerpräsident, legen Sie los, sprechen Sie mit Herrn Scholz! Wir dürfen keine Zeit durch Lippenbekenntnisse verlieren, sondern jetzt muss wirklich einmal etwas gemacht werden!

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Landtagspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich eigentlich auf die Aktuelle Stunde gefreut und war echt gespannt, ob es dem Landtag gelingt, ein bisschen von dem, was in den letzten Tagen passiert ist, wieder gutzumachen. Es war ja völlig unglaublich: Da findet die sorgsam vorbereitete weltgrößte Windenergiemesse in Husum statt, und die **positiven Schlagzeilen**, die sie eigentlich verdient hat, gehen in einer nicht nur **verbalen Schlammschlacht** zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein unter.

Ich muss das einfach noch einmal zitieren: „Basta-Politik der Hamburger Pfeffersäcke“ - die Grünen -, „Schlacht um Schlamm und Wind“, „Provinztheater statt Globalisierung“, „Peinliche Panne im Windstreit“, „Gefährlicher Konkurrenzkampf“, „Hamburger Wilderer in Husum“.

(Angelika Beer)

Als ich den Antrag der CDU zu dieser Aktuellen Stunde gesehen habe, habe ich gedacht: Okay, das ist vielleicht eine Chance, zu einer sachlichen Auseinandersetzung zurückzukommen. Ich bin gespannt auf die Strategie, die heute noch dargelegt werden soll. Der möchte ich nicht vorgreifen.

Man muss einfach einmal festhalten, dass es sich in **2012** um eine **Rekordmesse** gehandelt hat mit über 1.171 Ausstellern und 36.000 Besuchern aus 90 Nationen, und das alles in Schleswig-Holstein. Eine bessere Steilvorlage, um alles zu tun, dass die WindEnergy auch im Jahr 2014 in Husum stattfinden kann, hätte es eigentlich kaum geben können.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Aber in den bisherigen Beiträgen, insbesondere durch den Kollegen Callsen der CDU, geht es immer noch um Polemik statt um die Suche nach Kooperation. Wir wollen **Kooperation mit unseren Nachbarn**, nicht nur mit Hamburg, sondern auch darüber hinaus. Aber Ihr Vorwurf an Ministerpräsident Albig, er habe sich zu spät und zu wenig um eine Einigung mit Hamburg gekümmert, ist doch vollkommen abwegig.

(Johannes Callsen [CDU]: Er hat sich gar nicht gekümmert!)

Die Hauptvorbereitungen sind unter Ihrer Regierung, an der Sie ja maßgeblich beteiligt waren, gelaufen.

(Beifall PIRATEN, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: So viel Porzellan, wie jetzt zer schlagen wurde, kann die jetzige Regierung gar nicht allein verantworten.

(Beifall PIRATEN)

Deswegen fragen wir uns: Was ist eigentlich seit 2007 passiert? Als die Messengesellschaft Hamburg mit dem Ziel einer Kooperation an die Messengesellschaft Husum herangetreten ist und diese Kooperation auch zustande kam, wurde diese Messe in HUSUM WindEnergy umgetauft. Worüber geht der Streit eigentlich wirklich zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein? Was steht eigentlich dahinter? Warum gibt es keine Transparenz, damit der Zeitungsleser, der über diese eben zitierten Schlagzeilen stolpern muss, überhaupt weiß, wo der **Kern der Auseinandersetzung** liegt?

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es vielleicht nicht ausreicht, wenn Hamburg ein eigenes Transparenzgesetz verabschiedet, aber offensichtlich die allein regierende SPD im Größenwahn

in einen Machtwahn rauscht und dementsprechend die Energiemesse in Schleswig-Holstein angreift. Wir PIRATEN aus Hamburg und Schleswig-Holstein sind uns vollkommen einig, dass wir die **Plakataktion** und die **Abwerbeaktion** - wie eben von Herrn Kubicki dargestellt - verurteilen. So geht man weder mit Gegnern um noch mit Wettbewerbern.

(Beifall PIRATEN)

So geht es gar nicht. Aber ich will auch ganz klar sagen: Die Verweigerung der zugesagten Verklappung des **Hamburger Hafenschlicks** als Retourkutsche taugt genauso wenig, Herr Habeck.

(Beifall PIRATEN)

Das eine hat nämlich mit dem anderen nichts zu tun. Das zeigt, dass dort politische Konflikte verdeckt werden und eher der Graben tiefer wird, als dass man versucht, ihn zu ebnen.

Wir fordern sowohl den Hamburger Senat als auch die Landesregierung auf, im Interesse aller zu kooperieren. Nach der Messe ist vor der Messe, das weiß jeder. Als selbst ernannte **Metropolregion** müssen Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam zusammenstehen. Dies gilt insbesondere seit dem Treffen am Montag zur vereinbarten Kooperation, der Erweiterung der Metropolregion. Da gab es ganz vernünftige Sätze. Ich frage mich, warum es die im Rahmen der Messe nicht gab. Ich will einmal zwei Sachen zitieren:

„Die gemeinsame Stärke nach außen entsteht durch das Nutzen von Synergien im Inneren.“

Warum haben wir diesen Satz nicht letzte Woche gehört?

Ich möchte auch den Wirtschaftssenator aus Hamburg zitieren:

„Die gute Zusammenarbeit ... ist deshalb eine wichtige Voraussetzung, um internationale Unternehmen für den Norden Deutschlands zu gewinnen.“

Ja, klasse, wenn das im Rahmen der Wirtschaftskooperation geht, warum geht es dann nicht auch seitens des Hamburger Senats, wenn es um die nächste Windmesse in Husum geht?

Wir begrüßen das **Angebot Husums**, das leider zunächst einmal ausgeschlagen worden ist, im Hinblick auf 2014 eine **Umfrage unter den Ausstellern** zu machen, um herauszufinden, wo der bessere oder geeignete Standort für die Zukunft ist. Das ist



(Angelika Beer)

fast schon basisdemokratisch. Das hört man sonst selten. Nur leider hat der Hamburger Senat das erst einmal abgelehnt.

Deswegen möchte ich die Landesregierung auffordern: Wenn wir Husum den Rücken und damit auch den Wind und der Energiewende den Rücken stärken wollen, setzen Sie sich mit Herrn Scholz auseinander! Nutzen Sie Ihre vielleicht guten sozialdemokratischen Beziehungen, und sorgen Sie dafür, dass hier eine Strategie dargelegt wird, die von allen im Haus getragen werden kann, um Husum zu stärken!

(Beifall PIRATEN, SSW, Abgeordnete Barbara Ostmeier [CDU] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat der Vorsitzende des SSW, Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gerade viel davon gehört, dass die Sozialdemokraten sich mit den anderen Sozialdemokraten zusammensetzen sollen, dass es darum geht, aus einer bestimmten Sache eine Chefsache zu machen, um dann richtig durchzudrücken, wie man zu einer Einigung kommen kann.

Ich möchte auf eines hinweisen: Die Husumer Messe sieht sich diesen **Angriffen aus Hamburg** seit 2002 ausgesetzt; seit 2002 unter wechselnden Bürgermeistern, aber auch unter wechselnden Ministerpräsidenten dieses Landes haben wir hier dieses Problem. Es ist also definitiv kein parteipolitisches Problem, sondern es ist ein Problem in der Zusammenarbeit.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das ist das Erste, was ich dazu sagen will.

Das Zweite ist: Hilft es denn nun, wenn man populistisch sagt: „Das muss eine Chefsache sein, das muss der Chef so durchdrücken“? Wir haben es schon einmal gehabt. Es wurde schon einmal zur **Chefsache** gemacht. Man kann den NDR in einem Radiobeitrag vom 9. Juni 2011 zitieren. Da ging es darum, dass der Streit um die Windmesse zur Chefsache gemacht wurde. Peter Harry Carstensen, der damalige Chef dieses Landes, hat das zur Chefsa-

che gemacht. Was dabei herausgekommen ist, wissen wir alle, nämlich nichts.

Ich glaube auch nicht, dass das der richtige Weg ist, gleich mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Es ist klüger, in Ruhe zu verhandeln. Das muss nicht immer die oberste Ebene sein, weil man in dem Moment, in dem man das tut, sein Pulver auch verschossen hat. Ich glaube, das ist genau das, was der letzten Regierung passiert ist, dass man blitzschnell sein Pulver verschossen hatte und dann eben nicht mehr in der Lage war, eine Einigung hinzubekommen.

Ich will einen anderen NDR-Artikel vom 14. Oktober 2011 - also vier Monate nach dem Beschluss zur Chefsache - zitieren. Da haben sich die Chefs am Rande einer Bundesratssitzung getroffen. Husum war kein Grund, um wirklich intensiv miteinander zu reden, sondern man spricht am Rande einer Bundesratssitzung noch einmal darüber. Zitat des NDR:

„An der Entscheidung, in Hamburg eine Windmesse in Konkurrenz zur HUSUM WindEnergy zu veranstalten, ändert sich auch nach dem Treffen von Schleswig-Holsteins Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen ... und Hamburgs erstem Bürgermeister Olaf Scholz ... am Rande der Bundesratssitzung nichts.“

Ich glaube, das macht sehr deutlich, dass es eben nicht so ist, dass immer, wenn man etwas politisch hochtrabend fordert, wirklich ein vernünftiges Ergebnis dabei herauskommt.

Wir müssen mit der entsprechenden Ruhe vorgehen und schauen, was der Standort Husum braucht, um zukunftsfähig zu sein, und was wir als Land Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Hamburgern brauchen, um in diesem großen Geschäft in der Lage zu sein, die **Windmessen** an sich hier **im norddeutschen Raum zu behalten**. Das heißt nicht, dass man Husum verrät, sondern das heißt, dass man versucht, Husum nachhaltig zu sichern und vor Angriffen von anderer Seite zu schützen. Selbst wenn wir dieses kleine Gefecht gewinnen, heißt es nicht, dass andere stillhalten. Wir müssen sehen, dass wir gemeinsam mit den Hamburgern etwas hinbekommen, dass wir gemeinsam am Ende bestehen können.

Wenn wir uns ansehen, dass die Behandlung als Chefsache in der Vergangenheit nichts genutzt hat, dass der damalige Wirtschaftsminister auch nichts auf die Reihe bekommen hat, ist es erst einmal ein Erfolg, dass eine so junge Landesregierung es ge-

(Lars Harms)

schaft hat, tatsächlich erst einmal ins Gespräch zu kommen. Minister Meyer hat mehrere Gespräche mit seinem Pendant aus Hamburg, mit Herrn Horch, geführt.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist schon ein Erfolg?)

Wir haben es geschafft - das haben Sie nicht geschafft -, aus der Wirtschaft mit Herrn Wachholtz einen Mediator an die Seite gestellt zu bekommen, der auch versucht hat, alles möglich zu machen. Das heißt, die Gespräche sind in der Vergangenheit in Gang gewesen. Das ist ein Erfolg an sich, dass man angefangen hat, seit 2002 jetzt im Jahr 2012 - nach zehn Jahren -, überhaupt erst einmal Gespräche aufzunehmen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, deswegen bestärke ich auch die Schleswig-Holsteinische Landesregierung darin, diesen Verhandlungsweg weiter zu gehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was brauchen wir für die Zukunft? Wir brauchen erst einmal eine Regelung, dass es **2014 nicht zu einer Konkurrenzsituation kommt**. Das wäre wirklich eine Katastrophe, vielleicht nicht so sehr für uns selbstbewusste Nordfriesen, sondern eher für die Hamburger. Aber ich finde, auch das gehört zur guten Nachbarschaft dazu, dass wir solche Katastrophen verhindern.

Das Zweite ist, dass wir auch eine **gemeinsame Lösung für 2016** und die Folgejahre brauchen, denn es wird so sein, dass - das muss man ehrlich gestehen - Husum nicht alles wird abdecken können. Da sind logistische Grenzen. Das ist einfach so. Dann ist es klug, sich einen Partner zu suchen, mit dem man dann das, was man erreichen will, gemeinsam erreicht.

Deswegen muss man sich nur einmal ansehen, was wir für Inhalte haben, die eine Rolle spielen können. Der Kollege Kumbartzky hat das gerade eben schon einmal gesagt: Wir haben Offshore und Onshore, wir haben Forschung und Entwicklung, wir haben Kleinwindanlagen, die gerade sehr im Kommen sind und in Nordfriesland produziert werden, und wir versuchen, dort wieder eine Führungsrolle einzunehmen. Und wir haben auch wirklich große Industrieunternehmen, die völlig anders ausgerichtet sind als zum Beispiel mittelständische Unternehmen, die hier beispielsweise als Zulieferbetriebe tätig sind.

Das heißt, das Thema Windmesse ist ein sehr **vielschichtiges Thema**, wo man nicht unbedingt sagen

muss: Windkraft muss immer in Husum vertreten und das zu 100 % vollständig sein. Es kann stattdessen durchaus auch eine Lösung dabei herauskommen, die dann da heißt: Wir machen das eine, ihr macht das andere, und das machen wir am besten organisatorisch zusammen.

Meine Vision wäre, dass beide Messengesellschaften das wirklich gemeinsam organisieren. Das wäre zumindest eine tolle Sache, weil ich glaube, dass das der richtige Weg ist, sich den Kuchen vernünftig aufzuteilen, damit er für beide Seiten größer werden kann und damit andere nicht an diesen Kuchen herankommen. Das muss das eigentliche Ziel unserer Politik sein.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir dürfen aber auch eines nicht vergessen - ich komme selbst aus **Husum** und kenne die Verhältnisse relativ genau -: Unsere Messe oder unser **Messestandort** hat auch eine **Monostruktur**. 90 % der Einnahmen stammen aus dieser Windmesse. Wenn wir hier alle so toll darüber reden, wie wichtig es ist, Husum zu unterstützen, und darüber reden, dass wir die Infrastruktur auf die Beine stellen wollen, müssen wir auch ehrlich darüber reden, dass diese Monostruktur sukzessive abgebaut werden muss.

Das heißt, Husum braucht auch **andere Standbeine**. Auch das ist eine Aufgabe, die zu erfüllen ist. Das ist natürlich in erster Linie eine Aufgabe der dortigen Messengesellschaft. Wir als Politik müssen dies im Hinterkopf haben, damit wir die Husumer dann unterstützen, wenn sie sich auch andere Geschäftsfelder aussuchen, um von der Monostruktur wegzukommen. Denn die Monostruktur ist im Prinzip das Einzige, aufgrund dessen Husum angreifbar ist. Ansonsten ist man vor Ort mit dem, was man mit der Windmesse geleistet hat, sehr gut aufgestellt.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht wundern, dass ich sage: Wir in **Nordfriesland** und wir in Husum sind **stark und selbstbewusst**. Das kennen Sie schon. Sie wissen, dass das auch in diesem Hause so ist, wenn nordfriesische Abgeordnete reden. Da unterscheiden wir uns nicht von den Dithmarschern, lieber Kollege Kumbartzky. Insofern sollten wir keine Angst vor einer Auseinandersetzung haben, wir sollten aber auch keine Angst vor Gesprächen haben.

Wir wissen: Die **Messe** ist klasse gewesen, sie ist **dieses Jahr** hervorragend gelaufen, wir sind super

(Lars Harms)

aufgestellt, und wir können es allein. Aber wir sind auch nicht dumm und wissen, dass es, wenn wir mit anderen sprechen, verhandeln und gemeinsam ein Konzept auf die Beine stellen, uns stärker macht als je zuvor, und dass das auch klug ist. Deswegen sind wir auch gesprächsbereit. Das sollten wir weiterhin sein. In dem Sinne unterstützen wir die Landesregierung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass **Hamburg** zum wiederholten Mal ein **Messestandort für Windenergie** werden will, ist zumindest erst einmal ein **einseitiger Beschluss** gewesen. Die haben gesagt, sie seien von der Sorge getragen, dass der norddeutsche Messestandort für Windenergie gefährdet sein könnte, und man wolle das hier behalten. Wenn ich diese Sorge wirklich habe, dann trete ich doch zunächst einmal an Partner heran, bespreche das und sage: Wir haben auch ein Angebot. Das hat Hamburg alles nicht gemacht. Wenn Plakate geklebt werden, während Verhandlungen mit Schleswig-Holstein laufen, kann man bezweifeln, ob die Verhandlungen, die Hamburg geführt hat, überhaupt ergebnisoffen gedacht waren.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Abgeordneter Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Das Ergebnis, das von den Unterhändlern erzielt wurde, das ich ganz vernünftig fand, ist von höchster Stelle auf Hamburger Seite wieder eingesammelt worden. Es laufen dort Agenten herum, die den Ausstellern Stornogebühren versprechen.

Wenn ich in der Presse schreibe, das sei Basta-Politik, finde ich, dass das in der Sache zutrifft.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Ton war rau, aber der Inhalt war richtig!)

Ich nehme das Wort „Pfeffersäcke“ zurück. Man geht ja höflich miteinander um.

(Zurufe)

Dass das eine **Basta-Politik** ersten Ranges und nicht besonders nett von Hamburg ist, ist objektiv

festzustellen. Es kommt darauf an, was man daraus schlussfolgert. Darauf komme ich noch.

Horch will als zuständiger Senator jetzt wieder verhandeln. Ich frage mich, warum so plötzlich. Es mag vielleicht motivationsgebend sein, dass die Husumer Messe so außerordentlich erfolgreich war.

(Christopher Vogt [FDP]: Kann sein!)

Es könnte doch sein, dass er befürchten muss, wiederum Millionen an Hamburger Steuergeldern zu versenken, wie Hamburg das schon einmal gemacht hat.

Er sagt, er wolle verhandeln, entscheidend sei aber das Votum der Wirtschaft. Ja bitte schön, Hamburg ist als Mehrheits- oder Alleineigentümer der Messe völlig souverän; die haben das Handeln selbst in der Hand! Wir haben das nicht in der Hand; wir können an die private Wirtschaft herantreten und sagen: Wir wollen euch unterstützen. Hamburg ist da völlig souverän. Er verbindet das **Verhandlungsangebot** wiederum mit einer - „Lüge“ darf ich in diesem Hause ja nicht sagen - merkwürdigen Verquickung.

(Heiterkeit)

In solch einer Situation, wo sich der eine Partner so eindeutig aufstellt, kann Schleswig-Holstein nicht mit freundlichen Worten in die Verhandlungen gehen, sondern man hätte Hamburg schon sehr frühzeitig zeigen sollen - ich habe als ein Beispiel auf die Elbvertiefung hingewiesen -, dass die **Abhängigkeiten nicht nur einseitig** sind, sondern dass Hamburg auch von uns ab und zu einmal etwas will. Das ist von der Vorgängerregierung verschlafen worden.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Nutzen ist so groß für uns!)

Die jetzige Regierung schlägt da einen anderen Ton an. Sie sagen: Es sei peinlich, lächerlich, lasch, legen Sie den Streit bei, machen Sie das zur Chefsache und so weiter. Ich finde das schon ein bisschen Chuzpe von der jetzigen Opposition, die vor kurzer Zeit noch Regierung war und ihre Möglichkeiten zu handeln aus unserer Sicht nicht ausgeschöpft hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, hinter dem Angriff Hamburgs auf Husum verbirgt sich aber auch die Strategie **Großkonzerne** versus **Mittelstand**. Denn der VDMA ist ja von den großen Beitragszahlern, von der großen Industrie, geprägt, und die wollen den Hamburger Standort pushen, während Husum von einer breiten Mittelstandswirtschaft getragen

(Detlef Matthiessen)

wird. Insofern geht es auch um die **strategische Ausrichtung**: Wer ist eigentlich Träger der Energiewende? Das ist der Mittelstand gewesen, und aus unserer Sicht soll er es auch bleiben. Es findet messepolitisch in diesem Streit einen Ausdruck, welche Strategie wir in Zukunft machen.

Ich möchte an alle Kollegen im Hause appellieren, bei allem Streit - wir kennen das ja, dass Kubicki und Stegner immer wieder aufeinander losgehen - zusammenzuhalten, für Husum zu kämpfen und das nicht parteipolitisch zu instrumentalisieren, zumal dafür keine Substanz gegeben ist. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Landesregierung hat Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! **2012** war die **erfolgreichste HUSUM Wind** in der Geschichte. Seit 1989 haben wir keine Messe erlebt, die so erfolgreich war. Lieber Herr Kumbartzky, Sie haben völlig recht: Diese Messe hat gezeigt, dass die Industrie und die Branche in Husum sein will. Sie will auch 2014 in Husum sein, jedenfalls mit ihren wichtigen Playern. Das war das starke Zeichen, das von Husum 2012 ausgegangen ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Uli König [PIRATEN])

Wir haben in diesem Jahr 20 % mehr Buchungen gehabt. Die Buchungszahlen für 2014 sind herausragend. 97 % der Besucher waren Fachbesucher. Das zeigt, dass verstanden worden ist, dass dies nicht Provinz, sondern Metropole ist. **Husum** ist die **Welthauptstadt des Windes**. Meine Landesregierung - wie Sie alle, wenn ich einmal einiges am Rande aus den Wortmeldungen außen vor lasse - wird dafür kämpfen und sich mit allen vernünftigen Argumenten dafür einsetzen, dass dies so bleibt und wir 2014 und darüber hinaus im Norden, in Husum, eine erfolgreiche Windmesse haben werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

In der Vergangenheit ist einiges getan worden, das Kongresszentrum ist besser geworden, die **Infrastruktur** in Husum ist besser geworden. Sie ist na-

türlich anders als die Infrastruktur in Hamburg - was für eine Platttheit, das festzustellen, auch aus Hamburger Sicht eine Platttheit. Natürlich ist die Infrastruktur von Hotels, Flughäfen, Autobahnen in Hamburg eine andere als in Husum.

Dennoch geht die Industrie nach Husum, weil sie dort eines authentisch erlebt, nämlich Wind und die Anlagen in Aktion. Das wird auch in Zukunft so sein. Wir werden die **Testfelder** dort ausweisen, damit **Testanlagen** dort direkt vor der Tür sein können. Das stärkt den Standort Husum.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das wird so bei keiner Konkurrenz - wo auch immer, Hannover, Hamburg oder sonst wo - möglich sein. Die Gespräche mit dem Weltmarktführer, auch anlässlich der Eröffnung, waren sehr mutmachend. Vestas hat gesagt: Genau das ist das, was wir erwarten, die Nähe zu dem Produkt, wenn wir unsere neuen Großanlagen dort sehr bald aufstellen und sie allen in der Welt, die sie kaufen wollen, zeigen können, und zwar nicht nur mit einem Video, nicht nur mit einem Chart, sondern sie in echt erlebbar machen. Das ist die originäre Stärke von Husum, und auf diese originäre Stärke werden und wollen wir setzen.

Wir wollen da, wo Infrastruktur weiter ausgebaut werden muss, sie gemeinsam in Absprache mit der Region verbessern. Wir wollen und werden uns bei der B 5, stärker als in der Vergangenheit gelungen, dafür einsetzen, dass sie in der Tat endlich einmal dreispurig ausgebaut wird, damit Husum besser erreichbar ist. Wir wollen und werden Husum zu einem Ort machen, an dem Energieanlagen und Windkraftanlagen auch aufgestellt werden können.

(Christopher Vogt [FDP]: Da stehen schon ein paar!)

All das werden wir tun, weil am Ende des Tages - und das spricht aus einigen der Beiträge - eben nicht ein ungewöhnliches Verständnis davon, was Politik eigentlich ist, darüber entscheidet, ob eine Messe erfolgreich ist, sondern entscheidend ist, ob sie gebucht wird. Es entscheidet darüber nicht Ihre Meinung hier, oder wie man sich gegenseitig beschimpft, sondern ob sie gebucht wird, ob die Kunden zur Messe kommen, weil sie die Messe für den geeigneten Standort für die Werbung ihrer Produkte halten. Das allein entscheidet über den Erfolg von Messen, nicht Resolutionen, nicht Chefsachen, nicht Beschimpfungen, sondern, ob das **Messekonzept an dem Ort** ein erfolgreiches ist.



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
PIRATEN und SSW)

Das ist in Husum erfolgreich. Die Messegesellschaft betreibt eine ganz großartige Messe. Wir werden und wollen das stärken und unterstützen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Mit großer Freude.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Ministerpräsident, teilen Sie meine Auffassung, dass Parallelveranstaltungen dazu führen, dass unter Umständen beide ökonomisch in Schwierigkeiten geraten können, und dass es der Hamburger Messegesellschaft - weil staatlich finanziert - leichter fällt, mit solchen Einbrüchen fertig zu werden als einer privaten Messegesellschaft?

- Ja.

(Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Das passt nicht zu dem vorher Gesagten! - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Bei der Frage, die wir uns gemeinsam stellen - und das entnehme ich auch den Beiträgen -, wie wir einen **Konflikt** lösen, der zwischen Hamburg und Husum entstanden ist, hilft es vielleicht, einen kurzen Augenblick zu überlegen, warum er überhaupt **entstanden** ist. Ist da irgendein Staatsunternehmen des Weges gekommen und hat gesagt: Ich habe gerade nichts Besseres zu tun? War das der Grund oder war der Grund, dass im Sommer 2010 **VDMA, Siemens Wind Power** und **REpower Systems** sich gemeldet haben - alle drei nicht dafür im Ruf stehend, komplett verstaatlicht zu sein -: Wir wollen eine neue Aufstellung von Windmessen im Norden? Sie waren schon bei der Vorgängerregierung vorstellig.

(Zuruf: Ja!)

- Ja, was auch immer sie sind, aber sie waren der Anlass. Sie waren der Anlass für eine Diskussion, die wir seit dem Sommer 2010 in Hamburg und Schleswig-Holstein führen.

Wir werden diese Diskussion auch nur miteinander lösen, wenn wir das Problem miteinander in den Blick nehmen, und zwar alle: da, wo wir Verant-

wortung haben, da, wo Sie auf Ihre Fraktionskollegen treffen, da, wo die die Regierung tragenden Fraktionen auf ihre Fraktionskollegen treffen, da, wo ich verhandle, da, wo der Wirtschaftsminister und der Umweltminister verhandeln, da, wo verdienstvoller Weise Herr Wachholtz vom UV Nord an unserer Seite mitverhandelt. Es geht darum, sie alle an den Tisch zu bekommen und zu sagen, was eigentlich die Erwartung der Industrie ist.

Glaukt die Industrie allen Ernstes - und da gebe ich Ihnen völlig recht -, dass es uns im Norden hilft, **zwei Messen innerhalb von einer Woche** in 150 km Entfernung in Konkurrenz treten zu lassen? - Das hilft nicht. Es beschädigt beide Standorte. Das beschädigt Husum, und es hilft nicht Hamburg. Es hilft der Industrie nicht. Es hilft vor allem dem Mittelstand nicht. Das ist in der Tat der Punkt. Vestas könnte das, Siemens kann das, REpower kann das, aber wie soll denn der Mittelstand in einer Woche an zwei Orten sein? Es ist doch töricht, das zu glauben.

Diese Diskussion zu führen, das ist die Aufgabe, die uns jetzt bevorsteht. Wir haben das als Aufgabe in den letzten 100 Tagen angenommen, und - ohne irgendetwas zu kritisieren - mein Eindruck war, es gab schon mehr Gespräche als in den 70 Wochen zuvor.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW)

Ich habe alles Verständnis der Welt dafür, dass man sagt, man nutzt so etwas, um auch seinen Schmerz, Opposition zu sein, ein wenig abuarbeiten. Aber wir sollten doch nach außen nicht das Bild vermitteln, als sei es Chefsache, als sei das Politikmachen, als seien die Forderungen, „Jetzt kämpfen Sie doch mal!“ Instrumente, mit denen ich Siemens oder REpower dazu bringe, ihr **Industrieverhalten** zu ändern.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber Sie sind doch stark!)

- Ja, wir sind stark, weil wir eine starke Messe haben. Wenn das Messekonzept erfolgreich ist, dann werden wir auch gegenüber Hamburg Argumente haben - wie 2002 bis 2006 übrigens auch am Ende geschehen. Was wir nur nicht tun dürfen, ist, den Eindruck zu vermitteln, wir hätten **Angst vor dem Wettbewerb**. Ich habe keine Angst vor dem Wettbewerb. Husum wird diesen Wettbewerb gewinnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
PIRATEN und SSW)



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Aber wenn es uns gelingt, miteinander, mit einer Stimme und nicht in einer Kakophonie von Tönen, alle, und zwar auch die industriellen Player, davon zu überzeugen, dass dieses Gewinnen mit Schmerzen verbunden sein wird und nicht so stark sein kann wie die Alternative, dass wir uns gemeinsam aufstellen, dann sind wir natürlich viel besser.

Ich erkenne an, dass auch die Vorgängerregierung versucht hat, das zur Chefsache zu machen, Gespräche zu führen, lauter und leiser. Das Ergebnis war aber - und das reichte dann erkennbar nicht aus, und deswegen stehen wir jetzt hier - im Dezember 2011 die **gemeinsame Sprachregelung**, die man zu dem Thema gefunden hat - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -: Ein Austausch gegenseitiger Positionen habe stattgefunden. Dieses kontroverse Thema werde die gute Zusammenarbeit bei allen anderen Themen nicht belasten.

Das war das Ende der Debatten unter der letzten Regierung. Wir werden jetzt versuchen - und ich setze dabei auf Ihre Unterstützung und nicht auf Ihren Gegenwind -, zu einem Ergebnis zu kommen, bei dem wir Industrie und Standorte zusammenbringen, bei dem wir nach Lösungen suchen können. Wer kann **an beiden Standorten** einen **Mehrwert** davon haben? Geht das nicht? Ist das ausgeschlossen? - Es ist nicht ausgeschlossen. Es geht. Hannover und Husum zeigen ja heute auch, dass es im Wechsel mit unterschiedlichen Perspektiven interessanterweise geht, eine Energy und eine WindEnergy in den jeweiligen Jahren zu fahren. Das geht. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Es geht weniger um die Einordnung als Chefsache, es geht weniger darum zu kämpfen, sondern darum, kluge Politik zu machen. Wir werden kluge Politik machen. Wir werden uns für Husum einsetzen. Dieses Land steht hinter Husum, und - zumindest entnehme ich das all Ihren Wortmeldungen - Sie stehen auch zu Husum. Das freut uns. Lassen Sie uns für Husum kämpfen und nicht in einem Sinne streiten, den kein Mensch versteht. - Danke.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die CDU-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Johannes Callsen, das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir in diesem Haus so großes **Ein-**

**vernehmen zur Bedeutung der Windmesse in Husum** für Schleswig-Holstein haben, auch gegenüber Hamburg. Das ist ein wichtiges Signal. Ich nehme auch die Worte des Ministerpräsidenten auf, dass sich die Landesregierung dafür einsetzt. Ich sage aber auch deutlich: Wir nehmen Sie beim Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Ausnahmsweise!)

Wir erwarten jetzt auch ein kraftvolles Auftreten der Landesregierung gegenüber Hamburg. Denn die Kernfrage, über die wir reden, ist immer noch: Reden wir über fairen **Wettbewerb zwischen zwei Messegesellschaften** oder über die Tatsache, dass wir in Hamburg eine 100-prozentige Tochter der Hansestadt Hamburg haben und es deswegen auch eine andere Wettbewerbssituation ist? Daran werden wir diese Landesregierung auch in den weiteren Gesprächen sehr deutlich messen.

Ich will noch einiges zu dem sagen, was Herr Kollege Dr. Stegner gesagt hat. Der Eindruck, die **CDU** hätte nicht genug **für den Messestandort Husum getan**, ist ausdrücklich falsch. Er ist auch deswegen falsch, weil der parteilose Bürgermeister von Husum gerade bei der Eröffnung der Husumer Windmesse Jost de Jager ausdrücklich für seinen Einsatz für die Husumer Windmesse gedankt hat und weil es die CDU-geführte Landesregierung war, die das Planfeststellungsverfahren für die B 5 deutlich vorgebracht hat, die 12 Millionen € für das neue Kongresszentrum in Husum bereitgestellt hat.

Die Frage, ob die Mittel bei der TASH für den Tagungstourismus für Husum Auswirkungen haben, kann doch nicht ernst gemeint sein. Bei 36.000 Besuchern hat die Husumer Messe doch kein Tagungstouristenproblem.

Wer ernsthaft auf die **Infrastruktur** und die **Westküste** hinweist und damit auch die Husumer Messe unterstützen will, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, muss sich auch kraftvoll dafür einsetzen. Das heißt ganz konkret, sich auch für den Ausbau der **A 20** mit der **westlichen Elbquerung** einzusetzen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn auch das ist ein wichtiges Infrastrukturkriterium, damit die Menschen nach Husum kommen können. Wenn Sie sich zu Husum bekennen, dann erwarte ich, dass diese Koalition sich auch zur westlichen Elbquerung klar bekennt und die entsprechenden Anmeldungen für den Bundesverkehrswegeplan vornimmt.

(Johannes Callsen)

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen will ich an dieser Stelle schon ankündigen, dass wir gemeinsam mit der FDP einen **Dringlichkeitsantrag** einbringen werden, mit dem wir die **Hamburger Bürgerschaft** bitten, auf den Senat und auf die Messegesellschaft einzuwirken, das Ergebnis einer Ausstellerbefragung in Husum als Linie der zukünftigen Situation der Messe Husum zu akzeptieren. Der Antrag wird Ihnen entsprechend vorgelegt werden.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es sehr vernünftig, dass nun Vertreter der regierungstragenden Fraktionen zur Mäßigung aufrufen, wo es doch der Kollege Habeck war - jetzt Minister -, der von Hamburger Pfeffersäcken gesprochen hat, denen man das hat durchgehen lassen. Dieses Bonmot ist vom Kollegen Matthiessen mit einem Anflug von Empörung aufgenommen worden. Insofern ist der Appell an die Opposition, sich hier in **Mäßigung** zu üben, der falsche Ansatz.

(Christopher Vogt [FDP]: Mäßigen Sie sich selbst! - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns doch nichts vor. Niemand hat etwas gegen Wettbewerb, Herr Ministerpräsident. Ganz im Gegenteil, **Wettbewerb** ist vernünftig. Aber er muss - wie wir immer schon gesagt haben - unter **fairen Bedingungen** stattfinden. Die Tatsache, dass die Hamburger Messegesellschaft just zeitgleich zu Husum eine Messe organisieren will, kann gar nicht anders verstanden werden als als unmittelbarer Angriff auf Husum. Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn sie das im Frühjahr machen würden. Sie machen es aber zeitgleich. Sie machen jetzt auch Aktionen, die meinem Verständnis nach schon den unlauteren Wettbewerb in sich tragen. Wer auf der Messe in Husum herumläuft und Karten verteilt mit der Ansage, „Kommt doch nach Hamburg, und wir zahlen euch die Stornogebühren!“, der verhält sich unlauter im Wettbewerb.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und das auch den Hamburger Kolleginnen und Kollegen zu sagen, ist schlicht und ergreifend eine Notwendigkeit.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau von Kalben, wenn wir hier keine unterschiedlichen Auffassungen haben, dann bin ich gespannt, ob Sie dem **Antrag von FDP und CDU** zustimmen können, an die Hamburger Bürgerschaft heranzutreten, doch dafür Sorge zu tragen, dass der Hamburger Senat sich an seine eigenen Grundregeln hält, die er im Verhältnis den zu Nachbarländern aufgestellt hat.

Der Appell, wir sollten mit unseren Fraktionen reden, ist der eine. Der **Appell**, den ein **Parlament** insgesamt an eine **Bürgerschaft** richtet, ist ein anderer. Ich denke, dass das Signal - wir können das aus der Aktuellen Stunde heraus nicht machen, deshalb stellen wir einen Dringlichkeitsantrag -, „Wir fordern euch auf, stellt euch dem Wettbewerb, lasst doch die Aussteller entscheiden, wo sie hin wollen, und akzeptiert das Ergebnis!“, die richtige Herangehensweise wäre, ohne dass wir weiter unser Verhältnis zu den Hamburger Freunden und Nachbarn belasten müssen.

Ich wiederhole, was ich früher schon einmal gesagt habe: Schleswig-Holstein kann ohne Hamburg leben, wenn auch nur schwer, weil wir tatsächlich, was unsere eigene Wirtschaftskraft angeht, was den Hamburger Rand angeht, von den Hamburger Daten unmittelbar abhängig sind. Aber Hamburg kann ohne Schleswig-Holstein nicht leben. Denn eine Stadt ohne Umfeld - Herr Ex-Oberbürgermeister, Sie wissen das - ist eine sterbende Stadt und keine wachsende Stadt - ein Konzept, das in Hamburg ja weiter verfolgt wird.

Deshalb ist Mäßigung das eine, der Ansatz eines fairen Wettbewerbs ist das andere. Lassen Sie uns nachher gemeinsam den Appell von diesem Parlament aus an die Hamburger Bürgerschaft richten, sich mit uns gemeinsam dafür einzusetzen, dass das gute nachbarschaftliche Verhältnis nicht weiter getrübt wird und dass sich die Messegesellschaft einem wirklichen Wettbewerb stellen muss, ohne Rückgriff auf die staatliche große Hand des Hamburger Senats nehmen zu können. Das ist der Appell, der von hier ausgehen sollte und der Husum deutlich mehr hilft als die Scharmützel, die der Kollege Kumbartzky beschrieben hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne unsere ehemalige Kollegin und ehemalige Landtagsvizepräsidentin, Frau Herlich-Marie Todsens-Reese. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor wir in den nächsten Tagesordnungspunkt eintreten, noch eine geschäftsleitende Bemerkung: Ich schlage Ihnen vor, den Antrag in der Drucksache 18/223, für den wir vorhin die Dringlichkeit bejaht haben, als Tagesordnungspunkt 46 A in die Tagesordnung einzureihen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer mögen sich über die Redezeiten verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs machen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG-Schl.-H.)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/191](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile das Wort dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Abgeordneten Dr. Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Komponist Benjamin Britten hat einmal formuliert, Lernen sei wie Rudern gegen den Strom, sobald man aufhöre, treibe man zurück. Das war auch das Motto der schwarz-gelben Kurzzeitregierung in Schleswig-Holstein.

Seit etwas mehr als 100 Tagen sind wir dabei, vieles von dem, was Sie angerichtet haben, zu korrigieren. Tariftreue, Mitbestimmung, Dialog, Gemeinschaftsschulidee, ökologisch verantwortliches Wirtschaften, Bürgergesellschaft - Sie waren sehr fleißig in der Zerstörung zukunftsfähiger Strukturen.

Heute geht es um die **Mitbestimmung**, und wir reißen dieses Gesetz ein in unsere ausdrückliche Bereitschaft zu **mehr Demokratie** und zu **mehr echtem Dialog**. Damit verbunden ist die Einsicht, nicht alles besser zu wissen, und dass wir die Betroffenen

zu Beteiligten machen wollen. Wer wollte, konnte dies schon beim Schulgipfel sehen oder letztes Wochenende beim Gipfel mit den Kommunen.

Diese Bereitschaft gilt zunächst für das **Verfahren**. Unser Gesetzentwurf ist eine Art **Rohentwurf**. Wir schlagen erst einmal die Regelungen vor, die galten, bevor Schwarz-Gelb die Mitbestimmung eingeschränkt hat. Und wir sind ausdrücklich offen für Änderungsvorschläge. Auch das ist die Art von Dialog, wie wir ihn uns vorstellen. Sie glauben gar nicht, wie viele Wünsche schon an uns herangetragen worden sind! Wir werden gern auf das jetzt kommende Anhörungs- und Beratungsverfahren verweisen.

Die Einsicht, nicht alles besser zu wissen, gilt übrigens auch für die Verwaltung selbst. Wie verboht muss man eigentlich sein, Mitarbeiter in ihren Mitwirkungsrechten zu beschneiden und Fortbildungen zu verweigern?

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne Mitarbeiter, ohne ihre Motivation und ohne ihr Engagement läuft nichts. Nun muss man nicht so weit gehen und das Motto „Es ist uns doch egal, wer bei uns Minister ist“ hochhalten, aber Demokratie ernst zu nehmen, heißt eben auch, Mitbestimmung ernst zu nehmen, heißt auch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ernst zu nehmen.

Man kann es machen wie der konservative Präsidenschaftskandidat in den Vereinigten Staaten von Amerika, Herr Romney, und sagen, die Hälfte der Wählerinnen und Wähler seien sowieso nur solche, die von anderen unterstützt werden müssten. Das ist aber nicht unsere Auffassung. Gerade die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst** müssen flexibel und loyal auf Strategieänderungen reagieren; gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übrigens, die seit vielen Jahren keine Reallohnsteigerung mehr hatten; und gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Arbeitsbelastung ständig zunimmt, und diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen zu gern vorgeworfen wird, sie würden auf Kosten der wirklich arbeitenden Bevölkerung leben. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich finde ihre Beschreibung als Kostenfaktor gelegentlich schon eine ziemlich schräge Darstellung dessen, was im öffentlichen Dienst geleistet wird.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Auch hier im Haus ist in den Haushaltsreden manchmal von den Pensionslasten die Rede. Was sind eigentlich Pensionslasten? Das ist das, was diejenigen bekommen, die für das Land Schleswig-Holstein gearbeitet haben - und zwar zu Recht bekommen.

(Beifall SPD)

Ich glaube, weil das alles so ist, sollten wir auch in unserem ureigensten Bereich die bestmöglichen Mitwirkungsrechte gewähren. Denn wir können nicht von anderen Menschen das verlangen, was wir selbst nicht bereit sind zu tun. Auf unserer Personal- und Betriebsrätekonferenz zum Thema „Gute Arbeit“ wurde sehr deutlich, wie wichtig Wertschätzung und Anerkennung sind.

Wir alle wissen - auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter -, dass das nicht immer in Geld ausgedrückt werden kann, auch wenn wir das gern wollten. Umso mehr zählen eben auch die anderen Faktoren, die eine gute Arbeit ausmachen.

Schwarz-Gelb hat viele hier im Land, die in der Verwaltung oder ehrenamtlich, in Unternehmen oder in Initiativen arbeiten, als Kostenfaktor betrachtet und sie auch genauso behandelt. Wir nehmen sie wieder wahr als das, was sie sind, nämlich als Wertschöpfende, die wir wertschätzen.

Wenn man einmal ernsthaft das Thema Mitbestimmung betrachtet, dann zeigt sich an dieser Stelle ganz besonders deutlich der Unterschied zwischen Ihnen und uns, nämlich dass wir wirklich glauben, man geht mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ordentlich um, und Mitbestimmung ist keine Belastung, sondern eine Chance für diejenigen, die zu handeln haben.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gilt übrigens auch hier der Satz von Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Die Beschäftigten in Schleswig-Holstein wissen, für diese Koalition gilt: Die tun etwas. In der Mitbestimmung stellen wir das wieder her, was einmal **vorbildlich in der Bundesrepublik** hier aufgebaut worden war und was Sie in der kurzen Zeit, in der Sie hier haben regieren dürfen, wieder eingerissen haben. Es gibt schon gute Gründe, dass Sie hier ständig so auftreten, als ob Sie gar nicht verstanden haben, warum Sie abgewählt worden sind. Der Abbau der Mitbestimmung ist ein wesentlicher Grund. Wir werden das ändern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf: Ihr Ergebnis war so gut auch nicht, Herr Stegner!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Neve.

**Hans Hinrich Neve [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe diesen Entwurf vor Kurzem meinen Mitarbeitern in der Verwaltung gezeigt. Die Reaktion bekam ich per E-Mail: Toll - in aller Kürze -, eine insgesamt erhebliche Aufblähung des Personalrats! Wir verwalten uns noch sonst wohin, sagten mir die Mitarbeiter.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Bei einem solch schlechten Satz klatscht nicht einmal Ihre eigene Fraktion!)

Und das sind einfache Mitarbeiter.

Meine Damen und Herren, seit 1990 ist in Schleswig-Holstein die Bildung von Personalräten in den Dienststellen des Landes, der Gemeinden, der Städte, der Kreise, der Ämter sowie in den Körperschaften des öffentlichen Rechts durch das **Mitbestimmungsgesetz** geregelt. Die Änderungen, die durch die regierungstragenden Fraktionen eingebracht werden, betreffen zumeist Paragraphen, die zuletzt am 17. Dezember 2010 geändert wurden, also noch **keine zwei Jahre in Kraft** sind. Das ist nicht einmal eine volle Wahlzeit der Betriebsräte. - Meine Damen und Herren und Herr Stegner, unter Verlässlichkeit von Gesetzgebung verstehen wir etwas anderes.

(Martin Habersaat [SPD]: Wenn Sie das mal beim Schulgesetz auch so verstanden hätten!)

Im Gesetzentwurf steht, die **Personalvertretung** solle deutlich **vergrößert** werden. Die Freistellung für **Schulungs- und Bildungsveranstaltungen** soll von zehn auf 20 Tage angehoben werden. Für Veranstaltungen der Bundeszentrale beziehungsweise Landeszentrale für politische Bildung soll die Freistellung von zehn auf 15 Tage erhöht werden. Das ist in der Summe eine Erhöhung von bisher 20 auf 35 Arbeitstage.

Die Zahl der **Besprechungen** der **Dienststellenleitungen** mit dem Personalrat sollen von viermal im Jahr auf zwölfmal im Jahr angehoben werden. Ich wurde gefragt: Was sollen wir denn noch? Diese viermal im Jahr sind uns schon zu viel. Wir werden



(Hans Hinrich Neve)

uns dann hinsetzen, Kaffee trinken, ein Protokoll führen und den Termin abhaken. - Das verstehen wir nicht unter Mitbestimmung.

**Personalversammlungen** müssen jetzt zweimal statt einmal im Jahr zusammentreten. Die Teilnahme an **Gewerkschaftsveranstaltungen** soll sich verdoppeln.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Neve, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Hans Hinrich Neve [CDU]:**

Gern, danke.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege Neve, abgesehen davon, dass wir nicht über Betriebs-, sondern über Personalräte sprechen, interessiere ich mich dafür, welche Dienststelle Sie leiten, wo es so interessante Gespräche mit der Führung gibt, die offensichtlich gar nicht notwendig sind?

- Herr Dolgner, wir müssen zwischen verschiedenen Dienststellen unterscheiden. Ich habe mit dem Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde gesprochen, wie er das handhabt. Das ist eine große Verwaltung mit vielen Bereichen, sehr komplex.

(Zuruf von der SPD: Das war der einfache Mitarbeiter!)

Er sagt: Ich komme einmal im Monat mit den Personalräten zusammen.

In einer kleinen Amtsverwaltung, die überschaubar ist, kann viermal im Jahr schon zu viel sein. Da sagen die Leute: Das brauchen wir nicht. Es kommt wirklich auf den Einzelfall an, darauf, wie die Verwaltung aussieht, wie groß die Verwaltung ist. Insofern sollten wir in der Ausschussberatung auf dieses Problem eingehen, Herr Dolgner.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Neve, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Hans Hinrich Neve [CDU]:**

Okay.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Da Sie offensichtlich mit dem Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde gesprochen haben - haben Sie auch mit den freigestellten und nicht freige-

stellten Personalräten des Kreises Rendsburg-Eckernförde gesprochen, ob sie nach ihrer Auffassung die Arbeit mit den verkleinerten Personalräten leisten können?

- Beim Kreis nicht. Nein.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das hätte geholfen, Herr Neve!)

- Das hätte geholfen. - Trotzdem, Herr Stegner, Sie machen in Zeiten, in denen uns die Regelungswut zu ersticken droht, eine Aufblähung.

Ich nenne, auch wenn Sie das verneinen, die Situation der **öffentlichen Kassen**. Unsere Kassen sind leer. Um die durch Ihre Vorschläge zusätzlich gebundene Arbeitszeit zu kompensieren, muss entweder die Zahl der Verwaltungsmitarbeiter oder die Arbeitsdichte erhöht werden. Das ist auch nicht in unserem Sinne.

Es widerspricht insgesamt unseren Vorstellungen von **Verwaltungsverschlinkung** und **Kostenoptimierung**. Wir vergrößern die Zahl der Personalräte, erhöhen die Freistellungsgrenzen der Mitglieder und verdreifachen die Anzahl der Sitzungen. Da fragen wir uns: Mit welchem Ziel?

Bei vielen Mitarbeitern habe ich den Eindruck, dass sie das eigentlich gar nicht wollen. Die Verwaltungsleitungen haben das nicht gefordert. Es drängt sich der Verdacht auf, dass Sie eine gewisse Funktionärebene bedienen. Das sehe ich als nichts weiter an als eine verfehlte Klientelpolitik,

(Beifall Abgeordneter Volker Dornquast [CDU])

die auf Kosten der Gemeinden, Ämter, Städte und Kreise geht.

Herr Stegner, im Endeffekt sind es zusätzliche Kosten, die der Bürger zu tragen hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mitbestimmung kostet etwas!)

Bei all dem Geschrei über Konnexität in der Vergangenheit - Herr Stegner, in diesem Fall ist Ihnen das schlichtweg egal. Darüber wird überhaupt nicht gesprochen. Das wird verschwiegen.

(Volker Dornquast [CDU]: Die Forderung kommt noch!)

Nicht dass ich falsch verstanden werde: Ich bin ein ausgesprochener Befürworter von personeller Mitbestimmung, auch in unseren Verwaltungen.



(Hans Hinrich Neve)

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Davon merkt man nichts! - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Baasch [SPD])

Ich weiß, wie motivierend ein angenehmes Arbeitsklima sein kann.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Dank Kaffee!)

Wir wollen in unseren Verwaltungen gute, **motivierete Mitarbeiter** haben. In heutigen Zeiten, in denen sich der Fachkräftemangel bemerkbar macht, müssen wir sie einbeziehen, einbinden und hoch motiviert führen. Sonst können wir sie im Endeffekt nicht halten.

Das Mitbestimmungsgesetz in Schleswig-Holstein halten wir für ausgewogen. Wir haben die Qualität der Mitbestimmung nicht angetastet. Was Sie hier machen, ist eine reine Aufblähung der Mitbestimmung, die unser Land wirklich nicht vertragen kann.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Neve, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten von Kalben?

**Hans Hinrich Neve [CDU]:**

Gern.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Ich frage mich, oder ich frage Sie, lieber Herr Kollege,

(Heiterkeit)

wenn Sie uns sagen, dass es Ihnen wichtig ist, motivierte Mitarbeiter zu haben, und es Ihnen wichtig ist, dass es Mitbestimmung auch in Verwaltungen gibt: Wie soll so etwas denn stattfinden, wenn es nicht regelmäßige Gespräche mit den Personalräten gibt? Denn nur da kann genau diese Mitbestimmung gelebt werden.

(Johannes Callsen [CDU]: Es geht um die Zahl der Gespräche!)

- Die Qualität der Mitbestimmung, Frau von Kalben, wollen wir in keinsten Weise antasten. Das ist nicht der Kern. Was hier gemacht wird, ist eine **Aufblähung der Mitbestimmung**. Für uns geht Qualität vor Quantität.

(Beifall Abgeordnete Volker Dornquast [CDU], Hauke Göttisch [CDU] und Barbara Ostmeier [CDU])

Insofern sind wir gespannt auf die Beratung im Ausschuss.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darf ich eine zweite Zwischenfrage stellen?)

**Präsident Klaus Schlie:**

Wenn ich den Abgeordneten gefragt habe, werden wir das sehen. - Herr Abgeordneter Neve, gestatten Sie eine weitere Frage der Frau Abgeordneten von Kalben, die dieses Mal gleich an Sie gerichtet wird?

**Hans Hinrich Neve [CDU]:**

Ich bin zwar am Ende meiner Rede, aber gern.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege, Sie sagen, wir bräuchten eine schlankere Verwaltung und wir hätten einen Fachkräftemangel. Sehen Sie es nicht auch so, dass es gerade dann wichtig ist, gemeinsam mit den Personalräten Konzepte dafür zu entwickeln, dass man das nicht in Quartalsgesprächen nebenbei machen kann, sondern genügend Zeit für den gemeinsamen Austausch braucht?

- Frau von Kalben, wir können doch nicht einfach sagen: Verwaltung, ihr müsst jeden Monat zusammentreten. In der einen Verwaltung ist das notwendig. Vielleicht gibt es auch eine Verwaltung, bei der man zweimal im Monat zusammentreten muss. Aber eine andere Verwaltung sagt: Nein, wir wollen zweimal im Jahr zusammentreten. Jetzt soll einfach bestimmt werden - darüber kann man im Ausschuss noch diskutieren -, dass grundsätzlich erst einmal alles über einen Kamm geschoren wird und jede Verwaltung einmal im Monat zusammentreten muss. Das Verständnis haben wir nicht. Für uns geht Qualität vor Quantität.

(Beifall Abgeordneter Wolfgang Baasch [SPD])

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Beratung im Ausschuss. - Danke schön.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau.

**Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes rücken wir wieder gerade, was die alte Landesregierung in Schieflage gebracht hatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zentrale Punkte unseres Gesetzentwurfs sind die Zahl der Personalratsmitglieder und die Freistellungsregelung. Wir schlagen vor, bei der **Größe der Personalräte** wieder sieben statt fünf Stufen einzuführen. Dadurch wird zum Beispiel in kleineren Dienststellen ab 51 Wahlberechtigten der Personalrat um zwei Mitglieder erhöht.

Bei sehr großen Einrichtungen wird es dreizehn Personalrätinnen und Personalräte geben statt neun. Die zu leistende Arbeit kann so auf mehr Schultern verteilt werden.

Auch bei der **Freistellung** schlagen wir eine Regelung vor, die den Anforderungen an Personalratsarbeit besser gerecht wird als die von CDU und FDP beschlossene Regelung.

Mitglieder des Personalrats sollen in Zukunft für **Schulungen** zwanzig Tage pro Amtszeit von vier Jahren freigestellt werden.

Wir ermöglichen mit unserem Gesetzentwurf also einerseits eine stärkere Ausdifferenzierung bei der Bemessung der Stärke der Personalräte. Andererseits schaffen wir mit der Erhöhung der Freistellungszeiten für Schulungen die Basis für eine auch qualitativ gute Personalvertretung.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE)

Mit der vorliegenden Staffellung der Personalratsgröße werden wir der **heterogenen Dienststellenstruktur** in Schleswig-Holstein gerecht. Es erhalten auch kleine Verwaltungseinheiten, die wir zahlreich haben, eine starke Personalvertretung. Bei großen, komplexen Dienststellen wie dem UKSH ist es notwendig, eine größere Personalvertretung zu haben, um alle Bereiche qualifiziert abdecken zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Neben einer ausreichenden Anzahl von Personalratsmitgliedern halten wir es für unbedingt wichtig, Fortbildungen und Schulungen zu ermöglichen, denn die Themen, mit denen sich ein Personalrat

beschäftigen muss, sind in den letzten Jahren deutlich komplexer geworden. Es geht an einigen Dienststellen unter anderem um die Frage von Outsourcing, um Öffentlich-Private-Partnerschaften oder auch um Privatisierungen.

Ein anderes wichtiges Thema ist das **Gesundheitsmanagement** in den Dienststellen. Der Personalrat ist bei der Gestaltung von gesunden Arbeitsbedingungen ein wichtiger Partner, um zum Beispiel psychischen Erkrankungen vorzubeugen. Auch im öffentlichen Dienst ist die Belastung durch Arbeitsverdichtung in den letzten Jahren zum Teil deutlich gestiegen. Ebenso unterstützt der Personalrat bei der Wiedereingliederung nach Krankheit.

Um in all diesen Bereichen die Interessen des Personals gut vertreten zu können, braucht es gut geschulte Personalrätinnen und Personalräte, die für ihre komplexen Aufgaben professionell gerüstet sind. Nur so ist ein Miteinander auf Augenhöhe mit der Dienststelle möglich.

Wir schlagen in unserem Gesetzentwurf außerdem vor, dass **Personalrat und Dienststelle** sich mindestens einmal im Monat zu einer gemeinsamen **Besprechung** treffen. Herr Neve, das ist keine Mussbestimmung. Natürlich gibt es die Möglichkeit, im Einvernehmen darauf zu verzichten, aber es soll die Möglichkeit dafür geben. Beide Seiten haben einen Anspruch auf häufige Treffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Diese häufigen Treffen fördern den Dialog und ermöglichen die zügige Lösung von Problemen, und es können langwierige Klageverfahren vermieden werden. Zwei Gesprächspartner finden eine gemeinsame Lösung. Wir brauchen eine engagierte, moderne und motivierte Verwaltung. Dazu trägt auch ein starker Personalrat bei.

Herr Neve, ich sage es noch einmal: Wenn Sie sagen, mit unserem Gesetzentwurf bedienen wir die **Funktionärebene**, dann glaube ich, dass Sie etwas durcheinanderbringen. Sprechen Sie Personalrätinnen und Personalräte einmal darauf an, wie sie sich fühlen! Ich glaube, sie fühlen sich mitnichten als Funktionärinnen und Funktionäre.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Im Rahmen der Vorbereitung auf meine Rede habe ich bei den Mitarbeitern von Dienststellen nachgefragt. Ich habe von den Personalrätinnen und Personalräten ganz andere Aussagen gehört. Sie sagen, es

(Ines Strehlau)

sei ganz wichtig, dass wir hier eine bessere Regelung auf den Weg bringen.

Wir schaffen also mit unseren Vorschlägen im Mitbestimmungsgesetz gute Rahmenbedingungen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitgliedern der Personalräte in Schleswig-Holstein für ihren Einsatz zu bedanken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Uns ist sehr bewusst, dass auch mit einem guten Mitbestimmungsgesetz von ihnen viel Arbeit zusätzlich und nicht selten in der Freizeit geleistet wird. Personalratsarbeit ist also auch ein wichtiges ehrenamtliches Engagement für unser Gemeinwesen, das nicht selbstverständlich ist. Vielen Dank dafür. - Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Symbolpolitik**, unter diesem Wort fasst die Landesregierung gern ihre Änderungspolitik zur Abgrenzung von der vorherigen Regierung zusammen. Dabei lassen Sie aber außer Acht, dass eine Medaille immer zwei Seiten hat, meistens auch eine Kehrseite. Man muss sich Symbole auch leisten können. Natürlich ist es so, dass die Änderungen des Mitbestimmungsgesetzes keine riesigen Haushaltslöcher in den Etat reißen werden, aber umsonst sind sie nicht zu haben. Ich bin sehr gespannt darauf, wie die Finanzministerin auf Dauer die verschiedenen Enden zusammenknoten will, um die vielfältigen Wünsche und Vorschläge der regierungstragenden Fraktionen mit der **Haushaltswirksamkeit** in Übereinstimmung zu bringen.

Selbstverständlich kann ich den Wunsch der Personalräte und der Arbeitnehmervertreter nachvollziehen, aber zugleich muss ein starker Ministerpräsident manchmal die Größe besitzen und sagen: Ja, eure Forderung ist vertretbar, aber derzeit einfach nicht umsetzbar. So haben wir es zu Beginn unserer Regierungskoalition im Jahr 2009 gemacht.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Der Wähler hat Sie auch ganz toll gefunden, Herr Dr. Stegner. Deshalb haben Sie eine Ein-Stimmen-Mehrheit. Wenn das alte Auszählverfahren noch gegolten hätte, dann hätten Sie gar keine Mehrheit mehr. Hören Sie auf, so zu tun, als hätten die Wähler Sie mit einer so massenhaften Zustimmung ausgestattet, um eine andere Politik als vorher zu betreiben!

(Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, Sie haben noch eine Woche vor der Landtagswahl erklärt, wir kämen gar nicht wieder. Angesichts der Tatsache, dass Ihr Ministerpräsident erklärt hatte, er wolle 40 % und mehr Wählerstimmen erhalten, sind die 30 %, die Sie erreicht haben, ein eher bescheidenes Ergebnis. Hören Sie also auf, so zu tun, als würden die Schleswig-Holsteinischer massenhaft hinter Ihnen stehen, Herr Dr. Stegner! Das tun Sie nicht.

Wer die Anzahl der Personalräte erhöht, wer die bezahlten Arbeitstage für Fort- und Weiterbildungen sowie die Tage zur Teilnahme an Gewerkschafts- und Berufsverbandsveranstaltungen erhöhen will, der **senkt** damit im Gegenzug zeitgleich die zur Verfügung stehende **Arbeitszeit**. Dadurch muss die weiter anfallende Arbeit entweder zusätzlich vom bestehenden Personalkörper abgedeckt oder zusätzliches Personal eingestellt werden. So einfach ist Latein.

Herr Kollege Dr. Stegner, Sie merken es doch an jedem Tag selbst, unter welchen Belastungen das Personal zum Teil bereits heute steht. Jede weitere Belastung des Personalkörpers, und diese wäre bei einer Erhöhung der Anzahl der freigestellten Tage und bei einer Vermehrung der Personalratsmitglieder der Fall, würde den Rest der Beschäftigten ungerechtfertigt belasten. Dass wir zusätzliches Personal einstellen, haben Sie in Ihrem neuen Personal-konzept verworfen. Sie haben erklärt, es werde kein neues **zusätzliches Personal** geben. Im Gegenteil, Sie wollen in den Bereichen außerhalb des Schulwesens noch mehr Stellen abbauen, als Schwarz-Gelb dies jemals vorgesehen hatte.

Wie das gehen soll, ohne dass die innere Sicherheit und die Steuerverwaltung darunter leiden, ist mir schleierhaft. Ich höre die ersten Minister, die von zusätzlichen Aufgaben statt von einem Aufgabenabbau reden. Die Kultusministerin hat erklärt, dass sie eine Novellierung des Denkmalschutzgesetzes möchte, in dem die kulturellen Interessen, was auch immer das sein soll, stärker berücksichtigt werden. Das wird sie kaum mit dem gleichen Personalkörper bewerkstelligen können.

(Wolfgang Kubicki)

Sie wissen selbst, dass wir den Gewerkschaften in unserer Regierungszeit bereits weit entgegengekommen sind. Als eines von fünf Ländern, die **Konsolidierungshilfe** erhalten, können wir keine Leistungen versprechen oder gar erbringen, die andere, auch **finanzstärkere Bundesländer** nicht finanzieren.

(Beifall FDP)

Herr Dr. Stegner, die **Freistellungsgrenze** ab 200 Beschäftigten ist bei uns bundesweit am niedrigsten. Die meisten anderen Bundesländer, gerade auch die Geberländer, haben die Schwelle erst bei 300 Beschäftigten. Wir haben trotzdem an der niedrigen Schwelle festgehalten und im Gegenzug die Anzahl der Personalratsmitglieder gesenkt. Diese Änderungen haben wir dann mit den Gewerkschaften besprochen, und zwar mit Vertretern des Deutschen Beamtenbunds, mit der Gewerkschaft der Steuerbeamten und der GdP.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die waren richtig begeistert von Ihnen!)

- Ja, weil wir ihnen erklärt haben, warum wir das so machen müssen. Sie versprechen etwas, und ich sage Ihnen: Sie werden das angesichts der **Schuldenbremse**, die wir haben, zurücknehmen müssen, oder Sie werden die Enden nicht zusammenknuten können. Momentan verteilen Sie Placebos, und später werden Sie sagen: Bedauerlicherweise ist die Entwicklung anders als von uns vorgesehen. Deshalb müssen wir das wieder zurücknehmen. Das ist eine Politik, die wir nicht mittragen können.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Übrigens haben die **Gewerkschaften** die Regelung, die wir gefunden haben, gegenüber der Herabsenkung der Freistellungsgrenze, eindeutig bevorzugt. Daher sage ich noch einmal: Nehmen Sie von dem Gesetz Abstand! Sie werden das auf Dauer nicht finanzieren können, oder die weiteren Mitarbeiter werden über das normale Maß hinaus belastet werden. Belasten Sie den bestehenden Personalkörper nicht unverhältnismäßig weiter! Lassen Sie uns unsere knappen finanziellen Ressourcen zielgerichtet auf die Bereiche Bildung und Infrastruktur konzentrieren, denn gerade dort werden sie am dringendsten benötigt, nicht bei solchen Placebogeschieden, wie Sie sie heute vorschlagen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Die Fraktion der PIRATEN hat zu diesem Tagesordnungspunkt keinen Wortbeitrag angemeldet. Für

den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Mitbestimmung** ist der **Kern der Demokratie am Arbeitsplatz**. Das Mitgestalten und das Mitbestimmen gehören auch im öffentlichen Dienst dazu und sind integrale Bestandteile des Arbeitslebens. Mitbestimmung verstärkt die Bindung an den Job, erhöht die Zufriedenheit und trägt nicht zuletzt zur Effektivität der Leistungen bei.

(Beifall SSW und SPD)

Dabei ist das **Mitbestimmungsgesetz** die wichtigste rechtliche Grundlage für das Handeln der Personalräte. Ausgerechnet an diesem Gesetz hat die Vorgängerregierung herumgeschraubt. Das hat nicht nur bei den Personalräten zu viel Frust geführt, sondern den Beschäftigten das Gefühl vermittelt, dass ihre Beteiligung gar nicht gefragt ist.

Eine Initiative im Februar, diesen Prozess noch umzudrehen, scheiterte. Schwarz-Gelb hat im Innenausschuss die Macht seiner Mehrheit genutzt und damit sogar die Möglichkeit einer Anhörung niedergestimmt. Gewerkschaften und Personalräte haben diese Vorgänge genau registriert. Das, meine Damen und Herren, war damals kein gutes Signal.

Mit der Vorlage des Gesetzentwurfs wollen wir in einem ersten Schritt den **alten Zustand** weitgehend wieder herstellen. Nach dem, was ich gehört habe, haben die alten Mitbestimmungsregeln gut funktioniert, und genau das sollen sie auch möglichst bald wieder tun.

(Beifall Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Neuregelung soll **sofort in Kraft treten**, damit wir ein Nebeneinander von alten und neuen Regelungen vermeiden. Ansonsten würden wir möglicherweise bald zwei parallele Systeme haben, nämlich einmal bis 2015 gewählte Personalräte nach dem bisherigen Gesetz und in Zukunft anders strukturierte Personalräte nach dem neu zu beschließenden Gesetz. Das gilt es natürlich zu vermeiden.

So einfach und klar wie möglich, muss die Devise bleiben. Vergessen wir nicht, dass der überwiegende Teil der Personalräte ehrenamtlich tätig ist. Für sie bedeuten einheitliche Gesetze eine erhebliche Erleichterung. Schließlich ist die Materie bereits kompliziert genug.



(Lars Harms)

Gerade aus diesem Grund regelt der vorliegende Gesetzentwurf die Freistellung für Personalräte neu und führt die bewährten Regelungen wieder ein. **Schulungs- und Bildungsveranstaltungen** sind für die strategische Arbeit der Personalräte ein nicht verhandelbares Muss. Ohne intensive Auseinandersetzung mit den gesetzlichen Grundlagen läuft der Personalrat den Entscheidungen immer hinterher. Das nötige Wissen für die Arbeit kann sich ein Personalratsmitglied nicht ausschließlich an seinem Schreibtisch erarbeiten, sondern er oder sie ist auf eine solide und nachhaltig wirkende Wissensvermittlung angewiesen. Genau das verwehrt die gegenwärtige Gesetzeslage, indem sie die Freistellung beschneidet.

Eine Kurz-Fortbildung gibt es meines Wissens nach nicht, sie wäre auch völlig sinnlos. Was die Personalräte, die meist über keine juristische Vorbildung im Mitbestimmungsrecht verfügen, nachfragen und benötigen, sind mehrtägige intensive Seminare. In diesen Seminaren werden die Rechtslage und deren Konsequenzen vorgestellt, was das für die Dienststelle bedeutet, und eben auch mit Experten vertieft.

Die Personalräte wollen auf Augenhöhe verhandeln, fair und gleichberechtigt. Aber diese Möglichkeit wird ihnen genommen, wenn sie sich nicht auf eine sichere Grundlage stellen können. Das ist der Antrieb für diesen Entwurf. Wir wollen, dass die Leute eine Chance haben, sich wirklich in ihre Arbeitsfelder als ehrenamtliche Personalräte vertiefen zu können. Dafür brauchen sie **Freistellung**, und nur dann kriegt man eine vernünftige Mitbestimmung hin. Wir waren in der Vergangenheit der Vorreiter, und das wollen wir auch gern wieder werden.

(Beifall SSW und SPD)

Allerdings räume ich ein, dass die Zeit inzwischen nicht stehen geblieben ist. Die Änderungen der letzten Zeit haben die Mitbestimmung wieder in den Fokus gerückt, worüber manche Personalräte gar nicht einmal so unfroh sind. Sie sehen die Chance, die Mitbestimmungsverfahren zu modernisieren, die sich im Zuge der Verfahrensumstellung in vielen Dienststellen ergeben haben. Die Arbeitswirklichkeit verändert sich, und die Mitbestimmungsregeln sollten hier immer wieder angepasst werden. Aus diesem Grunde empfiehlt der SSW dringend eine **fortwährende Evaluation der Regelungen**. Ein erster Schritt ist, dass wir die Errungenschaften in der Mitbestimmung, die unser Land immer ausgezeichnet haben, wieder einführen und die Rückschritte der bisherigen Regierung wieder zurücknehmen.

Ich hoffe aber auch, dass die Ausschussberatungen schon einen ersten Ansatz dafür bieten, dass nicht nur die Fehler der alten Regierung korrigiert werden können, sondern dass darüber hinaus die Mitbestimmung in unserem Land weiterentwickelt werden kann, damit Schleswig-Holstein auch in Zukunft ein Vorbild im Bereich der Mitbestimmung bleibt. Das muss das Ziel sein. Wir haben einen **ersten Aufschlag** mit diesem **Gesetzentwurf** gemacht, und wir wollen, dass die Mitbestimmung in diesem Land weiterentwickelt wird. Das ist unser großes Ziel, und daran werden wir arbeiten. Mit diesem Gesetzentwurf ist garantiert nicht Schluss, sondern das ist erst der Anfang für eine vernünftige Mitbestimmung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner von der SPD-Fraktion.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kubicki, ich weiß nicht, wie viel Personalräten Sie schon angehört haben, um die Arbeit entsprechend einschätzen oder nicht einschätzen zu können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie sieht es denn bei Ihnen aus?)

- Ich habe dem Personalrat ehrenamtlich angehört und habe dafür 4 € am Tag bekommen. Ich habe vorher mein Geld durchaus auch durch Arbeit verdient. Das ist doch wieder diese Vorhaltung, die Herr Stegner zu Recht angemahnt hat, dass man nämlich in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes sein Geld offensichtlich nicht durch Arbeit verdient, sondern durch irgendetwas anderes. Anders kann ich Ihren Zwischenruf leider nicht interpretieren.

Ich wollte Sie allerdings gerade eben loben. Im Gegensatz zu Herrn Neve haben Sie zumindest anerkannt, dass eine möglichst **breite Mitbestimmung** etwas **Positives** ist, nach Ihrer Auffassung könne man das nur nicht gewähren, weil das zu viel kosten würde.

(Johannes Callsen [CDU]: Das hat er aber auch getan!)



(Dr. Kai Dolgner)

- Nein, nein. Bei Herrn Neve war das so nach dem Motto: Wenn auch die Leitung glaubt, dass Mitbestimmung notwendig ist, dann wird sie gewährt. Man fragt also den Landrat, oder man fragt sich selbst als Amtsvorsteher, möglichst dann auch **aus seiner Autorität** heraus, und seine Mitarbeiter: „Braucht ihr mehr Mitbestimmung?“

Das ist aber eine Auffassung von Rechten, die wir nicht haben. Rechte haben alle, unabhängig davon, ob man eine gute oder eine schlechte Leitungsfunktion hat. Auch eine gute Leitung entbindet übrigens nicht davon, sich der Mitbestimmung stellen zu müssen. Eventuell habe ich das auch nur missverstanden. Wir können das nachher gern noch nachlesen.

Zum Thema der tatsächlichen **finanziellen Einsparungen** bin ich auf die Abrechnungen gespannt, um erkennen zu können, was das denn tatsächlich gebracht hat. Es geht nicht darum, dass man sich theoretisch ausrechnet, wie viele Stellen es tatsächlich bei dem jeweiligen Personalkörper unter dem Aspekt der geringeren Mitbestimmung respektive der geringeren Freistellungstage - die werden ja lange nicht alle genommen - und der verkleinerten Personalräte erbracht hat. Ich kann übrigens für die Kreise Rendsburg und Eckernförde sagen: Das war null. Da bin ich auf die Konnexitätsdebatte sehr gespannt.

Das ist aber auch nicht weiter verwunderlich; denn die Hauptarbeit ist ja nicht das wöchentliche Treffen eine bis eineinhalb Stunden, sondern das **Beisein bei den Einstellungsgesprächen**. Die Zahl der Einstellungsgespräche ist aber schlicht und ergreifend nicht von der Größe eines Personalrats abhängig, sondern man verteilt die Arbeit nur auf mehr Menschen, die dann ihre normale Arbeit besser machen können. Meine Arbeit an der Hochschule hat niemand gemacht, wenn ich in einem Personalgespräch war. Die hat auch niemand für mich gemacht, wenn ich in einem Bewerbungsgespräch war. Aber auf je mehr Schultern man das verteilen kann, desto weniger Arbeitsverdichtung hat man für die Leute, die sich engagieren.

Das entspricht im Übrigen auch dem Inhalt der Zuschriften, die ich gern zur Verfügung stelle. Daran erkennen Sie, was diejenigen an der Verkleinerung der Personalräte kritisieren. Die **Verkleinerung der Personalräte** hat nämlich nur dazu geführt, dass die gleiche Arbeit auf weniger Schultern verteilt worden ist. Als Ökonom, der Sie ja sind, Herr Kollege Kubicki, wissen Sie: Die Arbeitssituation ist schlicht und ergreifend genau gleich geblieben. Das kann also nicht zur **finanziellen Verschiebung**

geführt haben, außer dass einer, der jetzt vier Stunden in der Woche unterwegs ist, dann sechs Stunden in der Woche unterwegs sein muss. Dann multipliziert man das mit der Zahl der Mitglieder des Personalrats, und dann kommt man genau auf die gleiche Zahl an Arbeitsstunden, zumindest für den Teil der Mitbestimmungsarbeit.

Insofern höre ich die Theorie sehr wohl, allerdings sehen in der Praxis einige Dinge dann doch anders aus.

(Beifall SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Innenminister Andreas Breitner.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein liegt ein bewährtes und über die Landesgrenzen hinaus beachtetes und anerkanntes Modell der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Dienststellen und Personalräten vor. Die große **Akzeptanz des Mitbestimmungsgesetzes** zeigt sich auch daran, dass in der Vergangenheit die Grundzüge der Mitbestimmung, zum Beispiel die Allzuständigkeit der Personalräte, von keiner Landesregierung, gleich welcher Zusammensetzung, infrage gestellt worden sind.

Die **Vorgängerregierung** hat dennoch **qualitative Einschnitte** an der Mitbestimmung vorgenommen. Es ist gut, dass diese Fehler der letzten Legislaturperiode mit dem von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW vorgelegten Gesetzentwurf wieder korrigiert werden. Denn die vorgenommenen Änderungen des Mitbestimmungsgesetzes waren nicht zu Ende gedacht.

Mit der **Allzuständigkeit** haben wir den **Personalräten** viele Aufgaben, aber auch viel Verantwortung zugewiesen. Daher müssen Personalräte so aufgestellt sein, dass sie diese Aufgaben auch auf einem qualitativ hohen Niveau wahrnehmen können. Hier Abstriche zu machen, zum Beispiel bei der Größe von Personalräten, bei Fortbildungsmöglichkeiten für Personalratsmitglieder, heißt, am falschen Ende zu sparen. Aus meiner beruflichen Erfahrung füge ich an: Starke Kommunen, starke Verwaltungen bedingen auch starke Personalräte. Arbeitsfähige Personalräte sind keine Belastung, sondern ein Nutzen für jede Dienststelle.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Minister Andreas Breitner)

Der große Vorteil der Allzuständigkeit der Personalräte liegt darin, dass wir in Schleswig-Holstein nicht um Kataloge von Mitbestimmungstatbeständen und deren Auslegung ringen müssen, wie es nach dem Personalvertretungsrecht in anderen Ländern der Fall ist. Die Folge solcher Konflikte und Mitbestimmungskataloge sind unnötige Reibungsverluste. In Schleswig-Holstein setzen wir stattdessen auf eine vertrauensvolle, gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe von Dienststellen und Personalräten. Das funktioniert auch nur mit gut aufgestellten Personalräten.

Der Gesetzentwurf von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW stellt den früheren Zustand wieder her. Es bleibt jedoch bei der Streichung des Sitzungsgeldes für Personalräte. Auch das ist nachvollziehbar, denn für eine derartige bundesweit einmalige Leistung ist auch jetzt kein Bedarf mehr ersichtlich, und die Betroffenen selbst haben mir gegenüber signalisiert, dass sie es für überflüssig halten.

Mit dem Gesetzentwurf wird somit die Mitbestimmung mit Augenmaß auf den früheren qualitativ angemessenen Standard zurückgeführt. Die Landesregierung begrüßt diese Gesetzesinitiative ausdrücklich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/191, dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 34 und 51 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/181

**b) Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/9

**c) Parlamentarismus im Wandel**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN sowie der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/10

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/198

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich erteile dann zunächst das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 5. Juni 2012 überwiesenen Vorlagen in vier Sitzungen umfassend befasst, zuletzt in seiner Sitzung am 19. September 2012. Hinsichtlich der umfangreichen Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/9, und den darin enthaltenen Änderungen verweise ich auf die Vorlage. Im Hinblick auf die Drucksache 18/10 empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss weiter in Übereinstimmung mit den Antragstellern, den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW, „Parlamentarismus im Wandel“, für erledigt zu erklären.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und weise auf folgende Verständigungen zwischen den Fraktionen im Ältestenrat hin: Zunächst erhält die Fraktion der PIRATEN mit einer Redezeit von zehn Minuten das Wort, anschließend die Fraktion der SPD mit einer Redezeit von fünf Minuten. Weitere Redezeiten sind nicht angemeldet worden. - Herr Abgeordneter Dr. Breyer zur Geschäftsordnung!

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Darf ich den Vorschlag machen, Herr Präsident, dass zunächst die SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag begründet, der heute beschlossen werden soll?

**Präsident Klaus Schlie:**

Wir haben nicht vor - wie ich das aus dem Kopfschütteln der anderen Abgeordneten sehe -, die Vereinbarung im Ältestenrat zu ändern. - Das Wort hat, wenn er es wünscht, Herr Abgeordneter Dr. Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser **Geschäftsordnungsänderungsantrag** von den übrigen Fraktionen, über den wir heute sprechen, in Verbindung mit den **Richtlinien**, die im Ältestenrat beschlossen worden sind und beschlossen werden sollen, ist eine **Verbotsorgie**, der wir nur eine klare Absage erteilen können.

(Beifall PIRATEN)

Sie wollen hier im Sitzungssaal Lüfter, mechanische Tastaturen, aufklappbare Bildschirme, Fotos aber auch nur, wenn sie mit Smartphones aufgenommen werden Ton- und Videoaufzeichnungen verbieten, wollen jedoch keine eigenen Aufzeichnungen, die man nachträglich abrufen kann, durch den Landtag vornehmen lassen, wie wir es beantragt hatten. Sie wollen private Nachrichten verbieten, Sie wollen aber auch politische Debatten über soziale Netzwerke verbieten. Sie wollen im Regelfall Reden, die länger als fünf Minuten dauern, verbieten, und Sie wollen Berichte über Absprachen im Ältestenrat verbieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh, dass mir noch das Sprechen und Atmen hier im Plenum erlaubt sein soll. Im Internet kam schon der Vorschlag auf, man sollte auch das Geklacker von Pfennigabsätzen und Kugelschreibern im Plenum verbieten. Denn das ist auch sehr störend.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich will gar nicht lange über das **Zustandekommen dieses Antrags** reden. Wir haben im Innenausschuss ausführlich und konstruktiv über unsere Änderungsanträge diskutiert. Wir haben den Wissenschaftlichen Dienst gebeten, einen Vergleich zu machen mit den Regelungen, die in anderen Parlamenten gelten, und haben festgestellt, dass vieles von dem, was wir gefordert haben, in anderen Par-

lamenten schon vorzufinden ist. Wir haben die Landtagsverwaltung um eine Kostenschätzung gebeten, wie viel es gekostet hätte, für mehr Transparenz durch Übertragungen zu sorgen, mit dem Ergebnis, dass eine Audioübertragung doch ohne zusätzliche Anschaffungen und Personal möglich gewesen wäre.

Dann gehen Sie in einer der berichtigten, nicht existierenden Runden der Parlamentarischen Geschäftsführer hin, mit Personen, die gar nicht an unseren Ausschussberatungen teilgenommen haben, und beschließen etwas, was nichts mit dem zu tun hat, was wir vorher im Ausschuss besprochen haben,

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP])

und zwar hinter unserem Rücken. Das ist wirklich unglaublich.

Ich erinnere daran, dass wir noch vor der Sommerpause einen gemeinsamen Anspruch formuliert hatten, als wir unsere Anträge in den Ausschuss geschickt hatten. Darin hieß es - ich zitiere wörtlich -:

„Leitlinie ist, eine **größtmögliche Transparenz** der Arbeit des Parlaments sicherzustellen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gemessen an diesem Anspruch sind Sie mit diesem Vorschlag völlig gescheitert. Sie haben **keinen einzigen** unserer **Vorschläge für mehr Transparenz aufgegriffen**, weder eine Übertragung von Plenar- und Ausschusssitzungen, die man nachträglich abrufen kann, ist angenommen worden, noch die Veröffentlichung von Schriftverkehr von und mit dem Landtag, noch, dass man ein gewisses Zeitfenster vor Entscheidungen in eigener Sache einzieht, wenn es zum Beispiel um Abgeordnetendiäten geht wie heute. Alles ist abgelehnt worden, was wir für mehr Transparenz vorgeschlagen hatten. Umgekehrt wollen Sie sogar den **Ältestenrat zum Geheimrat** erklären, indem Berichte sogar über die Tagesordnung, aber auch über die Ergebnisse verboten werden sollen, wenn sie nicht vom Präsidenten nach Ermessen selbst durchgeführt werden.

Ich kann an dem Punkt nur vor dem Missverständnis warnen, dass das, was beim Ältestenrat geregelt werden soll, nur eine **Fortschreibung der früheren Praxis** sei. Das ist mitnichten der Fall. Denn ich habe in den letzten Wochen und Monaten feststellen dürfen, dass Sie die Vertraulichkeit der Absprachen im Ältestenrat selbst äußerst flexibel wahrnehmen und handhaben, dass nämlich gern und - wie ich finde - auch richtigerweise rekuriert wird auf die

(Dr. Patrick Breyer)

Absprachen, wenn man sagt, wir haben doch im Ältestenrat das und das abgemacht, und zwar in öffentlicher Sitzung. Das wäre nach diesen Geschäftsordnungsanträgen nicht mehr möglich, weil alles, was besprochen wird, für komplett vertraulich erklärt werden soll.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Es macht die Absprachen im Ältestenrat sinnlos, wenn man sich zur Wahrnehmung parlamentarischer Rechte nicht darauf berufen kann. Wir halten es deswegen für verfassungswidrig und werden dagegen auch vor das Landesverfassungsgericht ziehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wunderbar! - Beifall FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Lächerlich!)

Was diese berühmt-berüchtigte **Richtlinie zur Internettechnik** angeht, muss ich sagen: Die ist nicht nur technikfeindlich, sie ist auch von hinten bis vorn Pfusch. Das fängt schon damit an, dass in der Geschäftsordnung festgeschrieben werden soll, eine Verständigung im Ältestenrat über die Nutzung mobiler Internettechnik solle gelten. Das Problem ist, im **Ältestenrat** hat schon **keine Verständigung** stattgefunden. Deswegen ist diese Richtlinie auch null und nichtig. Wenn Sie der Beschlussempfehlung so zustimmen, gilt ein **Totalverbot** von **jeder Internettechnik**.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Das heißt, dass auch Herr Kollege Dr. Stegner sein Smartphone wegpacken muss, dass Herr Kollege Kubicki seinen Tablet-PC wegpacken muss.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich habe gar keinen!)

Ich glaube, wir sind uns einig, dass ein Totalverbot jeder Internettechnik völlig unverhältnismäßig ist.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es ist schön, dass Sie jetzt die Tablets eingepackt haben. Vorhin konnte man noch sehr viele hier auf den Tischen sehen, genauso wie Zeitungen, die ausgebreitet waren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist unglaublich!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Kollege Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege, würden Sie zur Kenntnis nehmen, weil die Sitzung ja öffentlich übertragen wird, dass ich es mir nicht gefallen lasse, dass Sie mit Unwahrheiten arbeiten? Ich habe weder einen Tablet-PC noch ein iPad hier, noch hatte ich jemals hier ein iPad am Platz. Ich will es aber nicht hinnehmen, dass Sie in der Öffentlichkeit erklären, ich hätte es jetzt eingepackt. Würden Sie das zur Kenntnis nehmen?

- Ich nehme es zur Kenntnis.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Moment! Ich weigere mich, das über einen PIRATEN zu ertragen, schlicht und ergreifend.

(Beifall FDP)

- Ich muss aber sagen, dass ich in Erinnerung habe, dass Sie Ihren Tablet-PC in einer anderen Sitzung benutzt haben.

(Beifall PIRATEN)

Das zweite Problem mit dieser Internetrichtlinie ist, dass Sie tatsächlich in der Richtlinie über die Nutzung mobiler Internettechnik eine **Regelung für Laptops** und auch für **Telefone** vorsehen.

Da muss ich doch feststellen, dass dem Verfasser dieses Antrags der Unterschied zwischen Internet und Telefon offenbar noch nicht klar ist. Sie können doch nicht in einer Richtlinie, die laut Geschäftsordnung Internettechnik regeln darf, die Nutzung von Telefonen regeln! Diese Richtlinie ist doch völlig ohne Grundlage. Man sollte sie vielmehr „Richtlinie über das Verbot moderner Technik“ nennen. Das wäre passender.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage - -

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Präsident Klaus Schlie:**

Eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Garg. Es wäre schön, wenn Sie mich ausreden lassen würden.



(Präsident Klaus Schlie)

**Dr. Heiner Garg** [FDP]: Herr Kollege Dr. Breyer, würden Sie den Kolleginnen und Kollegen erläutern, auf welche Richtlinie Sie in der Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses rekurren?

(Beifall FDP)

Denn genau darum geht es jetzt, diese zu beschließen.

**Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]:

Ich rekurre auf die in der letzten Ältestenratssitzung gegen unsere Stimme beschlossene Richtlinie über die Nutzung mobiler Internettechnik, die in den Geschäftsordnungsänderungsanträgen genannt ist beziehungsweise auf die verwiesen wurde.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Garg?

**Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]:

Ja.

**Dr. Heiner Garg** [FDP]: Herr Kollege Dr. Breyer, würden Sie dann zumindest freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass in der heute zur Abstimmung stehenden Beschlussempfehlung keine Richtlinie enthalten ist und dass der Ältestenrat kein Beschlussgremium ist und deswegen auch über keine Richtlinie beschlossen hat?

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ich nehme zur Kenntnis, dass in den Geschäftsordnungsänderungsanträgen, die heute zur Abstimmung vorgesehen sind, steht, dass die **Nutzung mobiler Internettechnik** künftig nur nach Maßgabe einer Verständigung im Ältestenrat stattfinden soll und dass laut einer Pressemitteilung des Landtags eine solche Verständigung erfolgt sein soll, obwohl sie tatsächlich nicht erfolgt ist, da wir uns nicht verständigt und nicht geeinigt haben. Das heißt, wenn Sie dem so zustimmen, gilt ein Totalverbot jeglicher Internettechnik.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]:

Gerne.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Verehrter Herr Kollege Dr. Breyer, wären Sie so freundlich, dem Hause mitzuteilen, dass der Grund dafür, dass dieser Änderungsantrag zu dieser Konsequenz führt, daran liegt, dass es die PIRATEN-Fraktion gewesen ist, die eine Einigung im Ältestenrat verhindert hat?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

- Ich möchte dazu sagen, dass ich den Grund für diesen Änderungsantrag nicht erklären kann, da er von Ihnen kommt. Er ist mir unerklärlich. Richtig ist, dass wir uns nicht bereit erklärt haben, freiwillig das zu akzeptieren, was hier heute zur Abstimmung steht, nämlich eine totale Geheimhaltung aller Vereinbarungen im Ältestenrat.

Wir meinen, dass der **Ältestenrat** öffentlich tagen sollte, wie das auch bei den Sitzungen des Ältestenrats einiger Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin erfolgreich praktiziert wird.

Was wir im Namen der Bürger tun, muss auch für die Bürger nachvollziehbar und zu begründen sein. Unser Anspruch als PIRATEN-Partei ist, dass wir demokratisch agieren und nicht in geheimen Runden unter Ausschluss der Öffentlichkeit über die Köpfe hinweg Vereinbarungen treffen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]:

Ja, gern.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Herr Kollege Dr. Breyer, sind Sie in der Lage, den Unterschied zu erkennen zwischen einer Bezirksverordnetenversammlung und dem Landtag von Schleswig-Holstein? Und würden Sie zweitens auch zur Kenntnis nehmen, dass der Ältestenrat sehr wohl der Meinung ist, dass die Ergebnisse unserer Beratungen so weit wie möglich veröffentlicht werden und dass das ausschließlich für Personalfragen nicht gilt, aber die Beratungen, die dahin führen, nicht öffentlich stattfinden sollen, damit man in der Lage ist, überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen? Wären Sie bitte auch so freundlich, dieses zur Kenntnis zu nehmen?



**(Dr. Patrick Breyer)**

- Das kann ich nicht zur Kenntnis nehmen beziehungsweise bestätigen. Tatsächlich ist es so, dass weder die Tagesordnung von Ältestenratssitzungen noch im Nachhinein wirklich alles, was dort besprochen oder vereinbart worden ist - wenn es beispielsweise um Terminpläne geht, wenn es um den Haushalt des Landtags geht, wenn es um Reisen nach Schweden geht -, veröffentlicht wird. Von alledem hat die Öffentlichkeit leider nichts erfahren, bevor wir PIRATEN in den Ältestenrat eingezogen sind.

(Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lars Harms?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Lars Harms [SSW]:** Herr Kollege Dr. Breyer, sind Sie mit mir der Auffassung, dass der Ältestenrat zwar vertraulich tagt, aber durchaus die Möglichkeit laut unserem Beschlussvorschlag hat, Entscheidungen öffentlich zu machen, und dass in unserem Antrag steht: „Über Art und Umfang von Mitteilungen an die Öffentlichkeit aus vertraulichen Sitzungen entscheiden die Präsidentin oder der Präsident im Benehmen mit dem Ältestenrat“, damit es möglich ist, tatsächlich alle Entscheidungen dort auch öffentlich zu machen?

(Angelika Beer [PIRATEN]: Was hat das denn mit Transparenz zu tun?)

- Ich nehme zur Kenntnis, dass diese Möglichkeit besteht, das ist richtig. Ich sage aber auch, dass von dieser Möglichkeit kein Gebrauch im ausreichenden Maße gemacht wird. Ich habe gerade eben erläutert, welche Punkte wir besprochen und wo wir uns verständigt haben und die nicht - außer durch uns PIRATEN - veröffentlicht worden sind.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Garg?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Kollege Dr. Breyer, Sie haben gerade behauptet, be-

vor die PIRATEN-Fraktion in den Landtag gezogen ist, sei aus dem Ältestenrat weder über den Ablauf einer Plenartagung noch über Ausschussreisen berichtet worden, über die im Ältestenrat gesprochen worden sei. Würden Sie dem Plenum und der Öffentlichkeit erklären, wie die Vorbereitung einer Landtagstagung möglich sein sollte oder in den vergangenen 20, 30 oder 40 Jahren gewesen sein soll, wenn der Ablauf der Plenartagung beziehungsweise die zeitliche Reihenfolge und die Setzung von Tagesordnungspunkten nicht veröffentlicht worden wären?

- Verehrter Kollege Herr Dr. Garg, ich kann Ihnen nichts erklären, was ich nicht gesagt habe. Ich habe von der letzten Legislaturperiode überhaupt nichts gesagt, sondern ich habe für diese Legislaturperiode gesprochen und Beispiele genannt, über die nicht öffentlich berichtet worden ist. Zu diesen Dingen gehören beispielsweise die Pläne, die den Haushalt des Landtags angehen, dazu gehören die Pläne einer Reise. Das sind alles Punkte, von denen die Öffentlichkeit nur durch uns erfahren hat.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Lars Harms?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja, ein Kreuzverhör nehme ich gern hin.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms für eine Zwischenfrage.

**Lars Harms [SSW]:** Herr Dr. Breyer, Sie haben vorhin die Behauptung aufgestellt, dass unser Änderungsantrag dazu führen würde, dass Internettechnik im Plenarsaal verboten sei. Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass in § 49a steht: „Während der Sitzungen des Landtags ist die Nutzung mobiler Informationstechnik auf der Grundlage einer Verständigung im Ältestenrat zulässig“, und damit verbunden ist, dass dies natürlich impliziert, dass auch Internettechnik hier zulässig ist? Würden Sie mir zustimmen, dass das allerdings auch nur dann der Fall ist, wenn alle einer solchen Regelung im Ältestenrat zustimmen, und dass es politisch klug wäre, dies auch zu tun?

**(Präsident Klaus Schlie)**

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ich stimme zu, dass Sie die Regelungen, die hier beschlossen werden sollen, richtig referiert haben. Ich stimme allerdings nicht zu, dass es klug wäre, einem technikfeindlichen Verbot von Laptops und sonstiger Technik hier zuzustimmen. Das würde eine nicht hinnehmbare Einschränkung unserer Arbeitsmittel darstellen. Das werden wir noch näher erläutern, wenn Sie uns zu Wort kommen lassen würden.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Callsen?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ich nehme gern diese Zwischenfrage an und lehne sie nicht ab. Wenn Sie keine Zwischenfragen stellen wollen, dann stellen Sie sie nicht.

(Zuruf)

- Ich lasse gern Zwischenfragen zu.

**Präsident Klaus Schlie:**

Eine Zwischenfrage hat jetzt Herr Callsen.

**Johannes Callsen [CDU]:** Herr Kollege, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass es insbesondere zu den Aufgaben des Schleswig-Holsteinischen Landtags gehört, den Haushalt zu beschließen? Deswegen ist Ihre Unterstellung, der Haushalt würde nur durch die Mitwirkung der PIRATEN öffentlich gemacht, schlicht falsch. Das sage ich einmal vorsichtig.

(Beifall CDU und FDP)

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Richtig ist, Herr Kollege Callsen, dass die Pläne über den Haushalt nur durch uns veröffentlicht werden.

(Lachen SPD und FDP)

Wir haben ein völlig anderes Verständnis von **Transparenz** und **Mitbestimmung**. Wir wollen nämlich, dass die Bürgerinnen und Bürger schon im Entscheidungsprozess einbezogen werden und nicht erst, wenn Sie sich schon auf einen Antrag geeinigt

haben, der dann im Parlament begründet werden muss. Das ist nicht unser Verständnis von Mitbestimmung und Demokratie. Wir wollen, dass man schon in die Entscheidungsprozesse eingebunden wird, dass wir mit den Bürgern sprechen, bevor wir Entscheidungen treffen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Breyer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Callsen?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Sehr gern.

**Johannes Callsen [CDU]:** Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass schon der erste Entwurf des Haushalts in diesem Parlament und in den Ausschüssen öffentlich diskutiert wird?

(Zuruf FDP: Das ist Transparenz!)

- Mir ist das genauso bekannt wie die Gespräche, die wir im Ältestenrat über den Landtagshaushalt geführt haben, die vorher keinen Niederschlag in einem veröffentlichten Dokument gefunden haben und die nach der Sitzung nur durch uns veröffentlicht worden sind, wo es zum Beispiel um Dinge geht wie die Anschaffung von Tablet-PCs, und zwar von iPads, wie ich heute Morgen aus der Presse erfahren durfte, für alle Abgeordneten, und zwar als Ersatz für Laptops, die wir schon angeschafft haben und die uns hier verboten werden sollen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was ist das für eine selbstgerechte Darstellung!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten von Kalben?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Breyer, da Sie hier relativ viele Dinge erzählen, die Sie im Ältestenrat erlebt haben, und wir, glaube ich, fast alle Sitzungen gemeinsam erlebt haben - und wir auch beide neu sind -: Ich war wohl nicht dabei oder geistig abwesend, können Sie mir bitte sagen, in welcher Sitzung wir über eine Schwedenreise gesprochen haben, weil ich glaube, dass es auch die Kolleginnen und

**(Dr. Patrick Breyer)**

Kollegen interessiert, wann wir nach Schweden fahren.

(Zurufe)

Ich kann erklären, dass in den Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe, nie über eine Schwedenreise gesprochen wurde. Deswegen würde mich interessieren, wann darüber gesprochen worden ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Das sollte eine Überraschung für Sie sein! - Heiterkeit und Beifall)

- Frau Kollegin, ich kann das gern erklären. Nach Ihrem Geschäftsordnungsantrag sollen keineswegs nur die Gespräche, die im Ältestenrat geführt werden, für geheim erklärt werden, sondern eben auch alle Unterlagen des Ältestenrats sollen für geheim erklärt werden. Zu diesen Unterlagen gehört ein Schreiben, das eine mögliche Reise der Ältestenratsmitglieder nach Schweden betrifft.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Darfst du das jetzt sagen?)

- Ich darf das jetzt noch sagen, ich darf das in zehn Minuten - fürchte ich - wahrscheinlich nicht mehr erzählen, was da so geplant wird.

**Präsident Klaus Schlie:**

Jeder darf hier das sagen, was er erinnert. Das, was Herr Dr. Breyer glaubt zu erinnern, ist in meiner Erinnerung nicht vorhanden. Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Wolfgang Kubicki** [FDP]: Herr Kollege Dr. Breyer, da Sie Jurist sind: Ist Ihnen der Unterschied zwischen vertraulich und geheim bekannt? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Da Sie als Jurist das Gewaltenteilungsprinzip auch beherrschen: Ist Ihnen bekannt, dass der Parlamentshaushalt nicht von der Exekutive, vom Finanzministerium, aufgestellt werden kann und darf, im Gegensatz zu allen anderen, dass also das Parlament selbst über den Parlamentshaushalt vorab befinden muss, bevor er veröffentlicht wird, und dass das eine originäre Aufgabe der Fraktionen untereinander und des Ältestenrats ist?

- Lieber Herr Kollege Kubicki, zum ersten Punkt: Wenn ich unter Zwangsmittelandrohung verpflichtet werde, nicht mehr über das berichten zu dürfen, was ich selbst im Ältestenrat getan oder gesagt habe, dann ist das eine Geheimhaltungsverpflichtung.

Zum zweiten Punkt kann alle Vernebelungstaktik, die Sie mit dem Begriff Transparenz verbinden, nichts daran ändern, dass wir über Änderungen am Haushalt des Landtags im Ältestenrat gesprochen haben, dass das nicht öffentlich war, dass darüber im Anschluss nicht berichtet worden ist und dass allein wir PIRATEN gesagt haben, was da geplant und besprochen worden ist.

Keine weiteren Fragen? - Nanu!

Ich war bei dieser berüchtigten Richtlinie über das Verbot von Internet-Technik oder moderner Technik stehen geblieben. Ein weiterer Punkt, den diese Richtlinie vorsieht, ist doch tatsächlich ein Verbot der privaten **Nutzung des Internets** während der **Plenarsitzungen**. Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wie soll das eigentlich aussehen? Wie soll das eigentlich durchgesetzt werden? Soll der Herr Präsident hier durch die Reihen laufen? Oder erwarten Sie, dass Sie sich gegenseitig über die Schultern gucken, anschwärzen und denunzieren, wenn jemand das Internet privat genutzt hat?

(Zuruf Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

Oder wollen Sie etwa, dass der Abgeordnete selbst reuig nach vorn tritt und sagt: Ich habe eine SMS von meiner Frau gelesen, tut mir leid, das war ein Verstoß?

Dieses Verbot der privaten Nutzung kann überhaupt nicht funktionieren. Das ist eine Selbstverständlichkeit, das gehört zum Anstand, so etwas kann man nicht aufschreiben und nicht mit Zwangsmitteln durchdrücken.

(Beifall PIRATEN, Abgeordnete Barbara Ostmeier [CDU], Birgit Herdejürgen [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber muss man sprechen, einen Dialog aufnehmen und sich einigen.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, Beifall Abgeordnete Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP])

Genauso ist es mit einem anderen Punkt. Wir haben im **Ältestenrat** Gespräche geführt, wo wir uns nähergekommen sind, wo ich Angebote gemacht habe, wie man zum Beispiel dem Problem des fehlen-

**(Dr. Patrick Breyer)**

den Sichtkontakts abhelfen könnte, wie man mit dem Problem Fotos aus dem Plenum umgehen könnte. Sie sind auf diese Vorschläge überhaupt nicht eingegangen, sondern wollten die von vornherein feststehende **Richtlinie**, die uns übrigens bis dahin nicht bekannt war, einfach wortgleich durchdrücken. Das heißt, ein Dialog darüber hat nicht stattgefunden.

Wenn Sie wirklich wissen wollen, was im Plenum ablenkt und stört, brauchen Sie sich nur selbst zuzuhören - das sind Sie selbst. Die Gespräche, die wir führen, wenn wir nicht da sind, wenn wir Zeitung lesen - das stört wirklich im Landtag und nicht, wenn jemand hier einen Laptop aufgeklappt hat und mitschreibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn man nicht da ist, kann man nicht stören! - Zuruf Abgeordneter Lars Harms [SSW])

Das ist überhaupt nicht das Problem. Es geht um parlamentarische Kultur. Darüber kann man nur im Dialog sprechen und nicht mit Zwangsandrohungen.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe nicht nur aus meiner Fraktion kritische Stimmen gehört. Ich will, dass sich jede Einzelne und jeder Einzelne von Ihnen noch einmal Gedanken darüber macht, ob das, was hier beantragt worden ist, wirklich der richtige Umgang in einem Parlament ist - ein Technikverbot, die Schaffung eines Geheimrats. Ich beantrage deswegen im Namen der Fraktion der PIRATEN eine namentliche Abstimmung über diese Frage. Wir haben im Ausschuss lernen dürfen, es sei nicht erforderlich, die Antragsrechte auszuweiten, weil das ein Parlamentsrecht sei, dem ohnehin alle zustimmen. Ich bin gespannt, ob Sie das tun.

Ich hoffe, dass sich gerade die jüngeren Abgeordneten unter Ihnen und insbesondere auch die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen einmal nicht - anders als so oft in der Vergangenheit - vermeintlichen parlamentarischen Zwängen beugen, sondern wirklich inhaltlich darüber abstimmen, ob das das ist, was gelten soll: eine rückständige, technikfeindliche Verbotsorgie aus der Steinzeit des Parlamentarismus. Ich bitte Sie, dem eine klare Absage zu erteilen.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zur Geschäftsordnung hat sich der Abgeordnete Dr. Stegner gemeldet.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Zur Geschäftsordnung: Ich würde darum bitten, dass hier durch das Präsidium festgestellt wird, dass es keine Richtlinie gibt, die den Internetgebrauch im Parlament verbietet. Das wird hier permanent wahrheitswidrig behauptet. Ich wäre dankbar dafür, wenn die Öffentlichkeit auch durch das Präsidium unterrichtet würde, dass es eine solche Richtlinie nicht gibt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Dr. Stegner, ich nehme Ihre Anregung gern auf und stelle fest, dass es unter anderem nicht den Tatsachen entspricht, dass es eine solche Richtlinie gibt, weder im Entwurf noch durch eine andere Vereinbarung. Das ist völlig korrekt. Es gäbe weitere Dinge, die festzustellen wären, aber Sie haben mich zu dieser Feststellung aufgefordert, deshalb will ich sie gern machen, um das der Öffentlichkeit insgesamt deutlich zu machen. Ich bin auch der Auffassung, dass die Qualifizierung dessen, was uns damit insgesamt als Parlament unterstellt worden ist, unzutreffend ist.

Ich erteile der Abgeordneten Birgit Herdejürgen das Wort.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der vielen Nachfragen könnte ich mir das eigentlich sparen, aber ich will meinen Redebeitrag trotzdem vortragen, den ich im Übrigen nicht nur für meine Fraktion, sondern für die übrigen Fraktionen im Landtag halte.

Es gibt bestimmte Regeln, die das menschliche Zusammenleben erleichtern. Damit meine ich noch nicht einmal den politischen Bereich, sondern den ganz privaten. Das sind sehr einfache Regeln. Die sorgen dafür, dass wir im Konfliktfall nicht mit der Eichenkeule hintereinander herrennen und uns den Kopf einschlagen. Das ist einmal der Kompromiss, und, wenn dieser nicht zustande kommt, der Mehrheitsentscheid. Das beginnt bei ganz einfachen Sachen im Privaten, wie zum Beispiel, sich auf das gemeinsame Fernsehprogramm zu einigen oder das nächste Reiseziel festzulegen.

Diese Prinzipien haben sich irgendwie auch im politischen Raum bewährt, auf jeden Fall hier in der Bundesrepublik, festgeschrieben in Verfassungen, Gesetzen und Geschäftsordnungen, nicht ausdrück-

**(Birgit Herdejürgen)**

lich festgeschrieben dort, wo Gespräche im gegenseitigen Einvernehmen stattfinden, Dinge flexibel und schnell regeln zu wollen, Abläufe reibungslos auf den Weg zu bringen, und wo unabhängig von inhaltlichen Differenzen ein gewisses Grundvertrauen herrscht, dass die Beteiligten von genau diesen Motiven geleitet werden und um Einigkeit und Kompromiss zumindest bemüht sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ganz offensichtlich gibt es diesem Hause sehr unterschiedliche Auffassungen darüber - das bezieht die Koalitionsfraktionen ein, wo es auch sehr unterschiedliche Meinungen dazu gibt -, wie viel **Öffentlichkeit** nötig und wie diese herzustellen ist, was Voraussetzungen für vertrauensvollen Umgang miteinander sind und was die reine Höflichkeit an Verhalten gebietet. Jeder Besuchergruppe erklären wir, dass im **Landtag** andere **Spielregeln** gelten als beispielsweise in der Schulklasse, dass Zwischenrufe im gewissen Rahmen zugelassen sind und dass neben dem Plenum auch andere Arbeit zu leisten ist und daher die Reihen nicht immer vollständig gefüllt sind. Entscheidend ist, dass sich dieses Parlament auf diese Spielregeln geeinigt hat und sich diese Regeln im Zeitablauf selbstverständlich ändern und heute anders aussehen als beispielsweise 1950.

Welche Situation haben wir heute? Da kommen sechs Abgeordnete und sagen: Hallo, wir sind die Neuen, wir wollen alles anders machen, wenn ihr das nicht mitmacht, sind wir schockiert - das ist ein Original-Zitat aus dem Innen- und Rechtsausschuss -, und im Übrigen ist uns egal, was die Mehrheit möchte, wir ziehen unseren Striemel durch.

An vielen Stellen, auch in der Rede von Herrn Breyer, von dem ich jetzt keine Zwischenfrage zulasse, wird klar, warum wir uns nicht der Deutungs-  
höhe der PIRATEN unterwerfen wollen, was Diskussionsverläufe von Sitzungen angeht.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir haben heute viele Beispiele gehört. An einem Beispiel kann ich es deutlich machen: Die PIRATEN vermehren sich lang und breit über das unmögliche Verhalten der etablierten Fraktionen, ihnen die Nutzung der sozialen Netzwerke verbieten zu wollen. Davon ist nirgendwo die Rede.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Mir persönlich ist es völlig egal, wo Sie sich virtuell tummeln, während die Landtagssitzung am Laufen ist. Das gilt für meine Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen auch. Ebenso gibt es schon seit der vergangenen Legislaturperiode Diskussionen darüber, wie ein störungsfreier, weitgehend papierfreier **Parlamentsbetrieb** gewährleistet werden kann; da haben wir uns auch ohne die PIRATEN auf den Weg gemacht. Hier wird es zügig zu einer Lösung kommen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn Sie sich empören wollen, dann doch bitte nicht über virtuelle Probleme, die in der realen Welt des Landtags von niemandem aufgeworfen worden sind. Das gilt für Ihren kompletten Redebeitrag heute, in dem Sie schlichtweg Unwahrheiten verbreitet haben,

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

der ganze Unsinn, was die Haushaltsaufstellung des Landtags angeht. Entweder haben Sie es nicht kapiert, oder Sie betreiben hier ganz bewusst Fehlinformationen. Das ist nicht mein Verständnis von Transparenz.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Liebe Kollegen von den PIRATEN, wenn Sie wirklich Veränderungen wollen und das hier keine Showveranstaltung sein soll, gibt es einen ganz einfachen demokratischen Mechanismus: Suchen Sie sich Mehrheiten! Das kostet etwas mehr Arbeit, als einfach darauf zu warten, dass andere bei Ihnen an die Tür klopfen, aber dafür werden Sie schließlich bezahlt. Im Moment habe ich allerdings den Eindruck, dass sich die PIRATEN in der Rolle der armen Opfer gefallen, die sich geradezu darauf freuen, aus dem Sitzungssaal herausgetragen zu werden, festgekettet an ihre Laptops.

(Heiterkeit)

Was wir ganz sicher nicht tun werden, ist, Ihnen ein Forum für solch einen Affenzirkus zu liefern.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

In den Nachfragen ist es schon angeklungen, ich möchte das noch einmal ausdrücklich herausstellen: Die **Geschäftsordnung** ist bisher ohne Regelungen zur **Vertraulichkeit** von Ältestenratsitzungen und ohne Sanktionsmöglichkeiten ausgekommen. Ihnen ist jetzt tatsächlich aufgefallen, dass mangels einer



(Birgit Herdejürgen)

Einigung im **Ältestenrat** zukünftig keinerlei **IT-Technik** mehr zulässig ist.

(Beifall PIRATEN)

Das ist das Resultat Ihres fehlenden Einigungswillens und nicht Ausfluss dessen, was die anderen Fraktionen hier wollen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die Paragrafenreiter der PIRATEN sind Verursacher dieser Bestimmungen und nicht Opfer der etablierten Parteien.

Jetzt freue ich mich darauf, wieder zügig zur Tagesordnung zurückkehren zu können, damit wir uns nicht länger mit uns selbst, sondern mit den Themen beschäftigen können, die Schleswig-Holstein wirklich bewegen.

(Anhaltender Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Gemäß § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat zu einem Dreiminutenbeitrag Herr Abgeordneter König von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

(Zurufe)

**Uli König [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich kurzfassen. Das meiste hat der Kollege Breyer schon gesagt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Es ist nicht besser geworden!)

Ich bin, wie Sie vielleicht wissen, Informatiker und möchte Ihnen kurz etwas über die Technik erzählen.

(Zurufe)

- Es wäre nett, wenn Sie mir zuhören würden. Ich habe Ihnen auch zugehört.

Sie haben vorgeschlagen, dass wir alternativ zu unseren Laptops, die Sie offenbar nicht so gern im Plenarsaal sehen möchten, Tablet-Computer benutzen können. Ich möchte Ihnen erklären, warum wir Tablet-Computer nicht für eine gute Idee halten. Diese **Computer** sind schick und praktisch, aber für eine professionelle Arbeit, wie wir sie versuchen, mit unseren Laptops hier zu machen, sind sie nicht geeignet, solange man keine Tastatur daran anschließen kann.

(Beifall PIRATEN)

Wichtige Software, die wir einsetzen, um uns während der **Plenardebatten** über das zu informieren, was hier gerade gesagt wird, und uns untereinander auszutauschen, funktioniert auf diesen Computern einfach nicht. Das ist sowohl auf Apple- als auch auf Android-Geräten der Fall.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter König, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten von Kalben?

**Uli König [PIRATEN]:**

Ja.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr König, an welcher Stelle der Geschäftsordnung beschließen wir heute über die Nutzung von Laptops?

- Ich beziehe mich auf die Richtlinie des Ältestenrats, die hier schon mehrfach genannt wurde, die auch in einer Pressemitteilung des Landtags genannt wurde, in der explizit beschrieben ist, dass nur noch Tablet-Computer ohne Tastatur eingesetzt werden dürfen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Es gibt keine Einigung über diese Richtlinie! Deswegen existiert sie faktisch nicht!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter König, falls Sie mit der Beantwortung dieser Zwischenfrage zu Ende waren - das scheint der Fall zu sein -, frage ich Sie, ob Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten von Kalben zulassen?

**Uli König [PIRATEN]:**

Ja.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Ist Ihnen bekannt, dass es kein Einvernehmen im Ältestenrat über einen Vorschlag zur Verwendung von IT gab und dass es deshalb keine Richtlinie oder kein Schreiben im Ältestenrat gibt, sodass wir heute nicht über die Verwendung von Laptops im Landtag abstimmen werden?

- Ja, das ist mir bekannt. Es steht trotzdem im Raum, und ich möchte Sie deswegen über meine Vorbehalte hier aufklären. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir dabei zuhören.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter König, vorher muss ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg zulassen.

**Uli König [PIRATEN]:**

Ja.

(Zurufe)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Kollege König, bevor wir uns wieder mit den Problemen des Landes beschäftigen können, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass sowohl Sie als auch Ihr Fraktionskollege Breyer über eine Richtlinie reden, die schlichtweg längst nicht mehr Gegenstand von irgendwelchen Beschlussempfehlungen ist?

- Ich nehme das hier zur Kenntnis.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Danke!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter König, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Uli König [PIRATEN]:**

Ja.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege König, ich würde Sie gern etwas zu dem fragen, was Frau Herdejürgen angesprochen hat. Sie haben versucht, uns technisch zu erklären, warum Sie sich so intensiv mit Internetrecherchen während der Landtagssitzungen befassen müssen. Ist das der Grund dafür, dass Sie zu wesentlichen Problemen des Landes im Parlament nicht das Wort ergreifen, weil Sie durch Ihre Internetrecherchen gehindert sind, den Debatten folgen zu können oder sich zu anderen Problemen des Landes schlau zu machen?

- Nein. - Weitere Fragen?

**Präsident Klaus Schlie:**

Nein, sonst hätte ich Sie gefragt. - Doch, da ist noch eine. Herr Abgeordneter Dr. Breyer wünscht, Ihnen eine Frage zu stellen. Gestatten Sie das?

**Uli König [PIRATEN]:**

Ja.

(Zurufe)

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Lieber Uli König, kannst du den Kollegen erklären, dass ein Laptop mit Internetverbindung als mobile Internettechnik, wie sie im Geschäftsordnungsantrag enthalten ist, über den wir heute abstimmen sollen, anzusehen ist?

(Zurufe)

- Ja, das kann ich Ihnen erklären. Ich glaube, Herr Breyer zielt darauf ab, dass hier alle möglichen Internetgeräte verboten werden sollen. Darunter fallen auch Tablet-Computer mit Internetanbindung, wahrscheinlich Mobiltelefone mit Internetanbindung, wahrscheinlich Laptops mit Internetanbindung. Wenn Ihre Schuhe eine Internetanbindung haben, werden auch die verboten.

(Zurufe)

Noch eine Frage?

**Präsident Klaus Schlie:**

Immer mit der Ruhe, ich mache es schon selber, Herr Abgeordneter. Sie können relativ sicher sein, dass das gelingen wird. - Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering?

**Uli König [PIRATEN]:**

Ja.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter König. - Ist es richtig verstanden, dass alle anderen, die einen Tablet-PC während der Plenarsitzung gebrauchen, den nur als Amateure benutzen?

- Nein, das ist nicht der Fall.

**Präsident Klaus Schlie:**

Sie können jetzt mit Ihrem Dreiminutenbeitrag fortfahren.

**Uli König [PIRATEN]:**

Gut, das sind jetzt noch 1:55, wie ich hier sehe.

(Zurufe)

- Ja, ich weiß, es bewegt sich jetzt weiter. - Wichtige Software funktioniert nicht. Wir benutzen Software, um untereinander in der Fraktion zu kommunizieren, sodass wir die Debatte hier nicht mit Hintergrundtuschlei belasten müssen.

(Zurufe)

(Uli König)

Man kann natürlich auch immer schön quer durch den Saal brüllen wie der Kollege Harms, der das sehr gern macht.

(Zurufe)

Das Problem ist auch, dass ein Tablet-Computer von der Bildschirmfläche her wesentlich kleiner ist als ein Laptop. Auf so einem kleinen Tablet kann ich nicht so viele Dokumente darstellen, nebeneinander halten und nachgucken, wo die Änderungen sind und der eigentlich Knackpunkt, über den wir gerade reden. Ich glaube, dass das unsere Arbeit effektiver macht. Ich bin gern bereit, Ihnen zu zeigen, wie wir arbeiten.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielleicht erfinden Sie irgendetwas, womit Sie etwas anfangen können. Ich bin gern dazu bereit. Wenn Sie uns das verbieten, berauben Sie uns eines wichtigen Arbeitsmittels und schränken uns in unserer Arbeit als Abgeordnete ein. - Vielen Dank.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie arbeiten ja gar nicht! - Weitere Zurufe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Herdejürgen, ich habe mit Interesse gehört, dass Sie von Dialog gesprochen haben und davon, gemeinsame Spielregeln auszuhandeln. Wenn Sie die Zwischenfrage zugelassen hätten, hätte ich Sie gefragt, wann denn ein solcher Dialog geführt worden ist, ob ein **Dialog** so aussieht, dass sich alle anderen Parlamentarischen Geschäftsführer ohne den der PIRATEN zusammensetzen und eine Geschäftsordnungsänderung ohne uns aushandeln. Sieht so der Dialog aus, von dem Sie gesprochen haben? Sieht der Dialog so aus, dass Sie keine Zwischenfragen zulassen? Der erste Dialog, den wir hier geführt haben, hat vorhin über die Zwischenfragen stattgefunden. Das will ich ganz klar sagen. - Bitte, Sie können gern eine Zwischenfrage stellen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Herdejürgen?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

(Heiterkeit)

**Präsident Klaus Schlie:**

Die Spielregeln müssen schon so bleiben, wie sie jetzt vereinbart sind. Wenn ich mich gerade zum Präsidium umgedreht habe, um eine andere Frage zu klären, müssen Sie schon abwarten, bis ich meine Frage an Sie gerichtet habe, Herr Dr. Breyer. Dann können Sie antworten.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:** Meine erste Frage ist, wann mich der Kollege Torge Schmidt angesprochen hat, um mit mir über die Geschäftsordnung zu reden und zu versuchen, hier einen Kompromiss herbeizuführen.

- Die Frage kann ich dahin gehend beantworten, dass wir im Innen- und Rechtsausschuss einen sehr fruchtbaren Dialog geführt haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war kein Dialog!)

Die Frau Vorsitzende hat lobenswerterweise ausgeführt, dass wir in vier Sitzungen darüber gesprochen haben, wie man mit der **Geschäftsordnung** und unseren Geschäftsordnungsanträgen umgehen kann.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie als Parlamentarische Geschäftsführer, die in diesen Sitzungen und bei diesen Dialogen gar nicht dabei waren, haben sich am Ende zusammengesetzt und etwas ausgehandelt, in dem nichts mehr von unseren Vorschlägen für mehr **Transparenz** übrig geblieben ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gab es einen Dialog?)

**Präsident Klaus Schlie:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Herdejürgen?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja, gern.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:** Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass es in unserer Fraktion

**(Dr. Patrick Breyer)**

üblich ist, dass die Mitglieder der einzelnen Facharbeitskreise und Ausschüsse durchaus miteinander reden und dass sich daraus auch Vorschläge entwickeln, ohne dass eine direkte Teilnahme an Ausschusssitzungen vonnöten ist. Kommunikation findet bei uns auf einem sehr herkömmlichen Weg statt. Wir reden manchmal miteinander. Das erleichtert einiges. Bitte nehmen sie das zur Kenntnis.

- Ich nehme das zur Kenntnis, stelle allerdings fest, dass ein Dialog mit den Personen, die diesen Antrag ausgearbeitet haben, nicht stattgefunden hat und auch nicht gesucht worden ist. Wir wussten nicht einmal, dass das Verfahren so gewählt werden soll.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir sind davon ausgegangen, dass man im Ausschuss über jeden einzelnen Punkt redet, und nicht, dass man gemeinsam mit einem vorgefertigten Antrag reinmarschiert, der uns eineinhalb Stunden vorher übersandt wird, und fast noch erwartet hat, dass wir sofort darüber entscheiden. Dankenswerterweise hat sich ein Kollege dafür eingesetzt, dass wir noch einmal eine Bedenkzeit bekommen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Herdejürgen?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

(Jürgen Weber [SPD]: Sollen wir so lange rausgehen?)

**Birgit Herdejürgen [SPD]:** Ist Ihnen bewusst, dass in der Innen- und Rechtsausschusssitzung, als wir unseren Änderungsantrag vorgelegt haben, Ihr Kollege um Vertagung dieses Tagesordnungspunkts gebeten hat, um sich mit diesem Thema ausführlich befassen zu können? Ich habe in dieser Sitzung angeboten, unsere Punkte ausführlich zu erläutern. Es bestand kein Wunsch danach.

- Ich habe bereits gesagt, dass mir bekannt ist, dass die Vertagung erfolgt ist. Wir haben auch in der darauffolgenden Sitzung inhaltlich über die einzelnen Punkte gesprochen.

(Beifall Abgeordnete Petra Nicolaisen [CDU] - Zuruf: Es gab einen Dialog!)

- Es gab keinen Dialog, bevor dieser Antrag vorgelegt und Sie sich damit schon festgelegt hatten. Das ist genau der Punkt, auf den ich vorhin hingewiesen habe. Das ist der Unterschied zwischen Ihrem Verständnis von Demokratie, das heißt, die Öffentlichkeit bekommt etwas vorgesetzt, wenn man sich schon entschieden hat,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben doch einen Antrag vorgelegt!)

und unserem Ansatz von Demokratie, dass man mit den Bürgern zusammen in die Entscheidungsprozesse geht.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Sie haben das Gespräch doch überhaupt nicht gesucht!)

Sie haben gesagt, dass von einem Verbot sozialer Netzwerke überhaupt keine Rede sei. Dazu bemerke ich, dass auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ältestenrats eine Richtlinie über die Verwendung sozialer Netzwerke steht, in der vorgesehen ist, dass Paralleldebatten über **soziale Netzwerke** verboten werden sollen. Es geht in dieser Diskussion sehr wohl darum, ob wir in der Geschäftsordnung eine Grundlage dafür schaffen, eine solche Richtlinie zu erlassen. Bisher gibt es sie nämlich nicht. Zum Schluss haben Sie noch gesagt, dass wir hier Selbstbeschäftigung betreiben, dass wir zum Punkt Mitbestimmung nichts sagen. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Hier geht es um **Mitbestimmung** der Bürger.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Ich habe überhaupt nichts über Mitbestimmung gesagt!)

- Nicht Sie persönlich, aber Kollegen von Ihnen. - Es geht hier um Mitbestimmung der Bürger, und für Mitbestimmung ist Transparenz Voraussetzung. Ich weiß, dass Sie sehr gern für die Bürger Regelungen erlassen, Gesetze, woran sie sich halten sollen und müssen, aber nicht so gern darüber sprechen, welche Regeln für uns selbst gelten.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Abgeordnete Birgit Herdejürgen [SPD] - Weitere Zurufe und Heiterkeit)

Das ist eine sehr wichtige Frage für die Bürgerinnen und Bürger. Das kann man nicht mit dem Argument „Kümmern Sie sich um die Probleme des Landes“ verniedlichen. Es ist ein Problem des Landes, dass hier solche Sachen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden.

(Beifall PIRATEN)



**Präsident Klaus Schlie:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen hat, was hier abläuft. Dass eine Fraktion glaubt, **parlamentarische Regeln**, die zwischen alle Beteiligten - trotz handfester Unterschiede in politischen Auffassungen - seit Jahrzehnten gegolten haben, mit Ihren Anträgen schlicht und ergreifend aus den Angeln hebeln zu können.

Herr Dr. Breyer, was Sie machen, ist infam und unerhört.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie stellen Behauptungen auf, die nachweislich falsch sind, um anschließend zu erklären, ich glaube, mich so zu erinnern. Das war ja schon bei meiner Einladung zu Ihnen in die Fraktion der Fall, als ich mitgeteilt habe, dass ich am 6. Dezember leider nicht kann, weil ich in Berlin bin. Von Ihnen ist dann verkündet worden, ich komme nicht, weil ich gegen Ihre Transparenzvorstellungen sei. Ähnlich ist es mit der Frage des iPads auf meinem Schreibtisch.

Aber unabhängig davon akzeptieren Sie schlicht und ergreifend nicht, dass die Mehrheit dieses Hauses Ihren Vorschlägen nicht folgen will. Sie behaupten, es gab keinen Dialog, um anschließend festzustellen, es gab einen Dialog im Innen- und Rechtsausschuss. Sie behaupten, die Fraktionen seien nicht bereit gewesen, mit Ihnen vorher zu reden, erst als ein Antrag präsentiert wurde, sei darüber geredet worden. Sie haben aber auch einen Antrag präsentiert, ohne mit uns vorher darüber zu reden. Was ist das denn für eine Maßnahme?

(Lars Harms [SSW]: Unglaublich!)

Das Land Schleswig-Holstein hat eine Vielzahl von Problemen, die das Land und den Landtag beschäftigen, und wir haben seit über einer Stunde nichts anderes zu tun, als uns mit Ihren verqueren Vorstellungen zu einer neuen **Geschäftsordnung** zu beschäftigen.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viele der Vorredner haben darauf hingewiesen - und das empört mich wirklich -, dass das, was bis-

her Common Sense war, was nicht geregelt werden musste, von Ihnen angegriffen wurde, mit der Maßgabe, Vertraulichkeit gelte für Sie so lange nicht, solange sie nicht geregelt ist. Jetzt regeln wir das, weil Sie es nicht anders haben wollten, und nun beschweren Sie sich und sagen, wir schaffen einen Geheimrat. Nein, wir versuchen, nach wie vor den menschlichen Umgang miteinander zu praktizieren, der zu Lösungen und nicht zu Fensterreden, die im Zweifel zu keinem Ergebnis führen, führen soll.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieses Parlament hat in der Vergangenheit - und ich war schon in mehreren Parlamenten vertreten - so transparent gearbeitet wie kein anderes, das ich kenne. Sie müssen immer zusehen, dass Sie zu einem Ergebnis kommen im Wege der Kompromissfindung. Kompromissfindung wird erleichtert, wenn sich Menschen darauf verlassen können, dass das, was sie miteinander bereden, auch untereinander bleibt. Wenn das nicht mehr gewährleistet ist, werden Sie feststellen, dass wir keine vernünftige Lösung mehr zustande bringen. Das will die deutliche Mehrheit dieses Hauses nicht.

Herr Kollege Breyer, Sie werden akzeptieren müssen, dass Sie Vorschläge einbringen können, aber - Frau Herdejürgen hat darauf hingewiesen - Sie müssen sich dafür im Zweifel auch Mehrheiten suchen. Demokratie besteht darin, dass nicht sechs Abgeordnete dem Parlament vorschreiben können, was richtig und was falsch ist, sondern dass das im Zweifel die Mehrheit bestimmt.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Ja.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Herr Kollege Kubicki, wollen Sie einräumen, dass wir nun mehrere Sitzungen des Ältestenrats miteinander bestritten haben, dass wir PIRATEN über mehrere Sitzungen des Ältestenrats öffentlich berichtet haben und dass wir trotzdem in mehreren Sitzungen des Ältestenrats zu guten Ergebnissen und guten Vereinbarungen gekommen sind, dass also die Arbeit dadurch nicht beeinträchtigt war?



**(Wolfgang Kubicki)**

- Herr Kollege Dr. Breyer, ich weiß nicht, ob die Arbeit dadurch nicht beeinträchtigt worden ist. Aber ich kann Ihnen sicher sagen, dass ich im Ältestenrat erklärt habe, solange Sie sich an die Vertraulichkeit nicht halten, werde ich an keiner Sitzung mehr teilnehmen. Und das habe ich gemacht. Wenn Sie das für ein gutes Ergebnis halten, ist das Ihre Interpretation.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich halte das für kein gutes Ergebnis.

(Zurufe)

- Okay, ich sehe ein, dass bei den regierungstragenden Fraktionen der Gedanke Platz greift, das vielleicht doch so zu belassen.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Dr. Breyer, um die Peinlichkeit für Sie vollkommen zu machen: Über die Änderung der Geschäftsordnung in namentlicher Abstimmung abstimmen lassen zu wollen, ist wirklich ein Novum in der deutschen Parlamentsgeschichte. Wir werden uns dem nicht verweigern, weil wir genau wissen, dass Sie ansonsten wieder als Märtyrer durch die Gegend laufen und sagen: Wir haben keine eigene Mehrheit dafür, und die anderen verweigern sich dem. Wir werden dem zustimmen, aber es ist peinlich hoch drei, was Sie hier veranstalten. - Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte eigentlich gar nicht vor zu reden. Ich fand es auch interessant zu beobachten, dass das Ergebnis davon, dass man sich auf eine Rednerin geeinigt hat, die - wie ich finde - eine ganz gute Rede gehalten hat, dann ist, dass die anderen durch Zwischenfragen die Debatte doch ein bisschen in die Länge ziehen. Im Endeffekt hätte dann doch jede Fraktion sprechen können.

Ich möchte kurz etwas zu meinem Abstimmungsverhalten erklären. Ich mache dies, weil ich mit meinem Abstimmungsverhalten nicht so sehr mit

den Beiträgen der PIRATEN in einen Topf geworfen werden möchte. Ich finde diese Debatte zu den Fragen, dürfen wir Laptops nutzen, dürfen wir andere Sachen nutzen oder nicht - ich will nicht sagen „lächerlich“, denn das hat etwas Anmaßendes -, nicht besonders zielführend.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Das gilt dann aber auch für viele Seiten, das gilt auch für Leute und Fraktionen, die das in der Öffentlichkeit zum Anlass nehmen zu skandalisieren. Ich finde, das dient der Sache überhaupt nicht.

Das ist auch nicht der Grund dafür, dass ich mich gleich bei der Abstimmung enthalten werde. Ich tue das nicht wegen der namentlichen Abstimmung. Über diese Entscheidung haben wir gestern sehr lange in unserer Fraktion diskutiert.

Ich finde, das ist aber nicht der Kern der Debatte, sondern das ist der Punkt, den Sie genannt haben. Herr Kubicki, da bin ich ausnahmsweise einmal anderer Meinung als Sie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich bedaure das auch sehr!)

- Ich habe sehr wohl wahrgenommen, dass Sie in anderen Zusammenhängen meine Pressemitteilungen schon zitieren. Dieser eine Punkt ist, dass das Prinzip der **Transparenz** ein sehr wichtiges Prinzip auch bei den Sitzungen des Ältestenrats sein sollte. Ich finde die Umkehrung dieses Prinzips bei den Sitzungen des Ältestenrats - wie eben auch unsere Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insgesamt - so schwerwiegend, dass ich dem Ganzen nicht zustimmen kann.

(Beifall PIRATEN)

Ich fand aber den Verlauf der Debatte nicht sehr glücklich und glaube auch, dass wir danach zu wichtigeren Problemen kommen sollten. Ich sehe es natürlich auch so wie die Mehrheit hier im Haus, dass man sich gerade als neuere Fraktion mit wichtigeren Problemen auseinandersetzen könnte. Wenn man sich immer um die **Geschäftsordnung** bemüht, aber auf der anderen Seite - Entschuldigung - beim Mitbestimmungsgesetz, das für viele, viele Menschen in der Frage der Demokratisierung eine viel wichtigere Sache ist, keine Meinung hat, dann hat das nichts damit zu tun, dass man damit sagt, dass die Geschäftsordnung unwichtig ist.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Vielmehr sagt man damit, dass es viele Menschen, die beispielsweise in Gewerkschaften Politik machen, gibt, die finden, dass es Fragen gibt, die wich-

**(Rasmus Andresen)**

tiger sind. Vielleicht sollten wir uns damit etwas mehr beschäftigen - jede Fraktion für sich, aber auch alle insgesamt. Dafür wird es auch noch Gelegenheiten geben, beispielsweise bei Anhörungen, aber die Debatte zur Geschäftsordnung sollte hier ein Ende finden. Ich werde mich aus diesem einen Grund enthalten. Die Entscheidung habe ich mir nicht leicht gemacht, aber ich glaube, es ist klar geworden, warum ich das tue.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Da namentliche Abstimmung beantragt wurde, lasse ich zunächst hierüber abstimmen. Nach § 63 Abs. 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten verlangt wird. Wer den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass damit der Antrag auf namentliche Abstimmung das erforderliche Quorum erreicht hat.

Wer dem Antrag in Drucksache 18/9 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung Drucksache 18/198 zustimmen will, erklärt dies in der namentlichen Abstimmung bitte mit Ja.

Ich bitte die beiden Beisitzer, jetzt mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>1</sup>

- Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Antrag in der Drucksache 18/9 in der Fassung der Drucksache 18/198 haben 62 Abgeordnete zugestimmt, sechs Abgeordnete haben ihn abgelehnt, ein Abgeordneter hat sich enthalten. Damit ist der Antrag in der Ausschussfassung angenommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung zu Teil c) des Tagesordnungspunkts. Das ist der interfraktionelle Antrag zum Parlamentarismus im Wandel, Drucksache 18/10. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt zu erklären.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: In namentlicher Abstimmung! - Heiterkeit)

Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Es folgt eine Mitteilung zur Abstimmung zu Teil a) des Tagesordnungspunkts: Hinsichtlich der Drucksache 18/181, Änderung der Geschäftsordnung, gehe ich davon aus, dass sich dieser durch die Annahme der Drucksache 18/9 in der geänderten Fassung erledigt hat. - Ich höre keinen Widerspruch.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt schließe, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Erstens. Die soeben beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung gelten ab sofort. Es bedarf keiner Inkraftsetzung.

Zweitens. Änderungsanträge, die einem Antrag als Alternative gegenüberstehen, gelten ab sofort als selbstständig und können entsprechend abgestimmt werden. Wir werden dies schon heute Nachmittag bei Tagesordnungspunkt 35 praktizieren.

Drittens. Nach Nummer 1 der Anlage zu § 49 a unserer Geschäftsordnung dürfen während der Sitzungen des Landtags ausschließlich sogenannte Tablet-Computer genutzt werden. Dazu gilt das, was hier in der Debatte ausgeführt worden ist. Deshalb schlage ich vor, den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich technisch darauf einzustellen. Das heißt, in dieser Tagung ist die Nutzung von Laptops anstelle von Tablet-Computern zulässig.

Wir haben ausreichend darüber diskutiert. Die Verfahrensweise werden wir weiter miteinander erörtern.

Mit Ihrer Genehmigung rufe ich Tagesordnungspunkt 47 auf:

**Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 6. Mai 2012 (Wahlprüfung)**

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
[Drucksache 18/163](#)

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier, das Wort.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt mit Drucksache 18/163 die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses zur Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 6. Mai 2012 vor.

<sup>1</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Barbara Ostmeier)

Der Innen- und Rechtsausschuss als zuständiger Ausschuss für Wahl- und Abstimmungsprüfung hat sich diesmal vor dem Hintergrund der Anregungen des Landesverfassungsgerichts im Rahmen seiner Entscheidung zu den Wahlprüfungsbeschwerden zur 17. Wahlperiode in einem neuen, ausführlicheren Verfahren mit den Einsprüchen zur Landtagswahl am 6. Mai 2012 befasst. Das Landesverfassungsgericht hatte seinerzeit ausgeführt, dass das in der Vergangenheit übliche - eher knapp und kurz gehaltene - Verfahren und die Entscheidung zur Wahlprüfung im Innen- und Rechtsausschuss des Landtags zwar „noch“ ausreichend gewesen sei, gleichzeitig hatte es jedoch angemahnt, dass eine „klarere Abgrenzung der parlamentarischen Vorprüfung von der Vorbereitung durch die Landeswahlleiterin im Interesse von Transparenz und Akzeptanz der Wahlprüfung wünschenswert“ sei.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich deshalb im Rahmen der Wahlprüfung zu dieser Landtagswahl zunächst in seiner Sitzung am 29. August 2012 den Bericht der Landeswahlleiterin durch die Landeswahlleiterin vorstellen lassen und eine erste Beratung durchgeführt. In einer weiteren Sitzung am 5. September 2012 hat der Ausschuss dann eine abschließende Beratung mit den Einsprüchen vorgenommen und jeweils individuell formulierte Bescheide zu den verschiedenen Einsprüchen abgestimmt. Diese sind als Anlage der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung des Ausschusses beigelegt.

Im Rahmen der Wahlprüfung hatte der Ausschuss zunächst über den Antrag eines Einspruchsführers zu entscheiden, die Abgeordneten des SSW bei der Entscheidung zu Einsprüchen gegen die Befreiung des SSW von der Fünfprozentsperrklausel wegen der Sorge der Befangenheit abzulehnen und von den Beratungen und Beschlussfassungen im Wahlprüfungsverfahren auszuschließen. Der Ausschuss ist nach Vorprüfung durch den Wissenschaftlichen Dienst zu der Auffassung gelangt, dass dieser Antrag keiner näheren inhaltlichen Erörterung bedarf, da die Aufgabe der Wahlprüfung gemäß Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 LV in Verbindung mit § 43 Abs. 1 Satz 1 Landeswahlgesetz dem Landtag obliegt. Eine Ablehnung einzelner Abgeordneter wegen Befangenheit oder deren Ausschluss ist im Rahmen der Wahlprüfung des Schleswig-Holsteinischen Landtags nicht vorgesehen und schon deshalb unzulässig.

Thematischer Schwerpunkt in 21 von 26 Einsprüchen gegen die Landtagswahl waren Einwände gegen die Befreiung des SSW von der Fünfprozent-

sperrklausel und gegen die Behandlung des SSW als Partei der dänischen Minderheit. Soweit die Einspruchsführer die Verfassungswidrigkeit des § 3 Abs. 1 Satz 2 Landeswahlgesetz geltend machen, ist darauf hinzuweisen, dass der Landtag keine Verwerfungskompetenz besitzt und Normen nicht für nichtig erklären kann - das ist allein dem Landesverfassungsgericht vorbehalten. Insoweit müssen die Einspruchsführer hier also auf die zweite Stufe des Wahlprüfungsverfahrens vor dem Landesverfassungsgericht verwiesen werden. Der Ausschuss hat aber auch keine Anhaltspunkte dafür gesehen, dass der Landeswahlausschuss den SSW bei der Anwendung des § 3 Abs. 1 Satz 2 Landeswahlgesetz zu Unrecht als Partei der dänischen Minderheit behandelt hätte. An der Vollwertigkeit der Mandate des SSW bestehen aus Sicht des Ausschusses keine Zweifel.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zu dem Gegenstand der übrigen Einsprüche und den weiteren Details verweise ich auf die Ausführungen in dem vorliegenden Bericht und der Beschlussempfehlung.

Im Ergebnis folgt der Innen- und Rechtsausschuss der Einschätzung der Landeswahlleiterin in ihrem Vorprüfungsbericht, dass alle Einsprüche als unzulässig oder unbegründet zurückzuweisen sind. Dementsprechend empfiehlt er dem Landtag bei Enthaltung des Vertreters der PIRATEN im Ausschuss mit den Stimmen der übrigen Fraktionen, die gegen die Gültigkeit der Landtagswahl vom 6. Mai 2012 - aus der Anlage zur Drucksache 18/136 - ersichtlichen Einsprüche zurückzuweisen und das vom Landeswahlausschuss am 18. Mai 2012 festgestellte und von der Landeswahlleiterin am 18. Mai 2012 bekannt gegebene Ergebnis der Wahl zum Schleswig-Holsteinischen Landtag am 6. Mai 2012 zu bestätigen.

Ich bitte um Zustimmung zu dieser Beschlussempfehlung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der PIRATEN-Fraktion, ich halte Ihre Aktion mit den Schreibmaschinen für dieses Parlament, insgesamt das Hohe Haus für nicht angemessen. Sie sollten sich darauf besinnen, dass Sie gewählte Abge-

**(Präsident Klaus Schlie)**

ordnete des Volkes sind. Sie sollten sich den Gepflogenheiten dieses Hohen Hauses, die hier immer geherrscht haben, anpassen und entsprechend verhalten. Ich bin ein wenig erschüttert über dieses Verhalten. Aber jeder muss selber wissen, wie er sich in der Öffentlichkeit darstellt.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über die Beschlussfassung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 18/163, abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen von drei Mitgliedern der Fraktion der PIRATEN bei einer Enthaltung der Fraktion der PIRATEN ist die Beschlussempfehlung so angenommen.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Ich habe dafür gestimmt!)

- Pardon, das hatte ich übersehen. Bei zwei Zustimmungen aus der Fraktion der PIRATEN ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause und hoffe, dass wir um 15 Uhr die Beratungen angemessen weiterführen können.

(Unterbrechung: 12:58 Uhr bis 15:05 Uhr)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, ich setze die Sitzung des Landtags fort und bitte Sie, Platz zu nehmen. Begrüßen Sie zunächst mit mir Bürgerinnen und Bürger der Volkshochschule Scharbeutz und Schülerinnen und Schüler des 11. Jahrgangs des Alten Gymnasiums Flensburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Zum Ablauf der weiteren Tagung gebe ich Ihnen nach Abstimmung zwischen den Fraktionen folgende Hinweise: Die Tagesordnungspunkte 17 und 39 sowie die Tagesordnungspunkte 20, 40, 41 und 52 werden ohne Aussprache behandelt. Anstelle des Tagesordnungspunktes 20 wird der Tagesordnungspunkt 46 A, dessen Dringlichkeit heute Morgen bejaht wurde, aufgerufen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 35 auf:

**Pflegeausbildung zukunftssicher machen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/183

**Attraktivität des Pflegeberufs stärken**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/215

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Dr. Bohn, Sie haben das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer älter werdenden Gesellschaft spielt die **Pflege** eine **zentrale Rolle**. Was in der Mitte der **Gesellschaft** eine zentrale Rolle spielt, das sollte auch hier im Parlament eine zentrale Rolle spielen. Wir haben zurzeit in Schleswig-Holstein 80.000 Pflegebedürftige. Im Jahr 2015 werden es 90.000 sein. Im Jahr 2020 werden es 100.000 sein, und im Jahr 2025 werden es knapp 115.000 sein. Diese Zahlen sind wie eine Flut, sie steigen und steigen. Wir müssen dafür sorgen, dass aus dieser Flut keine Sturmflut wird. Wenn die Flut steigt, dann bauen kluge Leute wie in Nordfriesland einen Deich. Das bedeutet für die Pflege, dass wir zügig die Infrastruktur ausbauen müssen.

Wir müssen heute für ausreichendes, gut qualifiziertes und zufriedenes **Pflegepersonal** sorgen. Hierbei kommt der **Ausbildung** in der Pflege eine zentrale Rolle zu. Wenn der Bedarf an Pflege steigt, dann müssen wir als ersten Schritt die Anzahl der Ausbildungsplätze steigern. Genau das tun wir. Ich freue mich sehr darüber, dass wir uns in den Koalitionsverhandlungen darauf verständigt haben, gleich im Jahr 2013 durch das Land 200 zusätzliche Ausbildungsplätze zu fördern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist ein klares Signal an die Pflegenden in unserem Land: Wir sehen Ihre Situation, und wir werden alles dafür tun, ihre Situation zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, derzeit müssen viele junge Menschen für ihre Ausbildung jeden Monat 290 € aus eigener Tasche zahlen. Geld mitbringen für die Ausbildung in einem Mangelberuf; das ist grotesk, und das werden wir ändern.



(Dr. Marret Bohn)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wir wollen allen eine **kostenlose Ausbildung** ermöglichen. Unser Ziel ist eine solidarische Finanzierung über eine Umlage. Nordrhein-Westfalen hat sich schon auf diesen Weg gemacht, und wir in Schleswig-Holstein wollen uns auch auf diesen Weg machen. Wir müssen in den nächsten Jahren alle Steine aus dem Weg räumen, die dem Ausbau der Pflege im Weg stehen.

Wir Grüne wollen für die Pflege mehr demokratische Selbstvertretung, mehr Beteiligung an Entscheidungsprozessen und eine eigene Stimme bei der Sicherung der Qualität. Deswegen werden wir auf **Landesebene** eine **Pflegekammer** einrichten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, vielen Dank dafür, dass Sie in Ihrem Änderungsantrag dazu Stellung nehmen. Wir wollen aber viel mehr als das, was Sie schreiben. Wir wollen nicht nur prüfen, sondern wir wollen das erste Bundesland sein, das wirklich eine Pflegekammer bekommt. Das ist unser Ziel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nicht prüfen, sondern handeln, das ist unsere Devise, wenn es um die Pflege geht. Handeln ist auch unsere Devise bei der Ausbildung. Wir wollen die Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege zu einer **integrierten Fachausbildung** weiterentwickeln. Die Bundesagentur für Arbeit ist in der Pflicht, die erforderlichen **Umschulungsmaßnahmen** für die Pflege zu finanzieren. Das ist gerade in den nächsten Jahren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, nicht nur aus sozialpolitischer, sondern auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht der richtige Kurs. Mit all diesen Maßnahmen kommen wir unserem Ziel ein Stück näher. Unser Ziel ist eine menschenwürdige Pflege für alle in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole die Zahlen: 80.000, 90.000, 100.000, 115.000; wenn die Flut steigt, dann müssen wir handeln. Ich bin mir sicher, dass wir dabei unsere neue Sozialministerin Kristin Alheit und die gesamte Regierung an unserer Seite haben. Für uns Grüne steht fest: Unser Antrag ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere werden folgen.

Ich beantrage für meine Fraktion eine Überweisung beider Anträge an den Sozialausschuss. Das Ziel

meiner Fraktion ist ein gemeinsamer fraktionsübergreifender Antrag, wie ich ihn in der letzten Legislatur gern gelegentlich mit der Kollegin Sassen gestellt hatte. Das ging leider nicht. In dieser Legislatur wollen wir das ja anders machen. Ich freue mich auf die weitere Beratung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann von der CDU-Fraktion.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Pressemitteilung des Sozialministeriums vom 11. September heißt es:

„Erfolgreicher Auftakt des Sozialdialogs mit Land, Kommunen und Verbänden - Sozialministerin Alheit: ‚Gemeinsam Sozialpolitik für Schleswig-Holstein gestalten.‘“

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen recht. Das hört sich wirklich gut an, und das lässt auf eine große Einbindung hoffen. Allerdings hat die Sache einen kleinen beziehungsweise aus unserer Sicht einen relativ großen Haken. Bei diesem **Dialog** fehlten wichtige **Akteure**, sie wurden nicht eingeladen. Von den im Landtag nicht der Koalition angehörenden Parteien ganz zu schweigen, wurde auch der Zusammenschluss Forum Pflegegesellschaft, in dem sich immerhin der bpa organisiert, nicht eingeladen. Im Forum schließen sich immerhin mehr als 50 % der Einrichtungen in der privaten Altenpflege zusammen. Anscheinend hält man seitens des Ministeriums nichts von der Meinung der privaten Anbieter sozialer Dienste.

Wir fordern daher zu allererst, dass Vertreterinnen und Vertreter des bpa beziehungsweise des Forums künftig am Dialog teilnehmen müssen. Das Angebot des bpa zu einem Runden Tisch zum Thema Pflege wurde - das passt zum eben geschilderten Verhalten seitens des Ministeriums - ausgeschlagen.

Frau Ministerin Alheit, Sie können die große Anzahl der **privaten Anbieter** nicht weiter ignorieren.

(Katja Rathje-Hoffmann)

Wir fordern: Beziehen Sie künftig diese Anbieter in Ihre Entscheidung ein.

(Beifall CDU)

Beachtung verdient die Ankündigung der Regierung, ab 2013 zusätzliche 200 **Ausbildungsplätze** in der Altenpflege vom Land zu finanzieren.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wiederum ist schön und nicht schlecht, verblasst jedoch etwas angesichts der Tatsache, dass für das kommende Jahr bereits 120 zusätzliche Altenpflegeplätze von Schwarz-Gelb in die Finanzplanung eingeplant worden sind.

Für Unverständnis sorgt die angekündigte Praxis zur **Verteilung** der zusätzlich geförderten 200 **Schulplätze** in Schleswig-Holstein. Schenkt man den Antworten auf meine Kleine Anfrage vom 5. August Glauben, ist es nicht geplant, Veränderungen im Verteilungsschlüssel innerhalb des Landes vorzunehmen - mit der Folge, dass traditionell nach der alten Vereinbarung aus dem Jahr 2006 der Süden des Landes verhältnismäßig weniger geförderte Schulplätze erhalten wird als der Norden. Dies hat die Konsequenz, dass zum Beispiel der Kreis Segeberg, wie immer in der letzten Zeit, leer ausgehen wird und die Auszubildenden traditionell ihre Schulkosten wie immer selbst bezahlen müssten. Das kann doch nicht angehen und stößt auf großes Unverständnis sowohl bei den Auszubildenden und den Altenpflegeschulen, als auch bei den Heimbetreibern.

Meine Damen und Herren, da wir gerade beim Unverständnis sind: Kaum einer versteht das irritierende Handeln des Ministeriums im Fall der **spanischen Altenpflegekräfte** in Schleswig-Holstein. Sie wurden extra in ihrem Heimatland Spanien angeworben, um dem hier herrschenden und eben schon beschriebenen Fachkräftemangel zu begegnen. 14 junge Spanierinnen und Spanier folgten dem Angebot schleswig-holsteinischer Einrichtungen und haben mit großer Begeisterung und mit großem Engagement die Arbeit in den Pflegeheimen aufgenommen. Sie sind durch eine universitäre Hochschulausbildung gut ausgebildet und hoch qualifiziert.

Das Projekt, diese Kräfte anzuwerben, wurde in enger Abstimmung mit der alten Landesregierung gestartet und wurde nun von der neuen Landesregierung infrage gestellt. Der Grund für diesen Widerruf der ohnehin auf nur ein Jahr begrenzten Arbeitserlaubnis lag an dem Nachweis der Deutschkennt-

nisse, die anspruchsvoller sein sollten als die Deutschkenntnisse für Einbürgerungswillige. Das verstand kein Mensch mehr, und es ist nun richtig, dass jetzt eine Lösung gefunden wurde. Im Übrigen verstehen es auch die direkt Betroffenen nicht, die Mitglieder des schleswig-holsteinischen Altenparlaments, die sich letzte Woche am Freitag hier gegen diese Rücknahme der Arbeitserlaubnis der Spanierinnen und Spanier ausgesprochen haben. Meine Damen und Herren, diese Lösung war überfällig. Trotzdem hat dies zur Folge, dass nach diesen unnötigen Verunsicherungen lediglich zwei spanische Pflegekräfte in Schleswig-Holstein geblieben sind.

Im Ausschuss wollen wir uns gründlich mit allen im Antrag dargestellten Punkten - Frau Bohn erwähnte es gerade - beschäftigen und darüber diskutieren. Vielleicht finden wir ja eine gemeinsame Lösung. Wir hoffen es immer noch.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

**Birte Pauls [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Rathje-Hoffmann, vielleicht gucken Sie noch einmal in die Einladungslisten der vergangenen Regierung. Ansonsten empfand ich Ihre Erklärung als eine gewisse Lobeshymne auf unsere Ministerin. Auch dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Antrag ist der Anfang für die **Weiterentwicklung der Pflege** in Schleswig-Holstein, also genau das, was die Vorgängerregierung in knapp drei Jahren zu tun versäumt hat. Und er ist hoffentlich ein Anfang für viele junge Menschen in den Pflegeberufen. Die Voraussetzungen müssten mittlerweile jedem, auch den nicht Sozialpolitikern unter uns, bekannt sein. Marret Bohn hat die Zahlen vorgelesen; deshalb erspare ich mir das.

Immer mehr Menschen werden immer älter, immer weniger junge Menschen kommen hinzu. Mit zunehmendem Alter steigt die Chance auf Pflegebedürftigkeit. Wir haben immer weniger junge Menschen, die auch in der Pflege arbeiten wollen. Und warum? Hohe Ausbildungskosten, weil es zu wenig landesgeförderte Plätze gibt, begrenzte Aufstiegschancen und ein immenser Zeitdruck sowie

(Birte Pauls)

schwierige Arbeitsbedingungen machen die Ausbildung wenig attraktiv.

Die logische Konsequenz ist für uns daher: Wir müssen die **Ausbildung** für alle Pflegeberufe kostenfrei gestalten. Eine Möglichkeit dafür ist die **Umlagefinanzierung**. Sie funktioniert hervorragend im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege. Da selbst die Einrichtungen dies schon fordern, macht deutlich, wie hoch der Druck mittlerweile ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bis diese Möglichkeit geprüft ist, brauchen wir mehr landesgeförderte Ausbildungsplätze. Der Schritt, zweimal 200 zusätzliche Plätze zu fördern, ist zwar haushaltstechnisch mutig, sehr mutig, aber eben eine notwendige und richtige Entscheidung, um jetzt noch auf die gesellschaftlichen Herausforderungen von morgen zu reagieren.

Ich freue mich sehr, dass Sozialministerin Kristin Alheit das Thema Pflege mit so viel Tatkraft angeht.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur zur Erinnerung: CDU/FDP haben es im letzten Doppelhaushalt gerade einmal geschafft, 20 - ich wiederhole: 20 - **zusätzliche Ausbildungsplätze** einzurichten. In ihrem Änderungsantrag fordert die CDU quasi jetzt das, was wir sowieso schon geplant haben. Aber es ist gut zu wissen, dass Sie jetzt, nachdem Sie alle unsere Pflegeanträge in den letzten Jahren immer vehement abgelehnt haben, an unserer Seite sind.

Auch beim Thema **Pflegekammer** kann ich mich an Ihre vehemente Ablehnung erinnern, die sich kurz vor der Landtagswahl auf einmal ein ganz klein wenig populistisch geändert hatte. Aber es ist wirklich gut, wenn wir das Ding jetzt irgendwie alle gemeinsam hinkriegen. Das wird der gesellschaftlichen Großbaustelle Pflege dann auch gerecht. Ich fände das gut.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für uns bedeutet eine **kostenlose Ausbildung** auch gleichzeitig eine **kostenlose Umschulung zur Pflegefachkraft**. Das ist bis heute nicht gewährleistet. Es ist schon bemerkenswert, dass die Bundesregierung immer noch nicht den Bundesratsbeschluss zur Übernahme der Koten für das dritte Ausbildungsjahr umgesetzt hat. Es ist doch eigentlich ab-

surd, Interessenten für den Pflegeberuf zusätzliche Hürden aufzubürden, während wir sie doch dringend benötigen. Mittlerweile soll es eine neue Lösung von der Bundesregierung geben, die jedoch wiederum nur befristet ist.

Eine **Zusammenlegung** der beiden **Ausbildungen** Altenpflege und Gesundheits- und Krankenpflege ist in vielerlei Hinsicht gut und zukunftsweisend. Multiple Krankheitsbilder nehmen mit steigendem Alter zu. Entsprechend steigt der Anspruch an die Pflegekräfte, Akutversorgung zu leisten, gleichzeitig aber auch den besonderen Bedarfen von zum Beispiel dementen Patienten gerecht zu werden. Gleichzeitig müssen in den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen immer häufiger Patienten nach einer sogenannten blutigen Entlassung versorgt werden, weil die Verweildauer in Krankenhäusern immer kürzer wird. Auch das bedarf einer gewissen Qualifikation.

Deshalb ist angesichts der wachsenden und unterschiedlichen Bedarfe sowohl in der Akutversorgung als auch im stationären sowie im häuslichen Bereich eine gemeinsame Ausbildung von Alten- und Krankenpflege nur sinnvoll. Es macht sie allerdings auch interessanter. Auszubildende haben anschließend bessere Wahlmöglichkeiten. Das macht das Ganze ein bisschen spannender.

Zudem müssen wir sämtliche **Fort- und Weiterbildungen** von der Helferinnenausbildung bis hin zum eigenständigen Pflegestudium durchlässig organisieren, sodass es spannend und auch attraktiv wird und bleibt, sich in den verschiedenen Themenbereichen fort- und weiterzubilden. Dann brauchen wir auch keine kurzfristigen Imagekampagnen mehr. Und selbstverständlich zählt bei all diesen Vorhaben genauso wie in der Ausbildung auch in Sachen Sprache weiterhin: Qualität vor Quantität. Es ist sinnvoll, ein Projekt zurzeit gut durchdacht, gründlich und in Absprache mit den Betroffenen auf den Weg zu bringen. Ich freue mich über diesen Arbeitsstil der Ministerin. Das wird der Sache und den Ansprüchen der Pflege auch mehr gerecht, als jetzt mit Brachialgewalt das durchzusetzen, was FDP und CDU in den letzten Jahren nicht für nötig erachtet haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass wir in der beruflichen Pflege bereits jetzt einen Fachkräftemangel haben und sich dieser in den nächsten Jahren auch noch verstärken wird, haben meine Vorrednerinnen hier schon deutlich ausgeführt. Ich freue mich daher ausdrücklich über die beiden vorliegenden Anträge, da sie im Kern nichts anderes sind als die Fortführung der **Pflegeinitiativen** von Sozialminister Dr. Garg aus der letzten Legislaturperiode.

Ich möchte an dieser Stelle kurz anmerken, Frau Pauls: Es waren 30 Plätze, die wir ganz spontan schnell zusätzlich bekommen haben. Ich werde es nachher noch einmal erwähnen. Wir haben noch weitere 120 eingestellt.

Der Konsens, der in der letzten Wahlperiode in den zentralen Fragen bestand, wird also jetzt von Ihnen fortgeschrieben. Das finde ich sehr schön.

So ist aus Sicht der FDP auch die Notwendigkeit der **Zusammenführung** der **Pflegeberufe** in eine moderne **Ausbildung** unstrittig. Das dazu von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe in 15 Arbeitssitzungen entwickelte Eckpunktepapier von März dieses Jahres sollte als Grundlage für die weitere politische Diskussion dienen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Pauls?

**Anita Klahn [FDP]:**

Wenn ich vorher noch sagen darf, dass das Eckpunktepapier ein Konsens von Vertretern aus der GMK und ASMK war, lasse ich jetzt die Frage zu.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete Pauls, Sie haben das Wort.

**Birte Pauls [SPD]:** Frau Kollegin Klahn, ist Ihnen bekannt, dass in dem Pflegebericht, den wir in der 17. Wahlperiode bekommen haben, von einem durchschnittlichen zusätzlichen Bedarf von 490 Altenpflegefachkräften die Rede ist, und können Sie mir bitte erklären, wie die 30 von Ihnen eingerichteten Ausbildungsplätze dem Genüge tragen sollte?

**Anita Klahn [FDP]:**

Liebe Frau Pauls, dann registrieren Sie: Erstens. Ja, wir kennen den Bericht. Ich kenne ihn auch. Ja, wir wissen und haben auch gesehen, dass es diesen Bedarf an Plätzen gibt. Wir haben in einem ersten Schritt gesagt: Was kann das Ministerium aus den eigenen finanziellen Mitteln in der Kürze dann regeln? - Das war die Schaffung dieser zusätzlichen 30 Plätze.

Ich möchte eine Gegenfrage stellen: Wie konnte es dazu kommen, und wer war dafür verantwortlich, dass wir überhaupt eine Begrenzung dieser schulischen Ausbildungsplätze haben, die mit Landesmitteln finanziert werden? - Ich glaube, das ist Ihre Verantwortung.

(Zuruf SPD)

Nachfrage? - Nö. Da ist sie sprachlos.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das kann dann sicherlich in einem Dreiminutenbeitrag erklärt werden.

**Anita Klahn [FDP]:**

Genau. Den hören wir uns auch gern an.

Meine Damen und Herren, ob sich allerdings allein durch die Neuorganisation der Ausbildung signifikant mehr junge Menschen für einen Pflegeberuf interessieren, bezweifle ich. An dieser Stelle ist die Fortführung der FDP/CDU-Initiative, nämlich die sukzessive Anhebung von Landesmitteln, um zusätzliche **schulische Ausbildungsplätze** zu finanzieren, ein wichtiger Schritt und sicher fraktionsübergreifend Konsens. Lobenswert sind die Anstrengungen der Sozialministerin, zusätzlich zu den 120 von uns schon geplanten Ausbildungsplätzen noch weitere zu schaffen. Frau Ministerin, wir unterstützen diese Aufstockung ausdrücklich, und ich gehe davon aus, dass das alles sauber gegenfinanziert wird und die Verteilung der Plätze regional ausgewogen ist.

Ebenso ist die Finanzierung des **dritten Ausbildungsjahres** bei **Umschulung** durch die BA eine unstrittige Forderung. Dafür setzen wir uns schon lange ein. Ich verweise auf die Drucksache 17/940. Auch forderte der Bundesrat mit den Stimmen Schleswig-Holsteins bereits im Juni 2011 die Bundesregierung auf, das dritte Umschulungsjahr in der Altenpflege wieder zu fördern, gerade weil sich die im Rahmen des Konjunkturpakets II befristet eingefügte Förderung des dritten Umschulungsjahres in



(Anita Klahn)

der Altenpflege als erfolgreiches arbeitsmarktpolitisches Instrument erwiesen hat und zu einer Verdoppelung der Umschulungsmaßnahmen geführt hatte.

Meine Damen und Herren, Fragen ergeben sich für mich allerdings aus dem ersten Punkt des Koalitionsvertrags zur **Ausbildungsumlage**. Was ist damit genau gemeint? - Es kann sich ja wohl kaum um eine klassische Ausbildungsplatzabgabe handeln. Das wäre wenig zielführend. Ich hoffe auch nicht, dass Sie das „Modell NRW“ angedacht haben. Denn mit diesem Instrument steht nicht automatisch mehr Geld für die schulische Ausbildung zur Verfügung; es geht allein um praktische Ausbildungsplätze. Im Gegenteil: Es wird sogar ein bürokratischer Aufwand notwendig sowohl bei den Leistungserbringern als auch auf ministerieller Verwaltungsebene. Und nicht verschwiegen werden sollte, dass die Leistungserbringer die Kosten der Ausbildungsumlage auf die Pflegebedürftigen umlegen können und diese damit noch teurer wird.

Ein Blick nach Nordrhein-Westfalen zeigt, was die Pflegebedürftigen im Falle einer Ausbildungsumlage zu erwarten haben: steigende Kosten für den Pflegedienst. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Schreiben der Verbraucherzentrale NRW:

„Der sogenannte Punktwert steigt durch die Ausbildungsumlage um 0,28 €. Konkret heißt das, Hilfe beim Duschen und Baden kosten künftig 1,11 € mehr. Heimbewohner müssen mit einem Plus von 2,18 € pro Tag auf den Pflegesatz rechnen.“

Diesen Weg halten wir Liberale für kontraproduktiv, da er nicht das eigentliche Problem der **Schulfinanzierung** löst. Es wird nur teurer für die pflegebedürftigen Menschen. Was wir stattdessen brauchen, sind Pflegeschulen, die regional ausreichend bedarfsgerechte Plätze anbieten können, und mittelfristig eine Neuordnung der Finanzierung dieser Pflegeschulen.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus ist es ein weiterer erfolgversprechender Weg für uns, gut ausgebildete **ausländische Fachkräfte** für die Arbeitsaufnahme in Deutschland zu gewinnen. Wir haben einen entsprechenden Antrag eingebracht, und auch die Union hatte diesen Punkt aufgegriffen. Es ist erfreulich zu lesen, dass die Landesregierung hier von ihrer ursprünglichen Haltung umgeschwenkt ist, der schwarz-gelben Regierung in Niedersachsen folgte und jetzt eine Lösung greifbar ist.

Von daher freue ich mich, Kollegin Bohn, dass Sie signalisiert haben, dass wir die Anträge im Sozial-

ausschuss weiter beraten werden. Ich freue mich auf das Angebot des fraktionsübergreifenden Konsenses und den damit verbundenen offenen Dialog.  
- Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immer unpraktisch, wenn man zum Schluss einer Debatte reden muss, in der sich alle der gleichen Meinung bedienen und auch die gleiche Meinung haben. Angesichts des dramatischen **Zustandes der Pflege** und der **Zukunft in der Pflege** ist es auch notwendig. Ich stimme völlig überein mit Ihnen, Frau Bohn, was die Einschätzung angeht, schätze auch die Initiative der Ministerin dazu, das Thema so anzugehen, ausdrücklich. Auch den Ausführungen der Kollegin Klahn und der Kollegin Rathje-Hoffmann kann ich folgen. Es gibt jedoch einige Unterschiede, die wir ein wenig anders sehen, und auf die wollte ich kurz hinweisen, ohne mich in den Zahlen zu wiederholen.

Die Landesregierung hat nach meinem Kenntnisstand der **Arbeitsagentur** 4.000 Plätze für **Pflegefachkräfte** gemeldet, die gebraucht würden. Die Zahlen, die wir jetzt haben, bedeuten also: Damit werden 10 % dessen, was gemeldet ist, abgedeckt. Damit sind wir schon bei den wichtigen Zahlen.

Damit sind wir schon bei den wichtigen Zahlen, die sind so dramatisch - -

(Zurufe)

- Das haben wir nachgefragt. Wir haben 497 offene Arbeitsplätze und 137 suchende Arbeitskräfte, was die Pflege angeht. 4.000 Kräfte sollen laut Auskunft der Arbeitsagentur gemeldet worden sein. Das macht ja auch nichts, denn es ist wenigstens ein guter Ansatz und dringend notwendig angesichts der dramatischen Zahlen, die uns allen bevorstehen.

Dem anderen, was Sie ausgeführt haben, schließen wir uns ebenfalls an, möchten aber noch einige Dinge ergänzen, die die Kammer, die noch einzurichten ist und die wir ausdrücklich begrüßen, betreffen.

Beim Altenparlament, das Frau Pauls als Beispiel angeführt hat, ist deutlich geworden, dass es dort einen **Graumarkt** gibt, dass sehr viel Tarifuntreue,

(Wolfgang Dudda)

sehr viel Betrug und Ähnliches existiert. Es wäre die Aufgabe dieser **Pflegekammer**, sich darum zu kümmern, dass wir endlich einen **landeseinheitlichen Pflegetarif** bekommen. Dieser soll bei 12 € pro Stunde für eine Pflegekraft beim Einstieg liegen, das würde knapp 2.000 € brutto bedeuten. Das ist einfach zu wenig. Eine ausgelernte Kraft soll 15 € die Stunde bekommen, und das auch nur, wenn ein Tarifvertrag mit den großen Verbänden ausgehandelt worden ist. Das ist dringend nachzubessern, und da müssen wir viel tun.

Pflege ist ein Thema für die Zukunft, es ist entscheidend für die Lebensbedingungen der älteren Menschen, die demnächst 30 % der Gesamtbevölkerung ausmachen. Vor dem Hintergrund ist es unsere Aufgabe, nicht nur nachzudenken über die Pflege und umzudenken, was die Pflege angeht, sondern ein wenig vor auszudenken. Da bin ich völlig bei Ihnen, wenn es darum geht, dass das **dritte Ausbildungsjahr anders finanziert** wird als bisher.

Nach meiner Auffassung ist es nicht richtig, dass 28 Millionen Beitragszahler über die Arbeitsagentur das bezahlen, was 80 Millionen Menschen zugute kommt. Das müssen wir anders regeln.

(Beifall PIRATEN)

Vor diesem Hintergrund freue ich mich insbesondere über den sozialpolitischen Schulterschluss, den wir heute hier beobachten. Ich bin in der glücklichen Lage, dass ich nicht nachzukarten habe, was in der vorherigen Legislaturperiode passiert ist. Ich kann mich ganz frei darauf einlassen, was wir hier gestalten wollen. Diese Aufgabe, die Pflege, ist tatsächlich eine der zentralen Aufgaben für die Zukunft. Da müssen wir perspektivisch denken, zusammen denken und zusammen handeln. - Deshalb bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserer Begründung für den vorliegenden Antrag ist im Grunde schon alles gesagt.

Allein in den nächsten acht bis neun Jahren werden hier in Schleswig-Holstein rund 20.000 weitere Menschen auf Pflegeleistungen angewiesen sein. Dabei haben wir aber nicht nur heute einen **Fachkräftemangel**, sondern die Zahl der Pflegefachkräfte droht aller Voraussicht nach sogar noch weiter zu sinken.

Dass die Zeit drängt, und dass wir dem Mangel an motivierten Pflegefachkräften entschlossen entgegenzutreten müssen, dürfte allen klar sein. Auch CDU und FDP waren hier in der vergangenen Legislaturperiode nicht untätig. Trotzdem halten wir es für absolut notwendig, in Sachen Pflege noch mehr zu tun.

Über die vielen unterschiedlichen Maßnahmen, die für eine Verbesserung im Pflegebereich dringend nötig sind, haben wir hier in schöner Regelmäßigkeit gesprochen. Ich will nur einige Herausforderungen nennen: Wir müssen ganz allgemein dafür sorgen, dass die **Attraktivität dieses Berufs** erhöht wird, und wir müssen mehr Interessierte für eine Pflegeausbildung gewinnen.

Wenn wir eine menschenwürdige Pflege und nicht bloß eine Verwahrung der Bedürftigen wollen, dann wird es nicht zum Nulltarif gehen. Damit ist also auch eine **bessere Bezahlung** von professionell Pflegenden ein wichtiger Punkt.

Wir müssen innerhalb der Pflegeberufe für **mehr Flexibilität** und innerhalb der Ausbildung für **mehr Durchlässigkeit** sorgen, und nicht zuletzt muss es gelingen, zu spürbaren Verbesserungen bei der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu kommen.

All dies lässt sich kaum von heute auf morgen erreichen. Deshalb setzen wir mit unserem Antrag bei der Grundlage für die Zukunft der Pflege hier im Land an. Denn **bessere Rahmenbedingungen** für die **Pflegeausbildung** sind aus unserer Sicht der Schlüssel, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Unser klares gemeinsames Ziel ist es, die Ausbildungszahlen dem steigenden Bedarf anzupassen. Sie alle wissen, dass wir die Ausbildungskapazitäten in einem ersten Schritt um 200 Plätze erhöhen wollen. Diese Maßnahme wird nach Aussage der Ministerin schon im Ausbildungsjahr 2013 greifen können.

Ich wiederhole es gern, dass es sich hierbei um einen ersten Schritt handelt. Wir müssen und wollen mehr tun, um motivierte Menschen für die Pflege zu gewinnen.

(Flemming Meyer)

Für den SSW steht fest, dass wir deutlich **stärkere Anreize** geben müssen, um dem Fachkräftemangel endlich wirkungsvoll zu begegnen. Aus diesem Grund wollen wir, dass **Ausbildung in der Pflege** zukünftig nach Möglichkeit durch eine **Umlage** finanziert wird. Mit einem **Ausgleichsverfahren** verknüpft, könnte eine Umlage dafür sorgen, dass Wettbewerbsnachteile für Einrichtungen, die ausbilden, beseitigt werden. Entstehende Kosten würden nicht länger auf die Patienten abgewälzt, und grundsätzlich können wir auf diesem Weg weitere Anreize dafür schaffen, überhaupt auszubilden.

Ich will zu diesem Thema aber auch deutlich sagen, dass noch vieles im Unklaren ist. Ob bürokratischer Aufwand und Ertrag in einem sinnvollen Verhältnis stehen oder ob eine gemeinsame Umlage aller Pflegefachprofessionen oder nur für den Bereich der Altenpflege zielführend ist, muss sorgfältig geprüft werden. Deshalb freue ich mich auch über die Ausschussüberweisung.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die **Finanzierung des dritten Ausbildungsjahres** in der Pflegeausbildung. Hier müssen wir uns gemeinsam mit den Trägern und den Schulen dafür stark machen, dass das letzte Ausbildungsdrittel endlich im Rahmen der Umschulungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit finanziert wird, und dies natürlich dauerhaft. Es kann nicht angehen, dass die Kosten von den Umschülern selbst übernommen werden müssen. Diesen Zustand wollen wir so schnell wie möglich ändern.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Klar ist, dass all diese Maßnahmen dazu beitragen, möglichst vielen Engagierten und motivierten Interessierten die Entscheidung für den Pflegebereich zu erleichtern. Denn nur durch sie ist eine menschliche, an den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichtete Pflege, möglich. Genau das wollen wir für die Zukunft erreichen und dauerhaft sichern. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Zu Ihrer ersten Rede vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

(Beifall)

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Sicherstellung **bedarfsgerechter Angebote** für **pflegebedürftige Menschen** gehört zu den vordringlichen Aufgaben sozialstaatlicher Daseinsvorsorge, das heißt, qualitativ hochwertige Pflege sowohl ambulant als auch in stationären Einrichtungen zur Verfügung zu stellen und damit Grundbedingungen für gutes Leben im Alter herzustellen.

Das ist nicht nur politische Gestaltungsaufgabe, sondern das ist eine tägliche berufliche Aufgabe, die von den Menschen in der Pflege, ganz überwiegend Frauen, sehr verantwortungsvoll und sehr engagiert wahrgenommen wird. Ihnen gilt Respekt, in der Tat mehr Respekt als ihnen oft entgegengebracht wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Das ist - und das stimmt - auch eine Frage des Berufsimages. Wobei ich meine, dass das **Image der Pflegeberufe** nicht maßgeblich durch Kampagnen geprägt wird, sondern durch angemessene Arbeitsbedingungen, angefangen mit einer **zeitgemäßen Ausbildung**. Eine Ausbildung, meine Damen und Herren, die den Einstieg erleichtern soll, die den Aufstieg ermöglichen muss und den Ansprüchen zeitgemäßer Pflegequalität entspricht. Das ist das Ziel der Landesregierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das beginnt mit unserem Ziel, die **Altenpflegeausbildung** innerhalb der nächsten Jahre **kostenlos** zu machen. Dazu werden wir in einem ersten Schritt die Ausbildungskapazitäten in der Altenpflegeausbildung durch Förderung von 400 zusätzlichen schulischen Ausbildungsplätzen erhöhen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine zukunftstaugliche Weiterentwicklung der Pflegeberufe muss aber einen niedrighwelligen Einstieg ermöglichen und einen berufsbegleitenden Aufstieg bis hin zu einem Masterstudium in der Weiterentwicklung gewähren. Sie muss, das ist bereits auch schon richtigerweise gesagt worden, die bisher getrennten unterschiedlichen Bildungsgänge zu einem **einheitlichen Pflegeausbildungsgang** zusammenführen.

**(Ministerin Kristin Alheit)**

Da stehen Bund und die Länder im Kern beieinander, da können wir gemeinsam Tempo machen. Die Landesregierung ist in diesem Sinne im Vorwege der nächsten ASMK initiativ geworden und hat zusammen mit Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz und Thüringen einen Antrag gestellt.

Bei der **Zusammenführung der Ausbildung** wird es als zentrale Herausforderung darum gehen, die **Finanzierung für alle Pflegeberufe** zu harmonisieren, und zwar so, dass ein Zugang zur Ausbildung frei von Barrieren gestaltet ist. Dabei geht es einerseits um die Frage einer Ausbildungsplatzumlage auf Landesebene, die wir prüfen werden, und andererseits um die Frage, ob und in welcher Form eine Beteiligung der Kranken- und Pflegeversicherung erfolgen kann.

Die Gewinnung von Pflegekräften betrifft aber nicht nur die jungen Menschen, die nach der Schule eine Ausbildung suchen. Es geht auch darum, Frauen und Männer für eine **Umschulung in einen Pflegeberuf** zu gewinnen und sie zu einer voll qualifizierten Pflegekraft auszubilden. Auch da gilt: Es kommt uns sozial und im Ergebnis finanziell teuer zu stehen, wenn wir dieses Potential nicht ausschöpfen. Das darf nicht am Geld scheitern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darum muss das dritte Ausbildungsjahr im Rahmen der BA-geförderten Umschulungsmaßnahmen zur Pflegekraft dauerhaft finanziert werden. Dafür wird sich die Landesregierung auf Bund-/Länderebene einsetzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Letzter Punkt: Die Gewinnung von Pflegekräften darf nicht an überholten **Sprachanforderungen** scheitern. Einverstanden! Der notwendige Pflegestandard darf aber auch nicht an fehlenden Sprachkompetenzen scheitern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wer in Schleswig-Holstein in der Pflege arbeitet, muss nicht Goethe zitieren können, aber er muss verstehen, was eine Dekubitusprophylaxe ist. Er muss verstehen, wenn der zu Pflegenden ihm etwas über Druckstellenschwierigkeiten sagt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das hat nichts mit Bürokratie zu tun. Abstriche bei der Gesundheit von Pflegebedürfnissen kann es

nicht geben. Darum besteht zwischen DANA und meinem Haus auch Einvernehmen darüber, dass wir uns - wie in Niedersachsen auch - auf einen gangbaren Weg verständigt haben und eine drei- bis sechsmonatige Ausbildung mit fachbezogener Sprachkenntnis ermöglichen. Dann kann man als anerkannte Fachkraft tätig werden. Als solche sind Sie uns in Schleswig-Holstein sehr willkommen - so wie alle anderen auch, die diesen wichtigen Beruf ausüben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das war eine Punktlandung. Das waren haargenau 5 Minuten und 0 Sekunden. Insoweit kann ich den Fraktionen keinen Redebeitrag - abgesehen von Dreiminutenbeiträgen - ermöglichen. Ich sehe aber keine Wortmeldung dazu.

Es ist beantragt worden, die Drucksache 18/183 und den Änderungsantrag Drucksache 18/215 in den Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

**Knickschutz verbessern**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/186](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sehenden Auges durch Schleswig-Holstein fährt, stellt fest, dass immer mehr **Knicks** wie **Gartenhecken** geschnitten werden. Vom Wallfuß senkrecht hoch geschlägelt, mit oftmals ausgefranst Ästen, ohne die typischen alten Bäume, die sogenannten Überhälter, die vollständig abgeholzt werden, bieten sie einen jämmerlichen Anblick. Sie bieten das Bild einer **Kulturlandschaft**, die in den letzten Jahren an vielen Orten regelrecht verschandelt wurde.



**(Marlies Fritzen)**

Knicks waren prägend für weite Teile unseres Land und sollen es nach dem Willen dieser Regierung wieder werden.

(Zurufe - Vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich spreche für die Koalition. Für die Regierung spricht gleich der Minister. Entschuldigung.

Sie bieten **Lebensräume** für **Tiere**, insbesondere Vögel und Insekten, die mit ihnen immer mehr aus unserer Landschaft verschwinden, weil ihnen mit den Knicks Brutplätze und Nahrung genommen werden. Knicks wurden angelegt, um Felder und Wiesen vor **Wind- und Wassererosionen** zu schützen. Damit - ganz wichtig - dienen sie auch der Sicherung der landwirtschaftlichen Erträge. Knicks haben also neben der ökologischen auch eine wichtige ökonomische Bedeutung.

Dennoch wurde der **Knickschutz** in den letzten Jahren - ich möchte es einmal so formulieren - aus politischen Gründen systematisch ausgehöhlt. Insbesondere der Wegfall des Knickerlasses im Jahr 2005, aber auch der völlig unzureichende Schutz im schwarz-gelben Naturschutzgesetz der Vorgängerregierung hat fatale Folgen. Im Jahr 2008 wurden 133 und im Jahr 2009 sogar 134 Fälle von Knickschädigungen verfolgt, die meisten davon waren unerlaubte Beseitigungen. In 2010 wurden insgesamt 201 Verstöße gegen die ohnehin laxen Schutzbestimmungen registriert, davon 42 mit Bußgeldern sanktioniert. Dies sind nur die angezeigten Fälle. Die tatsächliche Zahl dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

Zudem wurde auch deutlich - das sind Zahlen, die aus Kleinen Anfragen hervorgehen, die ich in der letzten Wahlperiode gestellt habe -, wie unterschiedlich die **Kontrollen** in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten gehandhabt werden. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde zum Beispiel konnte auf die Fragen keinerlei Antworten geben. Bei sogenannten Cross Checks, also stichprobenartigen Überwachungen im Rahmen von Cross-Compliance-Regelungen, wurden 2010 bei 62 Kontrollen 38 Verstöße, ein Jahr später bei 61 Kontrollen sogar 48 Verstöße festgestellt. Bei allen diesen führte es zur Kürzung der Agrarförderung.

Dies alles macht deutlich, wie notwendig ein **landeseinheitlicher** und **rechtsverbindlicher**, an naturschutzfachlichen Kriterien orientierter **Rahmen** für die Knickpflege ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen diese Klarheit im Interesse des Naturschutzes, aber wir brauchen die Klarheit auch als Rechtssicherheit für die Landnutzerinnen und -nutzer. Wir brauchen sie vor allen Dingen jetzt - deshalb dieser Antrag zu diesem Zeitpunkt. Wir wollen nicht warten, bis wir das Landesnaturschutzgesetz - wie es im Koalitionsvertrag angekündigt ist - novellieren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang deutlich sagen - hören Sie gut zu! -: Landwirte bekommen bereits heute Geld aus der **EU-Agrarförderung** für die Knicks. Als geschützte Landschaftselemente gehören sie zur förderfähigen Fläche. Das finde ich richtig so. Das möchte ich deutlich sagen. Mit einer fachgerechten Pflege der Knicks leisten Landwirte zum Wohle der Natur und der Allgemeinheit Arbeit. Das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ möchten wir gern noch verstärken. Deshalb fordern wir als Grüne schon lange ein echtes **Greening** bei der Agrarförderung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Knicks - ich habe es am Anfang gesagt - sind seit Jahrhunderten prägend für weite Teile unseres Landes, vor allem auf der Geest und im ostholsteinischen Hügelland. Sie sind wertvolle Lebensräume für die Natur. Sie sind aber auch prägend, ein Stück Heimat. Sie bilden eine Kulturlandschaft, in die Jahr für Jahr Millionen Touristen kommen, um sich in ihr zu erholen und an der Naturvielfalt zu erfreuen. Knicks sind deshalb nicht nur ein Wert an sich, sie leisten gewissermaßen auch einen Beitrag zur **Wertschöpfung** in unserem Land.

Knicks sind deshalb aus naturschutzfachlicher, aber auch aus kulturhistorischer Sicht schützenswert. Wir fordern deshalb in dem Antrag auch, dass das Land prüfen sollte, die Knicks als **UNESCO-Kulturlandschaftserbe** anzumelden. Mit einem solchen Prädikat, einer solchen Auszeichnung, würde ihr Wert für Schleswig-Holstein noch einmal ganz besonders unterstrichen.

Hecken gehören in den Garten, gern auch in den Bauerngarten. Knicks gehören an die Felder und Wiesen. Deshalb müssen wir sie endlich wieder pfleglich behandeln. Dazu dient unser Antrag. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion spricht der Herr Abgeordnete Heiner Rickers.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine geschätzten Kollegen! Sehr geehrte Frau Fritzen! Sie haben in Ihrem Antrag in der Einleitung richtig festgestellt - da kann ich Ihnen zustimmen -, dass die **Knicks** seit Jahrhunderten **prägend** für weite Teile der Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein sind. Sie bieten nicht nur Schutz vor Erosion, Deflation ist auch für das Mikroklima von Bedeutung und bereichern das Landschaftsbild. Als Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten sind sie für das **Ökosystem** von höchster Bedeutung. Das ist auch uns bewusst. Nur, Sie haben vergessen, wer sie angelegt hat, und Sie haben auch vergessen, dass sie einer **ökonomischen Nutzung** unterliegen.

(Beifall CDU)

Die Einleitung Ihres Antrags ist in Ordnung. Der zweite Absatz gefällt mir gar nicht. Da heißt es:

„Viele Knicks sind in ihren ökologischen Funktionen, die wesentliche Grundlage auch für ökonomische Entwicklung sind, stark eingeschränkt.“

Das stimmt heute so nicht. Denn ich behaupte hier: Die **Knicks** in Schleswig-Holstein sind nach heutiger Gesetzeslage **besser geschützt als je zuvor**. Ich werde Ihnen erklären, warum. Die Knicks - das haben Sie in Ihrer kleinen Anfrage vom 27. April 2012 erwähnt - unterliegen nicht nur dem **landwirtschaftlichen Fachrecht** und sind damit auch in der EU-Prämienzahlung prämienerberechtigt, sondern sie unterliegen natürlich auch dem **Naturschutzrecht**, dem Landesnaturschutzgesetz und damit auch der Biotopverordnung.

Sie sind in dieser Hinsicht **doppelt geschützt**, einmal dadurch, dass der Landwirt pro Hektar Knickfläche, wenn sie in der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausgewiesen sind, 350 € als **Ausgleichszahlung** von der EU bekommt. Deswegen ist ihm daran gelegen, dass diese Knickfläche auch dementsprechend nach landwirtschaftlichem Fachrecht gepflegt wird.

Zum zweiten, sind sie dadurch geschützt, dass diese Knickflächen Teil der Cross-Compliance-Vorschriften sind. Damit besteht auch die Gefahr, dass bei einer sogenannten Überprüfung vor Ort - wenn landwirtschaftliches Fachrecht dort nicht eingehalten wird, und dazu gehört auch das Naturschutz-

recht -, ganz **hohe Sanktionen** für diesen landwirtschaftlichen Betrieb verhängt werden. Es würde auch zu einer kompletten Durchleuchtung dieses Betriebes führen. Das ist nicht nur sehr unangenehm, sondern kann auch finanzielle Folgen haben. Deswegen ist der Landwirt bestrebt, seinen Knick so zu schützen, zu hegen und zu pflegen, wie es nach Naturschutzrecht und nach landwirtschaftlichem Fachrecht vorgeschrieben ist. Das ist das eine. Dafür bekommt er Geld. Es besteht dabei aber auch die Gefahr, dass ihm etwas von der Prämie abgezogen wird, und das nicht zu knapp.

Frau Fritzen, Sie haben richtig dargestellt, dass es **Verstöße** gegeben hat. Ich versuche einmal, das **Verhältnis** geradezurücken. In Schleswig-Holstein haben wir 68.000 km Knicks. Das ist schon nicht wenig. Wenn wir davon ausgehen, dass sie mindestens 2 m breit sind, bedeutet das, dass wir eine **Fläche** von mindestens 13.600 ha Knick haben. Im Gegensatz dazu haben wir in Schleswig-Holstein nur 150.000 ha Wald. Bei einer 2 m breiten Knickfußfläche entspricht das ungefähr einem Zehntel der Waldfläche in Schleswig-Holstein. Für Knicks ist das schon eine ganze Menge. Das sind alles Biotope und geschützt.

Wollten Sie nun, wie in Ihrem Antrag gefordert, diesen **Knick** auch noch **verbreitern**, auf jeder Seite um einen **Schutzstreifen** von mindestens 1 m, dann hätten wir also eine Verdoppelung. Wir würden noch einmal 13.600 ha Knickfläche aus der Bewirtschaftung herausnehmen. Das können wir nicht gutheißen. Das lehnen wir ab. So etwas kann es nicht geben.

(Beifall CDU)

Die Frage ist, ob ein Schutzstreifen an jeder Seite überhaupt **praxisrelevant umsetzbar** ist. Haben Sie schon einmal einen Zaun gebaut, der auch Tiere davon abhalten soll, dass sie ausbrechen, wenn er 1 m von einem Knick entfernt steht? - Nein, die Tiere wollen auch das fressen, was da hinter dem Schutzstreifen wächst, weil es nicht beschattet ist. Dementsprechend werden sie auch vermehrt ausbrechen. Sie werden auch Einwüchse in die Ackerfläche haben. Sie alle kennen das Problem mit Brombeeren. Der Knickfuß wird sich immer weiter verbreitern, und dann werden wir nicht nur die Fläche verdoppeln, sondern auch verbreitern.

Sie haben vier Punkte genannt, auf die ich kurz eingehen will. Ausreichend dimensionierte **Schutzstreifen**: Das habe ich erwähnt. Das ist allein schon deswegen nicht machbar, weil sich die Fläche verdoppeln würde.

(Heiner Rickers)

**Standortangepasstes Überhältermanagement:** Wenn es ökologisch sinnvoll ist, macht es Sinn. Wenn Sie den Baum nur für das Landwirtschaftsbild erhalten wollen, ist es aus unserer Sicht nicht immer sinnvoll. Er beschattet den Knickfuß viel zu sehr und schränkt die Artenvielfalt ökologisch nachgewiesen stark ein.

Eine Genehmigung von **Knickverlegungen** gibt es schon. Auch heute unterliegt das schon einer Einzelfallentscheidung der Naturschutzbehörden.

Was ich in Ihrem Antrag gutheißen kann, ist der vierte Punkt, **Erhalt und Pflege von Knicks an Straßenträndern** und im besiedelten Raum, solange sie **nicht der Landwirtschaft unterliegen**. Denn dort besteht so gut wie gar kein Schutz, da weder das landwirtschaftliche Fachrecht greift, noch der Flächenprämienabzug droht und auch die Fachkenntnis oft nicht gegeben ist.

Ich komme zum Schluss. Eine Anerkennung als **UNESCO Kulturlandschaftserbe** ist für uns absolut ausgeschlossen. Dann müssten wir ganz Schleswig-Holstein mit einbeziehen, weil dort überall Knicks sind. Das ist rechtlich nicht machbar und von uns auch nicht gewollt. Herr Habeck, Sie wissen aus dem Landeshauptausschuss, dass wir mit Ihnen ganz optimistisch in die Anfangsphase gegangen sind. Sie sollten ein Miteinander mit der Landwirtschaft beibehalten, denn die haben die Knicks angelegt. Gehen Sie also nicht auf den Antrag Ihrer Regierungsfraktion ein, sondern überlegen Sie, ob Sie nicht auch einiges von mir mitnehmen. - Herzlichen Dank. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Knicks in Schleswig-Holstein sind ein Markenzeichen unserer Kulturlandschaft. Sie erfüllen wichtige Funktionen für die Natur, die Menschen und die Tierwelt, und somit auch für den Artenschutz. Dies müssen wir wieder stärker in das **Bewusstsein der Menschen** rücken und vor allem auf **klare rechtliche Füße** stellen. Meine Kollegin Marlies Fritzen hat dies eben schon sehr ausführlich getan. Deswegen werde ich meine Rede etwas kürzer halten können.

Der landestypische Knickschutz muss gesetzlich wieder einen höheren Stand erhalten. Dies erreichen wir mit dem heute vorgelegten Antrag, der sehr detailliert und ausführlich und auch rechtlich abgeprüft und - lieber Heiner Rickers, genau deswegen ist es Quatsch, was du eben zum Schluss gesagt hast, dass das nicht geht; das geht alles - ausführlich die einzelnen Punkte darlegt.

Die letzten Jahre waren für die Knicks in Schleswig-Holstein keine guten. Circa nur noch die Hälfte sind zurzeit in einem guten ökologischen Zustand. Der **Trend zu unsachgemäß behandelten bis hin zu fast zerstörten Knicks** hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Es ist dringend erforderlich zu handeln. Wir wollen nicht falsch verstanden werden. Die überwiegende Mehrzahl der Landwirte - -

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rickers?

**Sandra Redmann [SPD]:**

Meinen Satz hätte ich gern noch zu Ende gesprochen. - Nein, im Moment nicht. Darf ich erst einmal ausführen, dann kann ich sie gern zum Ende der Rede noch zulassen.

(Zuruf CDU: Bleib so lange stehen! - Weitere Zurufe)

- Ja, schreib sie auf.

(Heiterkeit)

Es ist dringend erforderlich zu handeln. Noch einmal, wir wollen nicht falsch verstanden werden: Die überwiegende Zahl der Landwirte pflegt die Knicks auf ihrem Land verantwortungsvoll. Nichts anderes haben wir gesagt. Heiner Rickers, es geht nicht nur um **Landwirte**, sondern auch um die **öffentliche Hand**, und da ist es manchmal gut, auch über seinen Tellerrand zu schauen. Wenn wir nämlich durch die Landschaft fahren und uns umsehen, können wir die negativen Veränderungen deutlich erkennen.

Jetzt wäre ich bereit für eine Zwischenfrage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Rickers, Sie haben das Wort.

**Heiner Rickers [CDU]:** Sehr geehrte Kollegin Redmann, der letzte Satz passt zu meiner Frage. Wenn Sie durch das Land fahren, erscheint Ihnen die Knicklandschaft nicht mehr

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

so, wie sie irgendwann einmal gewesen sein sollte oder nach Ihrem eigenen Leitbild und Ihren Vorstellungen heute sein müsste. Das ist doch eine subjektive Empfindung. Wenn Sie können, untermauern Sie das bitte mit **Zahlen**. Haben Sie Zahlen, die das belegen?

**Sandra Redmann [SPD]:**

Man könnte es so sehen, dass es subjektiv ist. Das ist es aber nicht. Denn wir wissen, dass der BUND vor einiger Zeit dazu ausführliche Untersuchungen vorgenommen hat, und auch der Bund, also das Land Deutschland, hat dazu Untersuchungen vorgenommen. Ich habe die Unterlagen mit. Ich kann sie Ihnen gern zur Verfügung stellen. Darin ist es detailliert dargestellt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Jörn Arp [CDU]: Immer her damit!)

Um es deutlich zu sagen: Sicher ist der **negative Trend im Knickschutz** vor allem durch die Änderung im Landesnaturschutzgesetz 2007 ausgelöst worden. Mit unseren Warnungen konnten wir uns zu schwarz-roter Zeit - das geben wir zu - leider zu dem Zeitpunkt nicht durchsetzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie mitgetragen!)

- Ich habe gerade gesagt: Wir konnten uns mit unseren Warnungen nicht durchsetzen.

Vor allem auch die kommunalen Praktikerinnen und Praktiker kritisieren übereinstimmend die **Aufweichung der Vorschriften** im Knickschutz. Die 2007 bestehenden Vorschriften auszudünnen und dann die Anwendungen den **Unteren Naturschutzbehörden** im Kreis zu überlassen, die personell zudem stark eingeschränkt sind, war nicht der richtige Weg. Fragen Sie einmal in den Kreisen bei den UNB nach, wie die Situation dort bewertet wird. Das trauen Sie sich nämlich nicht. Oder fragen Sie einfach mal meine Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber, die Ihnen dies aus eigener Erfahrung berichten kann. Scheuen Sie sich nicht, sie einmal zum Kaffee einzuladen, dann kann sie Ihnen mal ganz genau erzählen, wie es bei den UNB in dem Bereich aussieht.

(Zurufe Abgeordnete Hans-Jörn Arp [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

Unser Ziel muss der **Erhalt** und die **Weiterentwicklung** eines **intakten Knicknetzes** in Schleswig-Holstein sein. Wir sind mit unserem Antrag auf einem guten Weg, oder wie unser jugendpolitischer

Sprecher Tobi von Pein sagen würde: läuft! - Danke.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

(Zurufe)

Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ihr Antrag, den Sie gestellt haben, hat es wirklich in sich.

Schon die Antwort auf die Frage, wer ganz vorn auf dem Antrag als erster Antragsteller steht, weist auf die Handschrift des Antrags hin. Aber dass gerade die Grünen, die sonst immer so auf Dialog setzen, jetzt auf einmal mit so einem Antrag aus dem Knick kommen, ist wirklich sehr bemerkenswert. Sie wollen die bestehenden **knickschutzrechtlichen Regelungen** verschärfen, ohne zuvor mit der Vertretern der Landwirtschaft gesprochen zu haben.

Herr „Draußen-Minister“ Habeck, Sie tun mir wirklich leid, dass Ihnen Ihre eigenen Parteifreunde nach gerade einmal 100 Tagen so in den Rücken fallen. Das haben Sie wirklich nicht verdient.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Unserer Unterstützung können Sie sich gewiss sein: Wir werden den Antrag ablehnen.

Der **bestehende Knickschutz** ist nämlich aus unserer Sicht absolut ausreichend. Das Bundesnaturschutzgesetz, das Landesnaturschutzgesetz und auch die Biotopverordnung liefern die rechtlichen Grundlagen dazu. Ich will gern gleich noch auf einzelne Punkte des Antrags eingehen, aber zuvor noch einmal kurz das Thema Dialog aufgreifen. Herr Minister, der Kollege Rickers hat eben schon gesagt, Sie haben beim Bauernverband und eigentlich bei jeder Gelegenheit immer wieder gesagt, dass Sie auf Dialog setzen. Das finde ich wirklich sehr lobenswert. Aber nun, wo auf einmal so ein Antrag kommt, zeigt Ihre Fraktion, der Sie leider nicht mehr wirklich angehören - so viel zum Thema „Draußen-Minister“ -, ihr wahres Gesicht. Ich finde es wirklich schade, dass dieses sensible Thema ohne Dialog angegangen wird.

Die grüne Landtagsfraktion fordert ihren eigenen Minister in dem Antrag - aus unserer Sicht grundlos



(Oliver Kumbartzky)

- auf, die rechtlichen Bestimmungen zum Knickschutz zu überarbeiten. Wie genau das vorstatten gehen soll, beschreiben Sie auch in Ihrem Antrag. Sie fordern zum Beispiel einen Schutzstreifen entlang der **68.000 km Knicks** in Schleswig-Holstein. In der Summe bedeutet das natürlich dann einen **Verlust** von mehreren tausend Hektar **landwirtschaftlicher Nutzfläche**. Die Frage ist natürlich, wer den Grundstücksbesitzern den Verlust der Fläche ausgleicht. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, durch den Netzausbau und vor allem durch die **Ausgleichsregelungen** haben wir schon genug Flächenkonkurrenz. Das muss man auch bedenken.

Aber wahrscheinlich haben wir die Probleme aus Ihrer Sicht, liebe Freunde von der Dänen-Ampel, nicht, dann macht man sich halt neue - deshalb solche Anträge. Als Begründung für Ihre Ideen wird unter anderem aufgeführt, dass die Knicks die wesentliche Grundlage für ökonomische Entwicklung seien - aha, das war mir relativ neu.

Des Weiteren wollen Sie ein **standortangepasstes Überhältermanagement**. Die von mir eben schon erwähnte Biotopverordnung enthält bereits entsprechende Bestimmungen. Sie wollen darüber hinaus Knickverlegungen auf Einzelfälle begrenzen und im Fall von Knickbeseitigungen einen Ausgleich in Form von Knickneuanlagen im Verhältnis von mindestens 1:2. Auch hier frage ich mich wirklich wieder, wie man auf solche Ideen kommt. Wenn Sie schon von Einzelfällen sprechen, sollte man den Ausgleich doch immer wirklich in Einzelfällen regeln und das so handhaben. Aber auch das hat etwas mit Dialog zu tun. Damit haben Sie es offenbar nicht mehr so.

Das eigentliche Highlight im Antrag befindet sich dann auf der zweiten Seite. Es geht um den Prüfantrag für die UNESCO als **Kulturlandschaftserbe**. Immerhin ist es in diesem Falle nur ein Prüfauftrag und kein Auftrag an die Landesregierung. Aber was das überhaupt soll, ist mir wirklich ein Rätsel, denn wenn man das konsequent zu Ende denkt, ist es tatsächlich so, dass man das ganze Land dann unter UNESCO-Kulturlandschaftserbeschutz stellen sollte. Ich glaube, das tut der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes überhaupt nicht gut.

Aber ich gehe natürlich davon aus, dass der Minister Habeck diesen Punkt gleich ohnehin in seiner Rede abräumen wird, nicht nur aus den eben schon genannten Gründen, denen ein Landwirtschaftsminister definitiv nicht zustimmen kann. Außerdem reicht schon ein Blick in das **Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes** der Welt aus,

um zu erkennen, dass die Definition des Artikel 1 eben nicht auf Knicks bezogen werden kann. Den Antrag können Sie also wirklich knicken.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die PIRATEN-Fraktion hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

(Beifall Abgeordneter Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schade, Herr Stegner ist gerade wieder gegangen. - Nein, da ist er! Entschuldigung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der sitzt da, wo er immer sitzt!)

Ich wollte ihm zeigen, dass die PIRATEN auch bei sehr ernsthaften Debatten für unser Land Inhalte beizutragen haben, weil Sie vorhin gelegnet haben, dass wir dazu in der Lage sind.

Ich will Ihnen kurz erläutern - das nehme ich vorweg: Wir werden den Antrag der Koalition unterstützen -, warum wir als PIRATEN diese Initiative für richtig halten. UNESCO ist ein hohes Ziel, deswegen finden wir auch gut, dass ein Prüfauftrag enthalten ist. Warum soll man es nicht prüfen? - Es wäre eine ganz neue Möglichkeit, zumindest zu wissen, ob die UNESCO weitere Teile unserer wichtigen und wertvollen Natur auszeichnen kann.

(Beifall PIRATEN und Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Knicks sind nicht nur irgendwelche Landschaftsmerkmale, sondern sie sind **Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten** und eines der wichtigsten **Ökosysteme** Schleswig-Holsteins überhaupt. Von den rund 7.000 in Schleswig-Holstein vorkommenden Tierarten können auf nur 1 km Wallhecke rund 1.700 Tierarten vorkommen. Wenn man bedenkt, dass das schleswig-holsteinische Knicksystem - Sie haben das genannt - 68.000 km lang ist, heißt das aus unserer Sicht, dass jeder Meter dieser Länge schützenswert ist, denn es handelt sich um einen riesigen, einzigartigen **Biotop-Verbund** bei uns im Land.

(Beifall PIRATEN)

Verbund ist ein weiteres, ganz wichtiges Stichwort. Unsere Knicks bilden ein regelrechtes Netzwerk - das sage ich nicht, weil ich PIRAT bin, sondern

(Angelika Beer)

weil es in der Tat ökologisch so ist -, das viele unterschiedliche Lebensräume miteinander in Beziehungen setzt. Knicks sind **Grünstraßen**, die isoliert lebende Tierpopulationen miteinander verbinden und somit dazu beitragen, die genetische Vielfalt bei uns im Norden zu sichern. Untersuchungen zeigen, dass, wenn Tierpopulationen zu lange voneinander getrennt leben, sich ihre Anpassungsfähigkeit schlichtweg verändert und verringert. Ihre Fitness nimmt ab, die Überlebenschancen der Tiere verringern sich - ein Problem, von dem insbesondere die vom Aussterben bedrohten Tiere betroffen sind.

Die Bedeutung der Knicks reicht aber weit über den Naturschutz hinaus. Als landschaftsprägendes Merkmal fördern sie auch den Tourismus. Das will ich hier durchaus unterstreichen. Wer den Begriff Knick kennt, verbindet damit unweigerlich Schleswig-Holstein. Man könnte das mit Bayern vergleichen: Was dem Bayern die Alm ist, ist dem Schleswig-Holsteiner der Knick.

Kurzum: Knicks sind das **identitätsstiftende Merkmal** unserer Kulturlandschaft. Ich glaube, dass so eine Initiative, wie sie im Jahr 2009 stattgefunden hat, als der SHHB zu einem Knickwettbewerb eingeladen hat, durchaus eine Initiative ist, von der man überlegen sollte, sie zu wiederholen.

Wir PIRATEN warnen also: Wenn die Knicks unter die Räder kommen, wenn ihre Pflege nicht mehr gewährleistet werden kann, dann verliert Schleswig-Holstein nicht nur einen Teil seiner lebendigen Vielfalt, dann geht uns auch ein wichtiges Stück Kultur und Identität verloren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ich merkwürdig finde - aber vielleicht liegt es nur daran, dass ich immer in solchen Debatten reden muss -, ist, dass die heutige Opposition immer noch denkt, dass sie damals alles richtig gemacht hat und dann grundsätzlich die Initiative der Landesregierung ablehnt.

(Volker Dornquast [CDU]: Ihr wart doch gar nicht da!)

Ich finde das etwas ermüdend, aber ich muss Ihnen wirklich sagen: Das, was Sie 2007 geändert haben - Sie haben eine Genehmigung vereinbart, dass der Rückschnitt bis an den Wallfuß vorgenommen werden darf -, ist vom **Verwaltungsgericht** per Urteil 2009 wieder einkassiert worden. Wie können Sie sich dann hier herstellen und sagen, dass es alles gut und richtig war, was Sie machen?

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: 2007 haben wir nicht regiert, das waren die Sozialdemokraten!)

Wie können Sie dann sagen, das, was die Koalition will, sei falsch?

Insofern habe ich genug begründet, warum wir den Antrag der Koalition unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall Abgeordnete Sandra Redmann [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kubicki?

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Das ist Ihnen ein bisschen spät eingefallen, tut mir leid.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Dann hat für die Abgeordneten des SSW Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die **Aufhebung des Knickerlasses** im Jahr 2005 war symptomatisch für die Umweltpolitik des CDU-geführten Landwirtschaftsministeriums. Das, was seinerzeit als Entbürokratisierung verkauft wurde, war in Wirklichkeit nur der Kniefall von Minister von Boetticher vor dem Bauernverband.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwar waren die Knicks weiterhin durch § 15 b des Landesnaturschutzgesetzes und § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes geschützt, jedoch ermöglichte die Aufhebung des Erlasses einen wesentlich laxeren Umgang in Bezug auf die Pflege und den Erhalt des Knicks. Jegliche Kritik in Bezug auf die naturschutzfachliche Verschlechterung blieb ungehört. In entsprechend schlechtem Zustand finden wir unsere Knicks heute teilweise vor. Aufgrund falscher **Pflegemaßnahmen** sind die Knicks heute in ihrer **ökologischen Funktion** zum Teil stark eingeschränkt.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

**(Flemming Meyer)**

Dies gilt es wieder zu korrigieren. Es gilt, den Knicks wieder den naturschutzfachlichen Stellenwert zurückzugeben, der ihnen zusteht.

Dafür brauchen wir aber einen Knickschutz, der seinen Namen verdient. Wir müssen die Fehler der vergangenen Jahre beheben, damit unsere Knicks auch weiterhin wichtige **Landschaftselemente** bleiben und damit sie ihre Funktion wahrnehmen können. Dafür müssen die rechtlichen Bestimmungen wieder korrigiert werden. Die vier im Antrag aufgeführten Punkte sind beispielhaft dafür, wo der Knickschutz in den letzten Jahren versagt hat. Aus diesem Grund muss bei der Ausgestaltung des Knickschutzes der naturschutzfachliche Aspekt wieder im Vordergrund stehen.

Eine sinnvolle, nachhaltige und tragbare Weiterentwicklung des Knickschutzes muss aber im Dialog mit allen Beteiligten geschehen. Wenn wir es ernst meinen mit dem Knickschutz, müssen wir alle ins Boot holen und für eine breite Akzeptanz sorgen.

Die Knicks in Schleswig-Holstein haben eine jahrhundertelange, einzigartige **Tradition**. Sie sind insbesondere im Hügelland und auf der Geest ein prägendes **Element unserer Kulturlandschaft** und haben eine wichtige Funktion für Flora, Fauna und Artenschutz. Sie sind Landschafts- und Strukturelemente mit einer wichtigen Funktion für die Biotopvernetzung.

Die Erfahrung zeigt, dass der Knick dort, wo er einmal weg ist, nicht wiederkommt. Die Einführung des Knickschutzes im Landesnaturschutzgesetz ist die Konsequenz der Rodung, die in den Nachkriegsjahren bis in die 70er-Jahre durchgeführt wurde. Hierbei wurden nahezu 35.000 km Knick zerstört, und dieser Verlust ist nie wieder ordentlich ausgeglichen worden.

Derartige **Wallhecken** findet man nur in Schleswig-Holstein. Knicks haben eine einzigartige Geschichte in Schleswig-Holstein, und ihr Ursprung reicht bis ins 16. Jahrhundert zurück. Sie waren Teil der Verkoppelung, sie dienten als Hecke und Viehzaun, als Holzlieferant und als Erosionsschutz. Ihre Bedeutung für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft ist damit unbestritten. Damit die Geschichte der Knicks nicht verloren geht, sollte geprüft werden, ob diese typischen Landschaftselemente für das **UNESCO-Kulturerbe** gemeldet werden können und welche Konsequenzen dies haben würde. Auch das muss geprüft werden.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hauke Götttsch?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön!

**Hauke Götttsch [CDU]:** Herr Kollege Meyer, Sie haben die Knicklandschaft in den 50er-Jahren beschrieben. Ist Ihnen bekannt, dass es in der heutigen Zeit nicht mehr möglich ist, eine Knickverschiebung ohne entsprechenden Ausgleich durchzuführen, und damit Ihre Aussage, ein Knick, der weg sei, komme nicht mehr wieder, falsch ist?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Mir ist bewusst, dass man dazu eine Genehmigung braucht. Dass die Knicks, die verschwunden sind, nicht wiederkommen, weiß ich aus Erfahrung. Ich komme aus der Geest, und gucken Sie einmal, wie es bei uns aussieht! Ich weiß, was da früher gewesen ist.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Götttsch?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Hauke Götttsch [CDU]:** Nur zu meinem Verständnis: Sie beziehen das auf die 50er-Jahre und nicht auf den Stand in diesem Jahrtausend? Wollen Sie die verschwundenen Knicks wieder zurückhaben?

- Was in den Jahren nach dem Krieg bis in die 70er-Jahre verschwunden ist, werden wir mit Sicherheit nicht zurückkriegen können. Ich bin da Realist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hauke Götttsch [CDU]: Dann habe ich das richtig verstanden!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für einen Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich nicht alles, aber einiges geradebiegen möchte. Die Anmeldung zum **UNESCO-Kulturlandschaftserbe** ist rechtlich möglich. Man muss prüfen, wie weit dies möglicherweise im Verbund mit anderen Landschaften in Europa erfolgreich sein kann. Das hat keine Konsequenzen, was die Pflege oder Behandlung von Knicks angeht.

Herr Rickers, was die **naturschutzfachliche Bedeutung** angeht, ist es so, dass das nicht eine Frage von Subjektivität ist. Wenn Sie gerade hochschlagen, haben Sie im Frühjahr keinen Blütenansatz. Als Insektennährgehölz taugt der Knick dann nicht. Und - das müssten Sie als Landwirt wissen - man braucht die Blüten, um Früchte anzusetzen. Als Vogelnährgehölz taugen sie dann auch im Herbst nichts. - Ich antworte gleich gern auf Zwischenfragen.

Zur eigentlichen Sache: Sie und der Kollege von der FDP haben hier wunderbar ein paar Rechnungen angestellt, ohne Zahlen zu nennen. Sie gehen von 68.000 km Knicks aus. Das ist das, was man mit Geodaten - von oben fotografiert - einmal festgestellt hat. Das ist eine viel zu hohe Zahl, weil man bei diesen **Geodaten** nicht genau erkennen kann, ob es wirklich ein Knick mit entsprechendem Wallfuß ist oder eine Hecke oder eine geschlängelte Hecke. Selbst wenn ich die Zahl von 68.000 km annehme - was aus meiner Sicht zu hoch ist; ich glaube, wir liegen eher bei 40.000 oder 45.000 km - und wenn man davon ausgeht, dass wir gut 680.000 ha Ackerfläche haben - nur da ist das relevant; beim Grünland ist das völliger Quatsch; relevant, ertragsbedeutend ist das beim Acker -, kann man sagen, dass etwa zwei Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Fläche Ackerflächen sind. Bezogen auf die Länge der Knicks von 68.000 km kämen wir auf 1 % der gesamten Ackerlandschaft, 1 % Ertragsminderung.

Ich führe jetzt eine **Beispielrechnung** durch - es gibt sicherlich andere -, um deutlich zu machen, wovon wir reden. Wenn wir vom Weizenanbau ausgehen, bringt eine Tonne Weizen im Moment 262 €. Das ist ein guter Preis. Wenn wir von einem durchschnittlichen Ertrag von 80 Doppelzentnern

ausgehen, was ein eher geringer Ansatz ist, dann hätten wir 2.096 € pro Hektar auf dem Acker, die Verkaufserlösminderung durch den Schonstreifen von 1 % wären dann ungefähr 21 €.

Meine Damen und Herren, wir reden von 21 €. Davon kriegen Sie keinen Maschinenring, der Ihnen den Knick alle drei Jahre hochschlägelt. Wenn Sie dies alle drei Jahre machen, haben Sie natürlich auch noch zusätzliche Kosten, die Knickpflege, Saatkosten, Düngung, Pflanzenschutz und all diese Fragen. Wir reden tatsächlich über eine Größenordnung von 21 €. Das kann man ökonomisch nicht wirklich als eine Ertragsminderung ansehen kann.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, bevor wir in den Beratungen fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne den WiPo-Kurs des Johanner-Rist-Gymnasiums aus Wedel und die Kameradschaft ehemaliger Soldaten aus Rendsburg im Deutschen Bundeswehrverband. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers von der CDU-Fraktion das Wort.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Fritzen, wir werden im Ausschuss noch einmal Gelegenheit haben, das ausführlich zu diskutieren. Was Sie gesagt haben, ist einfach falsch. **Knick beim Grünland** hat genauso viel Relevanz für den, der die Fläche bewirtschaftet, wie Knick im Ackerbau. Das können Sie überhaupt nicht bewerten. Da sieht man einmal, wie weit Sie von der Praxis entfernt sind. Wenn Sie einmal versuchen sollten, für Rinder auf der Weide - das ist ja das, was Sie anstreben - einen Zaun in 1 m Entfernung vom Knickfuß zu ziehen, damit die Rinder vor diesem stehen bleiben, können Sie sicher sein, dass die an der natürlichen Wallhecke bremsen und nicht am Zaun, der 1 m davor steht, weil hinter dem Zaun immer noch Leckeres zu finden ist und die ewig ihren Kopf dadurch stecken. Dieses Problem ist für die Praxis schwer lösbar.

(Beifall CDU)



(Heiner Rickers)

Sie wissen genau, dass man nicht jedes Jahr schlägeln darf. Erstens ist das viel zu teuer, und zweitens ist das Cross-Compliance-relevant, also wird niemand jedes Jahr seine Hecken gerade hochschlägeln.

(Zuruf Abgeordnete Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wenn Sie das nur alle drei Jahre machen, ist das hervorragend, damit man darunter den Streifen nicht mehr beschattet hat und irgendwann auch einmal anfängt, die Fläche bewirtschaften zu können.

Ihre Rechnung mit 21 € je Hektar ist doch total konfus! Sie werden mit dem einen Meter Streifen, den Sie vorher schon einbüßen, und mit einer schlechten Knickpflege den Knick immer weiter ins Land hineinwachsen lassen und damit die **Bewirtschaftungsmöglichkeiten** eindeutig verschlechtern. Das ist so weit weg von der Realität!

68.000 km Knicks ist eine Angabe, die aus dem Statistischen Landesamt kommt. Die brauchen Sie ja nicht zu glauben; es können auch 50.000 km sein. Selbst dann, wenn wir nicht mit 2 m, sondern mit 3 m Breite rechnen - so sind die im Durchschnitt im Knickfuß -, dann wären wir bei 15.000 ha Fläche in Schleswig-Holstein.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir groß ist die Ackerfläche?)

- Wenn Sie von 650.000 ha Ackerfläche ausgehen, wären das ungefähr 2,5 %. Das reicht ja.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 1,5 % !)

Wenn Sie von 3 m ausgehen, ist das wesentlich mehr. Das sind bei 15.000 ha schon 2 %. Das ist eine ganze Menge. Nichtsdestotrotz, Sie haben das Grünland ja nicht mit berücksichtigt. Dann wären wir schon bei 3 % der Fläche. Ist das nicht eine ganze Menge von 1 Million ha insgesamt in Schleswig-Holstein?

Wie wollen Sie das bewerten? - Sie werden demnächst bei der GAP erleben, dass wir beim **Greening 7 %** anstreben. Vorher haben wir schon 3 % der Fläche durch Knickstreifen enteignet. Wenn wir noch einmal 7 % nachlegen, dann möchte ich sehen, was Ihnen bei der Diskussion in der Landwirtschaft blüht. Ich warne davor. Wie gesagt, wir lehnen Ihren Vorschlag grundlegend ab.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal etwas zu den Vorwürfen sagen, dass die Dinge, die wir aufgeschrieben haben, nicht stimmen würden und dass all das Unsinn sei. Manche werden sich vielleicht daran erinnern: Bei der letzten Anhörung zum Landesnaturschutzgesetz gab es außer den Vertretern des Bauernverbandes und zweier weiterer Verbände niemanden, aber wirklich niemanden, der in dem Bereich der **Biotopverordnung** oder im Bereich **Knickschutz** auch nur im Ansatz gelobt hätte, was CDU und FDP in ihrem Entwurf gemacht haben.

Im Gegenteil, es gab massive Kritik, unter anderem auch von den Vertretern der kommunalen Landesverbände. Ich habe vorhin schon die UNB erwähnt. Diese Vertreter haben kritisiert, dass man im Ministerium, das damals noch unter der Führung von Herrn von Boetticher stand, einen Kahlschlag in diesem Bereich vorgenommen habe, und zwar an allen vorbei. Selbst die Lohnunternehmer, die nicht im Verdacht stehen, auf unserer Seite zu stehen, haben dies damals kritisiert und dazu aufgefordert, dass es einen rechtssicheren Hinweis aus dem Ministerium oder dem LANU dahin gehend geben muss, wie die Knickpflege vorzunehmen sei.

Weiterhin muss ein Punkt erwähnt werden, den Sie vorhin weggelassen haben. Ihre eigene Ministerin, Frau Dr. Rumpf, hatte einen anderen Entwurf vorgesehen. In diesem ging es genau um das Thema, das Sie eben genannt haben, nämlich um die **Biotopverordnung**. Hier wurde vom Ministerium ein erweiternder Artikel zur entsprechenden Änderung der Biotopverordnung eingeführt. Wer hat diesen abgelehnt? - Das waren Sie. CDU und FDP haben das abgelehnt. Ich kann Ihnen sagen, warum Sie das abgelehnt haben. Der Grund ist, dass Sie vom Bauernverband so viel Druck bekommen haben, dass Sie eingeknickt sind und Ihre eigene Ministerin im Regen haben stehen lassen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erzählen Sie uns nicht, wie wir mit unserem Minister umzugehen haben. Wir stehen, wie es sich gehört, in einer sehr guten Diskussion. Fangen Sie lieber bei sich selbst an.

(Sandra Redmann)

(Beifall SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen zu Dreiminutenbeiträgen sehe ich nicht. Jetzt hat der Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es sind umfänglich die Genese der Rechtsordnung, in der wir uns befinden, sowie die Geschichte der Knicks in Schleswig-Holstein erörtert und vorgetragen worden. Zusammenfassend kann man vielleicht sagen, dass die Debatte vier Aspekte berücksichtigt: Erstens. Die **landwirtschaftliche Nutzung von Knicks** sowohl als Schutz für die dahinterliegenden Äcker als auch als Zäune aus Tradition oder als Begrenzung für das Vieh. Zweitens. Die ökologische Bedeutung, die Knicks heute für die Artenvielfalt und für die Tiere, die auf sie angewiesen sind, haben. Drittens. Das kulturelle Element, das sich im UNESCO-Antrag widerspiegelt. Knicks gehören für die Menschen zu Schleswig-Holstein wie andere Landschaftselemente wie zum Beispiel Strände oder Marschen auch. Das kann man auf den Tourismus beziehen, aber im Wesentlichen sind **Knicks identitätsstiftend und identitätsbildend** für die Menschen in Schleswig-Holstein. Das ist der vierte Punkt.

Wenn man diese vier Punkte nebeneinanderstellt, so wird deutlich, was auch die Meinung der Landesregierung ist, nämlich dass innerhalb dieses Kleeblatts die Gewichte zu sehr und zu einseitig auf die Landwirtschaft und auf die **landwirtschaftlichen Interessen** verschoben wurden. Damit sind nicht intakte Knicks und eine reiche und qualitätsstarke Knicklandschaft gemeint, sondern eine Reduzierung der Qualität der Knicks.

Wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten und vielleicht Jahren über Knickpolitik reden, dann geht es darum, das kulturelle Erbe, das die Knicks sind, zu erhalten. Wenn wir sagen, wir wollen die Knicks erhalten, dann meinen wir damit die anderen drei Bereiche, also ihre Funktion für den **Boden- und Klimaschutz**, für die **Wasserrückhaltung** und für den Lebensraum von über 7.000 Tierarten, die auf die Knicks angewiesen sind.

Das Unterhalten hat auch eine inhaltliche Bedeutung. Das heißt nicht, dass hier irgendetwas in der Landschaft steht, sondern dass die Knicks biolo-

gisch leistungsfähig zu erhalten sind. Dazu gehört neben einer **fachgerechten Knickpflege** auch, dem Knick einen Raum zu geben, der es ihm ermöglicht, seine Funktion zu erfüllen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die Zahlen ist umfänglich geredet worden, und es ist gerechnet worden. Dazu will ich eine Anmerkung machen: Nicht alle Knicks haben an zwei Seiten eine ackerflächliche Nutzung. Wir streiten darüber, ob es 13.000 ha, 9.000 ha oder weniger Hektar sind, die betroffen sind. Es ist hier anzumerken, dass sich die Größe der Fläche wahrscheinlich deutlich reduzieren wird. Ich will aber nicht in Abrede stellen, dass der Druck auf die Fläche hoch ist. Das betrifft übrigens nicht nur die Landwirtschaft, die unter enormen Pachtpreisen zu leiden hat. Das wissen wir hier alle. Das betrifft genauso den Naturschutz, denn es gibt große Probleme dabei, **Flächen für den Naturschutz** zu sichern, weil der Wettbewerb und - man kann an einigen Stellen sogar sagen - die Spekulation um den Boden in Schleswig-Holstein ein solches Maß angenommen hat. Es hat nichts mit Parteizugehörigkeit zu tun, wenn man klar sagen muss, dass die Energiewende daran ihren Anteil hat, dass die Bodenpreise deutlich angestiegen sind

Auf der anderen Seite ist es so, dass der Ertrag hinter Knickflächen deutlich höher ist als der Ertrag von Landwirtschaftsflächen, die nicht durch Knicks geschützt sind. Es gibt Gutachten, die von einem **Ertragszuwachs von 10 %** sprechen, weil der Wind gebremst wird. Andere Studien sprechen von einem um 20 % erhöhten Ertrag. Wie immer die richtige Zahl lautet, die Logik ist bestechend, dass funktionierende Knicks dafür sorgen, dass die Landwirtschaft auf Flächen hinter Knicks eine **höhere Produktivität** hat. Das allerdings setzt voraus, dass die Knicks funktionsfähig sind. Die Kollegin Marlies Fritzen hat es gesagt: Inzwischen gibt es Bilder von Knicks, die alle sehen werden, die wie französische Zierhecken aussehen. Diese Hecken entsprechen ganz klar nicht den drei Kriterien der Artenvielfalt, der Identität und des kulturellen Reichtums der Landschaft. Sie geben letztlich auch nicht den Schutz, den die Landwirtschaft von den Knicks einmal hatte.

Dazu gehört das **Hochschlägeln der Sträucher**. Darüber wurde gesprochen. Dazu gehört aber auch der Knickabstand. Das ist sicherlich der hitzigste Punkt in der Debatte. Ich möchte anmerken, dass Knicks ursprünglich Aushube waren. Das heißt, die Gräben, die im Zusammenhang mit den Knicks entstanden sind, gehörten ursprünglich zu den Knicks

**(Minister Dr. Robert Habeck)**

dazu. Dieser Abstand von einem Meter, den wir haben, ist eigentlich Teil des Systems Knick und ist somit auch mit zu bedenken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordnete Sandra Redmann [SPD])

Weiterhin möchte ich sagen, dass die Diskussion darüber, wie viele Kilometer an Knicks wir in Schleswig-Holstein haben, nicht der Tiefe der Debatte gerecht wird, die wir jetzt führen. Wir müssen über die **Qualität der Knicks** reden. Eine beschnittene Hecke, die eher nach Versailles als nach Schleswig-Holstein gehört, ist kaum noch Knick zu nennen.

Ein weiterer zu nennender Punkt sind die **Überhälter**. Wenn man kein geborener Agrarminister ist, dann muss man sich die Vokabeln erst einmal aneignen. Das sind also die dicken Bäume, die in den Knicks sind, wenn der Knick auf den Stock gesetzt wird. Diese Überhälter werden - vielleicht auch unter dem Druck der Energiewende - im Moment einfach abrasiert. Wenn wir also den Schutz der Knicks verbessern wollen, dann geht es um die Sicherung der Punkte, die in dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen angesprochen wurde, nämlich um die **Sicherung der Saumstreifen** entlang der Knicks, zweitens um den Schutz der landschaftsprägenden Elemente der Knicks - das sind die Überhälter - und um die Sicherung und **Optimierung** eines **durchgängigen Knicknetzes** in Schleswig-Holstein im Sinne eines funktionstüchtigen Lebensverbundes.

Dafür werden wir die bestehenden Regelungen überarbeiten und den Bedürfnissen anpassen. Da Knicks Grenzmarken sind, was in der Natur ihrer Sache liegt, hoffe ich, dass die politischen Grenzen, die sich entlang dieser Knickdiskussion in der Vergangenheit aufgetan haben und die wir eben hören konnten, nicht wieder so scharf werden. Wenn man sich die Sachen klar ansieht, dann ist der **ökologische Funktionswert** der Knicks genau der Aspekt, von dem auch die Landwirtschaft profitiert, und zwar nicht nur in Form von Zahlungen, sondern auch in der Funktionsweise der Knicks für einen ertragreichen Acker hinter dem Knick. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/186 an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen.

(Wortmeldung der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Bitte, Frau Abgeordnete.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Nach meinem Kenntnisstand ist eine Abstimmung in der Sache beantragt worden.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ich hatte vorhin einen Wortbeitrag dahin gehend verstanden, dass dieser Antrag im Umweltausschuss diskutiert werden sollte. Eine förmliche Überweisung ist aber in der Tat nicht beantragt worden. Jetzt gibt es einen Antrag zur Abstimmung in der Sache.

Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 18/186 in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen.

- Das sind die Abgeordneten der SPD, der Grünen und des SSW sowie vier Abgeordnete der PIRATEN. - Gegenstimmen. - Ich sehe Gegenstimmen der Abgeordneten der FDP und der CDU. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Wir haben ein klares Abstimmungsergebnis.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 7 und damit von den Knicks zum Oberflächenwasser. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Oberflächenwasserabgabegesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

**Drucksache 18/182**

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung. Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky von der FDP-Fraktion das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Monaten debattieren wir in fast jeder Plenartagung über die Energiewende. Wir sprechen über neue Windeignungsflächen, über den Netzausbau, den verstärkten Maisanbau und über die Zukunft der Kernkraftwerke. Man könnte wirklich sagen, dass wir Monat für Monat die ganz dicken Bretter der Energiewende bohren. Vergessen wird dabei aber oftmals, welche weiteren und versteckten **Konsequenzen** der **Ausstieg** aus der **Kernenergie** sonst noch in sich birgt. Und da sind wir nun beim Thema Oberflächenwasserabgabe.

Bei der Einführung der **Oberflächenwasserabgabe** im Jahr 2000 war einer der politischen Gedanken mit Sicherheit, einen Teil der Gewinne der Energiekonzerne für den Landeshaushalt abzuzweigen. Das ist ja dann auch so umgesetzt worden. Über Jahre hinweg flossen knapp 40 Millionen € per anno in den **Landeshaushalt**. Um eine bessere Begründung für die Einführung der Abgabe zu haben, legte man im Gesetz fest, dass die Hälfte der Einnahmen aus der Abgabe für den Natur- und Küstenschutz verwendet werden sollte. Aus meiner Sicht war diese Entscheidung auch durchaus richtig.

Nun aber ist die Frage: Wie regelt man das im Haushalt? Immerhin ist das Problem bei Abgaben, dass sie erst nach dem Ende eines Jahres erhoben werden und dann auch erst die genaue Summe feststeht. Haushalte wie der Landeshaushalt werden aber üblicherweise vor Beginn eines neuen Jahres verabschiedet. Bis zum Doppelhaushalt 2009/2010 war die Verwendung der Einnahmen aus der Oberflächenwasserabgabe im Rahmen der Zweckbindung an die tatsächlichen Einnahmen gekoppelt. Ein kleiner und entscheidender Satz im **Haushalt 2009/2010** des **Umweltministeriums** regelte das Ganze dann anders. Ich zitiere:

„Bei Mindereinnahmen dürfen Ausgaben im Rahmen der Zweckbindung bis zur Höhe von 18,0 Millionen € geleistet werden.“

Also konnte das Umweltministerium jedes Jahr 18 Millionen € verwenden, auch wenn die Gesamteinnahmen aus der Abgabe eben nicht bei 40 Millionen € lagen.

Haushalt für Haushalt musste also dieser eben zitierte entscheidende Satz festgeschrieben werden, um nicht den kompletten Haushalt des Umweltministeriums zu gefährden. Doch nach dem Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie hat sich die gesamte Situation verändert. Das Land wird nie wieder 40 Millionen € aus der Oberflächenwasser-

abgabe erhalten. Vielmehr werden wohl eher - grob geschätzt - 15 bis 16 Millionen € pro Jahr eingenommen werden.

Wenn man nun diese Maßstäbe aus dem Oberflächenwasserabgabegesetz anlegt, stehen dem Umweltministerium laut Gesetz nur noch knapp 8 Millionen € zur Verfügung, also 50 % von 16 Millionen €. Das wäre natürlich für den Haushalt ein **gravierender Einschnitt**, den man nicht wirklich wollen kann. Ich persönlich jedenfalls will ihn nicht. Deswegen schlagen wir naturgemäß eine Gesetzesänderung vor. Man könnte natürlich auch einfach sagen: Wir belassen es bei der bisherigen Regelung und schreiben einfach in den Haushalt des Ministeriums, dass die derzeitige 18-Millionen-€-Regelung erhalten bleibt. Aber das hätte nicht wirklich etwas mit der aktuellen Gesetzeslage zu tun, und es würde auch nicht die Realität widerspiegeln. Auch ein Verschweigen des Problems würde uns alle nicht weiter bringen.

Daher schlagen wir nun die **Gesetzesänderung** vor. Welches ist also das Ziel unseres Antrags? Wir wollen ehrliche Zahlen im Haushalt. Der Landeshaushalt darf nicht durch Bilanzierungstricks geschönt werden, und wir dürfen auch nicht das Oberflächenwasserabgabegesetz vernachlässigen und die kompletten Einnahmen einfach im Umwelthaushalt belassen. Unser Vorschlag verbindet das alles. Im Haushalt können wir mit den wirklichen Einnahmen arbeiten, und auf der anderen Seite haben wir die Chance, dass im Vergleich zur aktuellen Gesetzeslage mit der von uns vorgeschlagenen 70-Prozent-Regelung mehr Geld für den Natur- und Küstenschutz zur Verfügung steht.

Herr Habeck, Sie haben in der letzten Landtagssitzung, als es um die Abschaffung der **Küstenschutzabgabe** ging, uns vorgeworfen, dass wir den Küstenschutz finanziell gefährden würden, ohne irgendeine Gegenfinanzierung anzubieten. Nun haben Sie von uns einen Vorschlag vorliegen, und Sie als zuständiger Minister sollten eigentlich ein großes Interesse haben, ihm zuzustimmen, weil wir dadurch nämlich auch den Küstenschutz gesetzlich finanziell besser absichern wollen.

Zu Ihnen, Herr Kollege Meyer. Ihre Rede ist ja seit mehreren Stunden schon online und abrufbar.

(Zuruf SPD)

Es gilt natürlich das gesprochene Wort. Aber da es bereits veröffentlicht worden ist, nur kurz diese Anmerkung: Ihre Behauptung, dass Küstenschutz nicht durch die Oberflächenwasserabgabe finanziert werde, trifft nicht zu. Im Einzelplan 13 auf Seite



(Oliver Kumbartzky)

203 sieht man definitiv, dass zum Beispiel 6 Millionen € allein für die Unterhaltung von Deichen und Schöpfwerken genutzt werden und insgesamt 18 Millionen € eingeplant werden.

(Zuruf SSW)

- Nein, auch zum Deichschutz; das ist doch dann der Küstenschutz, oder nicht?

Meine Damen und Herren, bei den Haushaltsberatungen im Jahr 2010 war die Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke gerade beschlossene Sache. Daher war eine Änderung im Haushalt nicht zwingend notwendig, auch wenn sich die FDP-Landtagsfraktion durchaus dafür ausgesprochen hat. Aber jetzt, im Zuge der **Energiewende**, jetzt, da das alles amtlich ist, müssen wir das Problem als Parlament behandeln. Wir wollen gern gemeinsam mit den anderen Fraktionen im Ausschuss eine Lösung finden. Diese Lösung sollte meiner Meinung nach auch schon vor den Haushaltsberatungen in einem sachlichen Rahmen gefunden werden. Wir wollen, wie gesagt, **Haushaltswahrheit** und **Haushaltsklarheit**. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hauke Götttsch.

**Hauke Götttsch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **Einzelplan 13** des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ist immer noch stark von Einnahmen aus **Umweltabgaben** wie der Grund- und Oberflächenwasserentnahmeabgabe abhängig. Diese **Abhängigkeit** ist zwar geringer geworden, hat aber nach dem erklärten bundesdeutschen Ausstieg aus der Kernenergie nach den Ereignissen von Fukushima einen weiteren Rückschlag erlitten.

Wir alle wissen, dass die Einnahmen aus dem Oberflächenwasserabgabegesetz, kurz OWAG genannt, zu über 90 % aus der Kühlwasser Verwendung und damit aus dem laufenden Betrieb von Kernkraftwerken stammen. Im Jahr 2010 wurden noch aus der Schlusszahlung von 2009 und der Vorauszahlung von 2010 auf der Basis der Entnahmemenge des Jahres 2009 gut 20 Millionen € eingenommen. Dieser Einnahmetitel wird nun mit dem erklärten

Kernausstieg langsam, aber sicher gegen Null laufen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in § 5 des Gesetzes zur Oberflächenwasserabgabe ist bei der **Mittelverwendung** festgeschrieben, dass nach Abzug des Verwaltungsaufwandes 50 % der Einnahmen „...zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängenden Landökosysteme und Feuchtgebiete sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung zu verwenden“ sind. Was dort nicht geschrieben steht, was aber Fakt ist, ist, dass die andere Hälfte in den allgemeinen Landeshaushalt fließt. Diesen Anteil gilt es zurückzunehmen.

Lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zur Mittelverwendung machen. Im laufenden Haushalt werden aus den Einnahmen des OWAG insgesamt **zehn Haushaltstitel**, vom Artenschutz über Investitionszuschuss, der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bis hin zum Küsten- und Hochwasserschutz finanziert. Hier gingen allein rund 6,4 Millionen € in die Unterhaltung der Gewässer, Deiche und Schöpfwerke. Welche Bedeutung diese für die in den Niederungen lebenden und arbeitenden Menschen haben, muss ich wohl nicht weiter ausführen. Ich möchte nur unterstreichen, dass diese Mittel nicht für Neben- oder sogar überflüssige Aufgaben verwandt werden.

(Beifall CDU)

Nein, diese Mittel müssen auch in Zukunft zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, da der zu verteilende Kuchen der OWAG-Einnahmen nun zwangsläufig kleiner wird, sinken auch die Mittel, die für diese Aufgaben an verschiedenen Haushaltsstellen eingestellt sind. Infolge dessen begrüße ich auch den Vorschlag der FDP,

(Beifall FDP)

- vielen Dank -, im Rahmen weiter sinkender Einnahmen, zumindest für eine **Übergangszeit**, den prozentualen **Anteil** auf 70 % zu **erhöhen**. Mittel bis langfristig werden Sie sich, meine Damen und Herren aus den Regierungsfractionen, sowieso etwas einfallen lassen müssen, wie Sie die Finanzierung dieser Aufgaben nach vollzogenem Kernenergieausstieg sicherstellen wollen.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Winter das Wort.

**Lars Winter [SPD]:**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als der Landtag vor rund zwölf Jahren das Oberflächenwasserabgabegesetz verabschiedete, haben unsere Vorgängerinnen und Vorgänger eine weise Entscheidung getroffen. Sie haben nämlich eine Untergrenze eingezogen.

Die **Energieunternehmen** haben von Anfang an einen Löwenanteil an der Entnahme von Oberflächenwasser gehabt. Im Jahr 2000, als das Oberflächenabgabegesetz noch in seinen Kinderschuhen steckte, meldeten Unternehmen der Energieerzeugung 5.264.326.399 m<sup>3</sup> Entnahme, also rund 5 1/4 Milliarden m<sup>3</sup>. Die nächstgrößeren Entnahmen von **Chemieindustrie, Papierindustrie** und **Bergbau** machten zusammen rund 44 Millionen m<sup>3</sup>, ein knappes Prozent, aus. Die Untergrenze war also dringend erforderlich, um die Risiken einer Abhängigkeit von nur einer Branche zu reduzieren.

Wir waren uns dessen bewusst und die Opposition ebenso. Bereits im Jahr 2002 hat die Kollegin Ursula Sassen, CDU, Besorgnis über den Stillstand des Atomkraftwerks Brunsbüttel gezeigt und Ausfälle in der Oberflächenwasserabgabe problematisiert. Wir konnten die Sorgen damals wie heute zerstreuen. Auch das ist also nichts Neues.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist daher völlig unstrittig, dass die **Einnahmen** aus der Oberflächenwasserabgabe dramatisch **sinken**, wenn Kraftwerke außer Betrieb sind. An dieser Stelle möchte ich noch einmal sehr deutlich betonen, dass meine Fraktion, die SPD, diesen **Atomausstieg** ausgesprochen begrüßt.

(Beifall SPD und SSW)

Heute sind es **18 Millionen €** die wir fest zusagen, um daraus eine Vielzahl **bedeutender Zwecke** zu finanzieren. Es wurde hier teilweise schon gesagt; ich wiederhole es noch einmal: Das Land Schleswig-Holstein fördert aus der Abgabe in diesem Jahr den biologischen Flächenschutz, NATURA 2000 und Artenschutz mit rund 8 Millionen €. Wir fördern das Landesamt für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz mit rund 1 Million €, die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie mit rund 2 Millionen €, und wir finanzieren daraus die Unterhaltung der Gewässer, Deiche und Schöpfwerke in Höhe von rund 6,4 Millionen €. Diese 18 Millionen €

sind also gut angelegtes Geld, und unsere Koalition legt großen Wert darauf, diese wichtigen Zwecke auch weiterhin abzusichern.

Wir müssten dies im Übrigen auch deshalb tun, ersetzt doch die Abgabe Mittel, die zuvor aus dem Landeshaushalt, also aus Steuermitteln, erbracht wurden. Die Einführung der **Abgabe** diente seinerzeit vor allem **ökologischen Zwecken**. So führte der SPD-Abgeordnete Helmut Jacobs bei der Einführung des Gesetzes aus - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Es ist eine Unterstellung, wenn behauptet wird, die Abgabe solle ausschließlich der Einnahmeverbesserung dienen. Es ist deutlich gesagt worden, dass ein großer Teil der Abgabe für Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung des Oberflächenwassers und der mit ihm zusammenhängenden Ökosysteme eingesetzt werden soll. Außerdem sollen Mittel zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung verwendet werden.“

(Beifall SPD)

Die damalige finanzpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die heutige Finanzministerin, Monika Heinold, wies darauf hin, man sollte „auch diejenigen belasten, die das ökologische Gleichgewicht beeinträchtigen - und das sind in diesem Fall überwiegend die Kraftwerksbetreiber.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich sollte das Gesetz eine **Steuerungswirkung** entfalten. Die Atomkraftwerke werden jedoch nicht wegen der schleswig-holsteinischen Oberflächenwasserabgabe abgeschaltet, sondern aus ganz anderen politischen Erwägungen heraus. Insofern sollten wir einmal die Kirche im Dorf lassen, wenn gleich CDU und FDP mittlerweile eine lange und mitunter kurzweilige Tradition von Schreckszenarien rund um die Abgabe vorweisen können.

Wir würden es begrüßen, wenn es vernünftige und konstruktive Ideen aus der Opposition heraus gäbe - Herr Götsch, nicht nur fordern, sondern auch zu Ideen kommen -, wie die finanziellen Folgen der nun sehr reduzierten Abgabe aufgefangen werden können.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das ist doch ein Vorschlag!)

Das ist jedoch bisher nicht der Fall. Wenn ich mir jetzt den Antrag der Kollegen der FDP ansehe, wird deutlich, dass Ihr Vorschlag das Problem nicht löst. Die angesprochenen abgabenrechtlichen Nebenleis-

(Lars Winter)

tungen fallen kaum an, und die Beibehaltung des Haushaltsvermerks, der die Summe von 18 Millionen € für die oben genannten Zwecke sichert, ist dringend notwendig, unabhängig davon, ob nun eine Quote von 50 % oder 70 % berechnet wird, weil es **gesetzliche** und **vertragliche Aufgaben** sind.

(Beifall SPD)

Wir sehen also die Notwendigkeit dieses Änderungsgesetzes nicht und werden das auch im Ausschuss entsprechend zum Ausdruck bringen.

Zum Kollegen Kumbartzky. - Ich habe noch zehn Sekunden, die will ich noch schnell nutzen. Sie sind in Ihrem Redebeitrag von den 41 Millionen € ausgegangen. Das war im Jahr 2007. Es ist schön, wenn man sich eine solche Zahl heraussucht. Das Gesetz ist 2001 in Kraft getreten, und da waren es auch nur 30 Millionen. Mitunter waren es sogar nur 24 Millionen €, und während Ihrer Regierungszeit waren es sogar nur 10 Millionen €. Und da sahen Sie keine Notwendigkeit, das Gesetz zu ändern. So lange ist dieser Haushaltsvermerk drin. Von daher erübrigt sich der Antrag. - Danke schön.

(Beifall SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zur Oberflächenwasserabgabe ist im Kern eine Nachhaltigkeitsdebatte. Aber worum geht es bei der Oberflächenwasserabgabe eigentlich? - Es geht darum, die Entnahme von Wasser als öffentliches Gut zu schützen und einen schonenden Umgang mit der Naturressource Wasser zu etablieren.

Durch die **Entnahme von Oberflächenwasser**, beispielsweise durch Energiekonzerne - auch darauf sind einige schon eingegangen -, entsteht für sie ein **Vorteil**, der durch das Zahlen der **Abgabe** wenigstens ansatzweise ausgeglichen werden soll. So umstritten die Abgabe bei der Einführung im Jahr 2000/2001 auch war, umso richtiger ist die damalige Entscheidung der rot-grünen Landesregierung gewesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es gab in den Folgejahren - gerade zu Zeiten der Großen Koalition - beispielsweise Debatten über die **Höhe der Zweckbindung**. Es gab aus der CDU sogar ganz lange die Forderung nach der **Abschaffung** der Oberflächenwasserabgabe. Ich bin froh, dass wir diese Debatte in diesem Umfang hier so nicht wiederfinden und grundsätzlich alle zum OWAG stehen und es jetzt sozusagen nur noch eine Frage vom haushaltstechnischen Umgang damit ist. Naturschutz hat nämlich hohe öffentliche Priorität, und er hat es auch unter dieser Koalition.

Ich möchte es mir ersparen, jetzt noch einmal die Zahlen zu nennen, wie viele Mittel in welche genauen Titel und Maßnahmen gesteckt werden. Ich glaube, das hat fast schon jeder gesagt, der vor mir geredet hat. Ich möchte stattdessen direkt auf den **FDP-Antrag** zu sprechen kommen. Die FDP-Fraktion fordert jetzt, die Zweckbindung für Naturschutzmaßnahmen von 50 % auf 70 % zu erhöhen. Dieser Vorschlag klingt zunächst einmal, Herr Kollege Kumbartzky, wie meistens bei Ihren Vorschlägen, sehr sympathisch.

Doch was bedeutet dieser Vorschlag eigentlich konkret? - Diese Frage haben wir uns in der Koalition in den letzten Wochen sehr intensiv gestellt und sind dazu gekommen, dass es zwei Möglichkeiten gibt. Die erste Möglichkeit ist: Die FDP-Fraktion entdeckt ihr Herz für die Umwelt.

(Beifall Abgeordnete Dr. Heiner Garg [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP])

- Das wäre schön. Doch schauen wir uns das einmal genauer an. Durch die Heraufsetzung der Quote der für den Umweltschutz zu verwendenden Mittel könnte das Ziel der FDP sein, mehr Mittel für den Naturschutz zu erzielen. Doch wie sehen die Fakten aus? - Im Einzelplan 13 des aktuellen Landeshaushalts ist festgelegt, dass eine Summe von 18 Millionen € - auch das wurde schon gesagt - für die genannten Naturschutzmaßnahmen garantiert zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Einnahmen aus der Oberflächenwasserabgabe substituieren also mit anderen Worten nur den Betrag aus dem Landeshaushalt. Da die Einnahmen aus der Oberflächenwasserabgabe fast ausschließlich durch unsere Atomkraftwerke geleistet werden - Herr Kollege Götsch hat es auch erwähnt; zu 90 % -, wird die Einnahme aus der Oberflächenwasserabgabe in den nächsten Jahren voraussichtlich dramatisch unter die Grenze von 18 Millionen € fallen. **Umweltpolitisch** hat also mit anderen Worten der Antrag der Liberalen keine positiven Auswirkungen, eher im Gegenteil.

(Rasmus Andresen)

Die eigentliche Debatte ist nämlich die Debatte, die wir im Rahmen der **Haushaltsdebatte** führen müssen: Wie gehen wir mit den **18 Millionen €** um? Da stellt sich für unsere Fraktion die Frage: Wollen Sie die 18 Millionen € aus dem Haushalt streichen, oder wollen Sie es nicht tun? Denn daran entscheidet sich, wie viel am Schluss für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen übrig bleibt und wie viel nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die zweite Möglichkeit ist - da haben Sie für Klarheit gesorgt -, dass es Ihr Ansinnen ist, dass Sie haushaltspolitische oder eher **haushaltstechnische Klarheit** wollen. Es könnte Ihr Ziel sein, dass durch eine heraufgesetzte Quote für den Naturschutz bei gleichzeitiger Abschaffung der 18 Millionen € Deckungszusage zumindest haushaltspolitische Klarheit entsteht und man genau weiß, wie viele Mittel aus der Abgabe danach noch für Naturschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Dann aber müssten Sie im Rahmen der **Haushaltsberatungen**, Herr Kumbartzky, und auch Sie, Herr Garg, zum Einzelplan 13 dementsprechende **Änderungsanträge** stellen und jetzt nicht über die Abgabe probieren, etwas zu steuern, was Sie über die Abgabe gar nicht steuern können.

Der Gesetzentwurf der freien Liberalen läuft also - das zusammenfassend - sowohl haushaltspolitisch wie umweltpolitisch ins Leere. Wir führen eine fiktive Debatte. Wir führen eine Debatte, die nur eine reale Konsequenz hätte, wenn die Atomkraftwerke doch länger am Netz bleiben oder sich in Schleswig-Holstein beispielsweise Schwerindustrie ansiedelt. Beides ist aber nicht das Ziel unserer Koalition.

Wir würden Ihren Antrag gern in die beiden zuständigen Ausschüsse, in den Umwelt- und Agrarausschuss und in den Finanzausschuss, überweisen, um nicht nur für weitere Klarheit in der Sache zu sorgen, sondern um auch zu sehen, was Sie wirklich wollen, ob es Ihnen um die Umweltpolitik oder die Haushaltspolitik geht, und ob Sie vielleicht noch die richtige Baustelle finden, um das zu beantragen, was Sie gern erreichen wollen. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Oberflächenwasserabgabengesetz wurde seinerzeit aus verschiedenen Gründen in Schleswig-Holstein eingeführt. Vordringlich geht es darum, dass Unternehmen diese Abgabe zu entrichten haben, die die Ressource Wasser über den Gemeingebrauch hinaus nutzen. Damit wird eine **Sensibilität** für die **knappe Ressource Wasser** geschaffen.

Durch die **Bagatellgrenze** von 2.500 € jährlich fällt manches Unternehmen durch das Raster und muss für die Benutzung des Oberflächenwassers auch nichts bezahlen. Eine solche Bagatell- oder Kapungsgrenze ist eine gute Methode, um mögliche Härten zu vermeiden. Dadurch werden die kleinen und mittleren Betriebe durch die Abgabe nicht unverhältnismäßig belastet. Es sind überwiegend die Betreiber der schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke, die diese Abgabe zahlen müssen, weil sie jährlich große Mengen Wasser aus überirdischen Gewässern entnehmen.

Diese Abgabe trägt dazu bei, die Einnahmesituation des Landes zu verbessern, sie hat damit auch einen **fiskalischen Hintergrund**. Der Gesetzgeber hat seinerzeit im Gesetz ausdrücklich festgeschrieben, dass das Aufkommen der Abgabe zur Hälfte für Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der nachhaltigen Wassernutzung zu verwenden ist. Dieses Ziel hat der SSW immer unterstützt.

Die **Stilllegung** der Pannenmeiler haben bereits zu Mindereinnahmen geführt. Sobald das letzte **AKW** in Schleswig-Holstein endgültig vom Netz geht, werden wir dies auch bei der Abgabe zu spüren bekommen. Das ist klar. In Jahren mit Spitzeneinnahmen, also wenn alle AKWs liefen, hat Schleswig-Holstein rund 40 Millionen € durch die Abgabe eingenommen. Nun hat sich die Situation durch Stilllegungen bereits geändert. Wir verzeichnen für das Jahr 2011 nur eine Einnahme von rund 18,5 Millionen €. Das verhält sich ähnlich wie mit den Bundeswehrstandorten: Auf der einen Seite sind wir froh, dass wir nicht mehr so viel Militär benötigen, auf der anderen Seite sehen wir die Wirtschaftskraft, die mit der Stilllegung verloren geht. Aber im Gegensatz zur Bundeswehrreform wissen wir bereits heute, wann das letzte AKW in Schleswig-Holstein regulär vom Netz gehen wird. Wir haben also Zeit, uns auf die Situation entsprechend vorzubereiten und die Weichen zu stellen.



(Flemming Meyer)

Ich möchte noch einmal für den SSW festhalten: Wir haben es immer begrüßt, dass **Maßnahmen des Umwelt- und Gewässerschutzes** aus dieser Einnahme finanziert werden. Daran werden wir auch weiterhin festhalten. Auch wenn das bezweifelt wird, ist es richtig, dass - nebenbei bemerkt - der Küstenschutz - soweit mir bekannt - aus dieser Abgabe nicht finanziert wird, weil ich meine, dass Deichschutz an der Elbe eben Hochwasserschutz und nicht Küstenschutz ist. Aber ich denke, darüber brauchen wir uns hier jetzt nicht zu streiten.

Angesichts der Tatsache, dass die Pannenmeiler bereits seit Jahren immer wieder stillstehen und der Atomausstieg beschlossen ist, halte ich es für sehr sinnvoll und richtig, dass wir uns mit den Auswirkungen im Ausschuss näher befassen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich der Kollege Oliver Kumbartzky gemeldet. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, um auf die Redebeiträge der SPD und der Grünen einzugehen. Ich habe das Gefühl, dass da noch nicht ganz genau verstanden wurde, was das eigentliche Problem ist. Herrn Meyer möchte ich für seine Rede danken, die war deutlich konstruktiver.

Es ist so, dass wir dieses Oberflächenwasserabgabegesetz haben. Das besagt halt, dass 50 % zweckgebunden im MLUR sind und 50 % in den Haushalt gehen. Nun haben Sie hier gerade schon die Katze aus dem Sack gelassen und gesagt, was Sie in den **nächsten Haushalt** hineinschreiben wollen. Herr Winter, Sie haben gesagt, dass bei Mindereinnahmen Ausgaben im Rahmen der Zweckbindung bis zur Höhe von 18 Millionen € weiterhin im Haushalt stehen sollen. Dabei wissen wir doch schon jetzt, dass es diese **Einnahmen** gar nicht geben wird. Damit wird doch quasi das Oberflächenwasserabgabegesetz unterwandert, weil wir doch jetzt schon wissen, dass wir weder 40 Millionen € noch 18 Millionen € einnehmen werden. Wir wollen tatsächliche klare Haushaltszahlen. Und wenn Sie sagen, dass sämtliche Einnahmen aus der Abgabe in den Haushalt von Herrn Habeck fließen sollen, dann ist das auch in Ordnung. Dann schreiben wir halt in das

Gesetz 100 % rein. Darüber lässt sich dann auch im Ausschuss reden. - Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Winter von der SPD das Wort.

**Lars Winter [SPD]:**

Herr Kollege Kumbartzky, ja, natürlich ist es so, dass wir, wenn wir gesetzliche Aufgaben oder vertragliche Aufgaben erfüllen müssen, für die Finanzierung sorgen müssen. Die Finanzierung dieser beiden Bereiche beträgt ungefähr 18 Millionen €, dann müssen wir sie auch bereitstellen. Etwas anderes ist es aber, sich hier hinzustellen und zu sagen: Jetzt müsst Ihr aber zusehen, das Gesetz zu ändern, damit die Einnahmen auch da sind!

2011 hatten wir daraus 18,5 Millionen € Einnahmen. Dann hätten im Haushalt nur 9 Millionen € stehen dürfen. Was stand darin? - 18 Millionen €. Unter Ihrer Regierung in 2010 wurden 20 Millionen € ausgewiesen. Was hätte im Haushalt stehen müssen? - 10 Millionen €. Und was stand drin? - 18 Millionen €. Im Jahr 2009 sind es 10 Millionen €, es hätten aber nur 5 Millionen € aufgeführt sein dürfen. Nein, auch damals wurde erkannt, dass wir vertragliche und gesetzliche Aufgaben erfüllen müssen. Die haben einen Umfang von 18 Millionen €, also muss man es über das **Haushaltsrecht** regeln, dass diese 18 Millionen € zur Verfügung stehen. Deshalb gibt es diesen Vermerk, und deswegen bleibt der auch so bestehen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Minister Robert Habeck, das Wort.

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Aus vier Gründen bin ich froh über diese Debatte: Ersten. Es ist außer einer spitzen Bemerkung des Kollegen Arp - neben der Regierungsbank zu hören - niemand da ernsthaft den Atomausstieg infrage gestellt hat. - Er wahrscheinlich auch nicht.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Zweitens bin ich froh, dass einmal deutlich wird, dass der **Atomausstieg** mehr als nur eine **Energiewende** in der Infrastruktur ist und dass wir auch mit **finanzwirtschaftlichen Konsequenzen** zu rechnen haben, die ganz andere Bereiche betreffen.

Drittens bin ich froh, dass einmal deutlich wird, welche Bereiche alle im gesetzlichen Rahmen finanziert werden müssen, eben auch im **Naturschutz** oder **Küstenschutz**.

Viertens bin ich froh, dass sich die FDP so eindeutig zum Naturschutz bekennt. Das werde ich mir für die Haushaltsdebatten merken, die wir im Laufe der Legislaturperiode zu führen haben.

Richtig ist, dass die Abschaltung der AKW Krümmel und Brunsbüttel zu einem deutlichen **Rückgang** der Mittel aus der **OWAG** führen, und zwar nicht erst nach 2010, da die AKWs auch schon vorher nicht besonders zuverlässige Stromlieferanten gewesen sind. Würde man aber einmal von der Bruttoleistung ausgehen, fehlen durch die Abschaltung des AKW Krümmel 10 Millionen € im Haushalt und bei Brunsbüttel sind es etwa 7,5 Millionen €. Diese Mittel, und das ist das Kernproblem, fehlen dem Landeshaushalt, egal wie man es rechnet.

Nun kann man sich darüber streiten, ob es ein Trick ist, der ja dann zuvor in der Legislaturperiode auch in den letzten zwei Jahren angewandt wurde, ob es Technik ist oder der Haushaltswahrheit und -klarheit dient. Das kann ich nicht erkennen, ich denke, beide Mittel sind legitim. Das Problem ist: Das **Geld** für die **gesetzlichen Aufgaben fehlt**. Das Geld darf nicht fehlen. Wir sind - und das muss ich klar sagen - auf diese 18 Millionen € im Haushalt angewiesen, sonst können wir die gesetzlichen Maßnahmen, die daraus finanziert werden müssen, nicht leisten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW)

Insofern geht Ihr Antrag, Herr Kumbartzky, von der falschen Annahme aus, dass sich die sinkenden Einnahmen auf die Finanzierung des Natur- und Küstenschutzes auswirken würden.

Schon im Jahr 2000, Herr Kollege Winter hat es bereits gesagt, war bei der Verabschiedung des OWAG klar, dass die Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben nicht von der ungewissen Höhe einer Abgabe abhängig gemacht werden darf. Daher gibt es eben diesen **Haushaltsvermerk**, der 18 Millionen € vorsieht, egal wie viele Einnahmen aus der OWAG erzielt werden. Diese Maßnahmen werden zur Um-

setzung des europäischen Naturschutzes und Wasserrechtes, der Unterhaltung der Gewässer, Deiche, Schöpfwerke durch die Wasser- und Bodenverbände und zur Verbesserung des Binnenhochwasserschutzes verwendet.

Flemming Meyer hat recht, es sind nicht die Küstenschutzmaßnahmen, die aus den OWAG-Mitteln bezahlt werden.

Wenn ich eine Anmerkung zur letzten Debatte machen darf, Herr Kumbartzky, richtete sich meine Kritik nicht darauf, dass ich gesagt habe, dass Sie den Küstenschutz gefährden, sondern dass Sie durch die Rücknahme der Küstenschutzabgabe den Haushalt gefährden. Aber diese Debatte hatten wir ja bereits beim letzten Mal. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass etwa 5 bis 6 Millionen € im Haushalt fehlen.

Die **Zweckbindung** der OWAG lässt eine Verwendung der Mittel für **Küstenschutzmaßnahmen** nicht zu. Abgaberechtliche Nebenleistungen - wie in dem Antrag ausformuliert - wie Zinsen oder Säumniszuschläge sind zudem seit der Erhebung der Mittel aus dem OWAG praktisch nicht angefallen und sind auch zukünftig nicht zu erwarten.

Insofern geht der vorliegende Gesetzentwurf ins Leere, weil er das **Kernproblem** nicht löst, nämlich das **fehlende Geld**. Eigentlich gibt es kein Problem, weil die Mittel im Haushalt zugesagt sind. Der Rest ist Kosmetik oder Technik. Das kann man so oder so entscheiden, muss es aber nicht.

Wie immer man die Aufteilung zwischen zweckgebunden und zweckfrei zu verwendenden OWAG-Mitteln diskutiert und vornimmt für den Fehlbetrag wird letztlich der Landeshaushalt aufkommen müssen, oder gesetzliche Aufgaben werden nicht mehr wahrgenommen werden.

Die Energiewende führt zwar auch zu anderen **gesellschaftlichen Belastungen** als Netzausbau oder EEG, aber auch zu **Entlastungen**, nämlich zum Wegfall radioaktiven Mülls und des radioaktiven Risikos. Deswegen bejahe ich noch einmal nachdrücklich den Atomausstieg. - Mit dem vorliegenden Antrag verhält es sich etwas anders.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/182 dem Finanzausschuss sowie mitberatend dem Umwelt-

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

**Atomausstieg verbindlich umsetzen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/180](#)

**Nukleare Entsorgung im Konsens regeln**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/232](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Olaf Schulze von der Fraktion der SPD das Wort.

**Olaf Schulze [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dem 30. Juni 2011 ist der **Atomausstieg** beschlossene Sache. Wir sind uns alle einig, dass der Atomausstieg bis 2022 umgesetzt werden soll. In Schleswig-Holstein sind mit **Brunsbüttel** und **Krümmel** zwei Atomkraftwerke sofort vom Netz gegangen. Nun stellt sich die Frage, wie es mit diesen beiden und mit dem verbleibenden Atomkraftwerk **Brokdorf** weitergehen soll. Im Atomgesetz sind zwei Möglichkeiten zur Stilllegung vorgesehen: zum einen der Rückbau und zum anderen der sichere Einschluss.

Der **sichere Einschluss** bedeutet, dass lediglich die Brennelemente aus dem Kraftwerk geholt werden, und der Rest bleibt unberührt. Er ist die schlechteste Variante, da das Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verloren geht und die Möglichkeit einer alternativen Nutzung des Standortes nicht mehr gegeben ist. Deshalb ist nach unserer Überzeugung der **Rückbau** zur „grünen Wiese“ die einzige Möglichkeit, den Atomausstieg verantwortungsvoll, sicher und planungssicher für die Kommunen zu vollziehen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Unternehmen **Vattenfall** als Betreiber der beiden Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel hat sich bis heute nicht dazu geäußert, welches Verfah-

ren der Stilllegung der Konzern anstrebt. Bei einer Bürgerfragestunde der Stadt Geesthacht zu diesem Thema am 13. September 2012 haben die Vertreter von Vattenfall wieder keine Aussagen zum weiteren Vorgehen gemacht.

Hinzu kommt, dass der schwedische **Mutterkonzern Vattenfall AB** erst kürzlich aus der **Haftung** für die deutschen Atommeiler ausgestiegen ist. Damit muss der schwedische Staat nicht mehr für die hohen **finanziellen Risiken** eintreten, die der Betrieb und die Stilllegung der AKW in sich bergen. Die Risiken liegen stattdessen bei der deutschen Tochter Vattenfall GmbH und damit letztlich bei den deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.

Dieser schrittweise Rückzug aus der Verantwortung macht deutlich, dass es wichtig ist, schnellstmöglich rechtliche Sicherheit zu schaffen. Das Atomgesetz muss dahin gehend geändert werden, dass der Rückbau verbindlich vorgeschrieben wird. Die Möglichkeit des sicheren Einschlusses reicht nicht aus, um für die Bevölkerung eine angemessene Sicherheit zu gewährleisten.

Wir müssen verbindlich erreichen, dass von deutschen Atomkraftwerken keine Gefahr mehr ausgehen kann.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung mit einer **Bundesratsinitiative** zu diesem Thema tätig wird. Weder die Atommülllagerung noch der Rückbau der Atomkraftwerke sind bislang hinreichend geregelt. Deshalb müssen wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Schlupflöcher schließen. Wir können und wir dürfen auch nicht darauf warten, dass die Endlagerfrage vernünftig geklärt wird. Die Weichen für den unumkehrbaren Atomausstieg müssen jetzt und heute gestellt werden.

(Beifall Abgeordnete Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen den Betreibern der Atomkraftwerke die Möglichkeit nehmen, sich hinter den noch nicht vorhandenen Endlagern zu verstecken. Die meisten sind bis jetzt davon ausgegangen, dass es zu einem Rückbau der Atomkraftwerke nach der Stilllegung kommt. Dies wollen wir mit unserem Antrag sicherstellen, damit die Menschen vor Ort Antworten auf die offen gebliebenen Fragen bekommen und endlich wissen, wann der Atomausstieg beendet ist.

Je schneller ein **Konzept zum Abbau** definitiv festgelegt wird, desto weniger Möglichkeiten haben die Betreiber von Atomkraftwerken, Entscheidun-

(Olaf Schulze)

gen auf die lange Bank zu schieben und dadurch gegebenenfalls von vorgegebenen Standards abzuweichen.

Daher bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

Lieber Herr Kollege Magnussen, Sie haben einen schönen Änderungsantrag vorgelegt. Darin steht: „Der Landtag begrüßt die Initiative der Bundesregierung...“. Von Begrüßungsanträgen haben wir in der letzten Legislaturperiode genug gehabt. Wir dürfen nicht nur Begrüßungsanträge stellen, sondern wir müssen endlich handeln.

(Beifall SPD und Abgeordneter Jens-Christian Magnussen [CDU])

Wir hätten diesen Antrag, den wir heute gestellt haben, schon im April beschließen können. Ihre Regierung hätte schon die Grundlagen dafür legen können, sodass wir endlich einen Schritt weiter wären.

Sie schreiben in dem Antrag:

„Der endgültige Rückbau von Kernanlagen und kerntechnischen Anlagen muss als einzige Möglichkeit vorgesehen werden.“

Schließen Sie sich unserem Antrag doch einfach an. Stimmen Sie ihm zu. Genau das steht da drin. Dann brauchen wir nicht eine **Initiative** einer **Bundesregierung** zu begrüßen. Im April haben wir schon darüber diskutiert, dass die Bundeskanzlerin zu einem netten Runden Tisch eingeladen hat, bei dem leider auch nichts rumgekommen ist. Jetzt begrüßen Sie, die „Initiative der Bundesregierung, notwendige Handlungsmöglichkeiten ... mit den Betroffenen zu erörtern“. Wir wollen nicht mehr erörtern, sondern endlich Fakten schaffen. - Wir wollen, dass das Problem endlich gelöst wird.

In Ihrem zweiten Absatz steht eigentlich vieles, was schon Gesetz ist und was wir mit dem Antrag, den wir gestellt haben, endlich umsetzen können. Deswegen bitte ich Sie noch einmal: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Stellen auch Sie sicher, dass der Atomausstieg keine halbe Sache bleibt und dass Atomkraft für die Gesellschaft von Morgen nur eine Erinnerung an einen schlimmen Irrweg bedeutet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Jens Magnussen das Wort.

**Jens-Christian Magnussen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Schulze, ich glaube, bei dem heutigen Thema sind wir überhaupt nicht weit auseinander.

(Sandra Redmann [SPD]: Das wäre ein Wunder!)

Herr Kollege, allerdings ist der zweite Absatz Ihres Antrags ein leichter Irrweg. In meinen Ausführungen werde ich noch gezielt auf die Fristen eingehen.

Das Atomgesetz ist ein Sicherheitsgesetz, wie wir alle wissen, und der **Atomausstieg** ist **unumkehrbar**. Das haben wir alle festgestellt und hier des Öfteren artikuliert. Das ist gut so. Das will ich gern mittragen.

Was wir brauchen, ist, dass die Betreiber den Aufsichtsbehörden ein **Abwicklungsszenario** vorlegen, welches die Sicherheit der Menschen über alles stellt. Da sind wir, glaube ich, auch nicht weit auseinander. Genau deshalb wäre es töricht, wenn die Atomaufsicht Schleswig-Holstein den Betreibern vor Beginn der Gespräche der Bundesregierung über die Klärung der Endlagerfrage, vor Klärung der Entsorgungswege, **Fristen** setzt, wann sie mit dem Rückbau beginnen sollen.

Eine **sorgfältige Prüfung der Verfahren**, da am Ende auch die Frage der Haftungsrisiken im Raum steht und geklärt sein muss, sollte für uns alle oberste Maxime sein. Wir brauchen individuelle Ausstiegsszenarien für jeden Standort. Deshalb ist ein Rundumschlag deplaziert. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht, mit dem Bund die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Betreiber den endgültigen Rückbau zur „grünen Wiese“ verbindlich und sorgfältig einleiten können.

Herr Matthiessen, Sie behaupten, dass der Rückbau sicherer als der Einschluss sei und die Kommunen Planungssicherheit brauchten. Zum jetzigen Zeitpunkt ist überhaupt noch nicht gesagt, dass die Abbauphase tatsächlich so ist, wie Sie sie hier darstellen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist mir auch als Standortabgeordneter der sofortige Rückbau nach Stilllegung lieber als ein Einschluss - überhaupt keine Frage. Aber wenn der Antrag so bleibt, wie er formuliert ist, ist es eben nicht so, dass die Sicherheitsaspekte eine größere Rolle spielen als die Kosten - insbesondere vor der Betrachtung der individuellen Abwicklungsszenarien, die sich aufgrund der drei Standorte, die wir in Schleswig-Holstein haben, für uns ergeben.



**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege Magnussen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiesen?

**Jens-Christian Magnussen [CDU]:**

Gern.

**Detlef Matthiesen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Magnussen, Sie schreiben in Ihrem Antrag etwas von Radioaktivitätsbilanz. Was ist darunter zu verstehen?

- Sie wissen, dass wir auch hier im Haus die Diskussion über die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle geführt haben. Jetzt aktuell diskutieren wir - so zumindest mein Kenntnisstand, vielleicht kann der Minister dazu gleich noch etwas ausführen -, dass für die unsäglichen gelben Fässer eventuell zusätzliche Transportbereitstellungshallen gebaut werden müssen. Das heißt, wir diskutieren jetzt nicht über einen Rückbau, sondern über Situationen, die noch geschaffen werden müssen, auf einem Weg, den wir im Moment schon mit Fristen fest hinterlegen wollen. Das ist für mich eine **Bedarfsanalyse** vor dem Hintergrund der Erfassung der Radioaktivitäten, die wir in den Kernkraftwerken haben, und die letztendlich auch dazu beitragen, die Mengen der rückzubauenden Tornagen aus den einzelnen Kraftwerken zu bilanzieren. Da müssen wir aufsetzen. Da muss eine vernünftige Analyse gemacht werden.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiesen?

**Jens-Christian Magnussen [CDU]:**

Ich versuche zu helfen.

**Detlef Matthiesen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das verstehen Sie unter Radioaktivitätsbilanz, ja?

- So ist es.

**Detlef Matthiesen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie in der Fachsprache einen Neologismus eingeführt. Dazu gratuliere ich. Ich verstehe das immer noch nicht.

- Dann können wir uns ja nachher beim Kaffee vielleicht noch einmal darüber unterhalten.

Genau deshalb begrüßen wir die Initiative der Bundesregierung, notwendige Handlungsmöglichkeiten

für die Schließung und den Rückbau der Kernkraftwerke mit den Betroffenen zu erörtern. Im Rahmen dieser Erörterung - hier handeln wir eigentlich getreu Ihrem Motto und dem Motto der Landesregierung, insbesondere des Ministerpräsidenten, der im Moment leider nicht da ist - soll ein **Dialog mit den Betreibern** stattfinden, um vernünftige und verlässliche Rückbaukonzepte zu bekommen. Diese Erörterung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sinnvoll, sorgsam und sicherheitsrelevant rück- und abgebaut werden kann. Denn man kann nicht abbauen, wenn - da sind wir uns auch einig - Castoren für Transport- und Endlagerung nicht verfügbar sind, geschweige denn die Frage der Endlagerstätten ungeklärt ist.

Wir werden es nicht zulassen, dass die Standorte Brunsbüttel, Krümmel und später auch Brokdorf über Jahre abgebaut werden, aber als Trittschleife atomare Zwischenlager schleichend zu Endlagerstätten werden. Das macht keinen Sinn. Deshalb muss geklärt sein, was wohin geht. Das gehört auch ein Stück weit in die Bilanz, die Sie eben noch einmal hinterfragt haben. Deshalb - und da wiederhole ich mich - muss geklärt sein, was wohin geht.

Der **Bevölkerungsschutz** vor der Strahlung - ich wiederhole mich - muss vor allem stehen. Zur Energiewende führen Sie immer wieder aus, dass die Kommunen Planungssicherheit brauchten, aber Sie selbst geben den **Kommunen** und den dort ansässigen Unternehmen keine **Planungssicherheit**, weil die falschen Prioritäten gesetzt werden. Die Standorte Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf sind auch Kommunen. Brunsbüttel ist dazu noch einziger Industriestandort mit dem Schwerpunkt Chemie in Schleswig-Holstein und ist auf Grundlastversorgung und Verfügbarkeit angewiesen. Die Wirtschafts- und Energieminister werden sich aber am 1. Oktober 2012 ausführlich am Standort informieren.

Die CDU ist mit allen anderen aus der Kernenergie ausgestiegen und hat ein **Kohlekraftwerk** in **Brunsbüttel** favorisiert. Das wollten Sie nicht, und das wollen Sie nicht. Dafür haben Sie uns kritisiert. Das ist Ihr gutes Recht. Ich sage Ihnen, der Industriestandort hat Potenzial, obwohl er im weltweiten Wettbewerb steht. Setzen Sie das nicht aufs Spiel. Nun hören wir Ambitionen, dass ein GuD-Kraftwerk geplant ist oder werden soll, aber nicht privat finanziert werden kann. Sie sehen, es gibt jede Menge Diskussions- und Klärungsbedarf, um tragfähige Lösungen für betroffene Standorte zu erarbeiten. Ich beantrage daher für die CDU-Fraktion Ausschussüberweisung beider Anträge und hoffe

(Jens-Christian Magnussen)

auf eine konstruktive Debatte in diesem Bereich. - Danke.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein erzeugt mehr und mehr erneuerbare Energien. Für die AKW Brunsbüttel und Krümmel ist der Leistungsbetrieb erloschen. Eines Tages wird unser Land endlich **atomstromfrei** sein. Nur noch das AKW Brokdorf hat die Berechtigung zum Leistungsbetrieb. Gebrochene Niederhaltungsfedern für Brennelemente, wie sie bei einer Inspektion im Abklingbecken des AKW Brokdorf gefunden wurden, sollten uns allerdings Warnung sein, dass auch nach dem Ausstiegsbeschluss im nationalen Konsens eine Atomanlage im Betrieb gefährlich bleibt. Ja, selbst nach der Stilllegung bleiben AKW gefährlich.

Wir haben weiterhin das Ziel, auch das AKW Brokdorf noch vor 2022 stillzulegen. Das **Atomgesetz** muss der aktuellen Entwicklung, nämlich der Stilllegung der AKW, angepasst werden. Den Betreibern der stillgelegten AKW muss klar sein, dass die Atomanlagen abgebaut werden müssen, zurück zur grünen Wiese. Vattenfall jedoch spielt auf Zeit. Hier braucht es klare Regeln für **Zeitpläne** des **Rückbaus**, damit der Atomausstieg tatsächlich endgültig ist. Der sogenannte sichere Einschluss als Dauerlösung darf nicht akzeptiert werden.

Der Mangel an Präzisionen im ATG, also im Atomgesetz, ist ein Beleg für den unbedingten Willen der Politik damals, dass das Atomgesetz durchgesetzt werden sollte. Augen zu und durch: Gefahren des Betriebs, kein Endlager, Proliferationsgefahr und vor allen Dingen eine Belastung zukünftiger Generationen auf ewige Zeiten. Die Argumente waren auch damals alle bekannt, wurden von der Antiatombewegung vehement vorgetragen und von den Verantwortungsträgern penetrant ignoriert. Jetzt, am Ende des Atomprogramms, stellen wir fest: Das Ende ist nicht bedacht worden. Schon bei Max und Moritz heißt es: Aber wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe. Es **fehlt** schlicht **an gesetzlichen Regelungen**. Der sichere Einschluss darf natürlich nicht eine Form der endgültigen Stilllegung sein. Die

Zeiträume für Stilllegungsverfahren, Antragstellung nach Verlust der Betriebsgenehmigung zum Leistungsbetrieb, Abriss et cetera, das alles fehlt im Atomgesetz.

Die endgültige Stilllegung des **AKW Greifswald** begann 1995, und das Ziel grüne Wiese ist für 2013 geplant - mal gucken, ob es kommt. Die Kosten für die Entsorgung radioaktiver Abfälle in einem Endlager sind damit noch nicht abgedeckt. Da das endgültige **Endlagerkonzept** noch nicht feststeht, ist natürlich schwer vorhersehbar, was die Endlagerung des hochradioaktiven Mülls für die nächsten 300.000 Jahre kosten wird. Es gibt ja noch nicht einmal ein Konzept beziehungsweise ein Konzept für eine Endlagersuche. Auch das ist ein weiterer Beleg dafür, dass zwar der Atomausstieg beschlossen wurde, aber ansonsten die schwarz-gelbe Koalition in Berlin schläft.

Die CDU stellt jetzt einen Änderungsantrag, Drucksache 18/232, zu dem von der Koalition vorgelegten Antrag, Drucksache 18/180. Offenbar besteht keine Uneinigkeit in der Sache. Das hat sogar der Redner gesagt - ich habe es mir hier aufgeschrieben; er nimmt mir die ganze rhetorische Gewalt, indem er selbst sagt,

(Christopher Vogt [FDP]: Keule!)

da bestehe kein Dissens in der Sache. Es steht dort:

„Der endgültige Rückbau von Kernanlagen und kerntechnischen Anlagen muss als einzige Möglichkeit vorgesehen werden.“

Das ist ungefähr auch die Hauptaussage im Antrag der Koalition.

Ich habe nach dieser merkwürdigen **Radioaktivitätsbilanz** gefragt, was das denn ist. Ihr müsst das mit unheimlich heißer Nadel gestrickt haben. Genauso könnte ich fragen - bei diesem Satz, der Rückbau von Kernanlagen und kerntechnischen Anlagen muss als einzige Möglichkeit vorgesehen werden -, was denn der Unterschied zwischen einer **Kernanlage** und einer **kerntechnischen Anlage** ist - da Ihr das ja so redundant erwähnen musstet. Solche Irrtümer müssen irgendwie in einer verquiemelten einsamen Nacht von Herrn Magnussen, der ja nächstens immer noch dem Atomprogramm nachweint, das ihm die eigene Partei zerschlagen hat, Eingang in den Antrag gefunden haben.

Sie wollen das im Konsens mit der Bundesregierung regeln, und da begrüßen Sie eine **Initiative der Bundesregierung**, die es gar nicht gibt. Das ist auch interessant. Warum stellt die CDU diesen Antrag? - Weil es eben peinlich ist, dass sich die

(Detlef Matthiessen)

schwarz-gelbe Koalition in Berlin lieber mit dem Ausbremsen der erneuerbaren Energien beschäftigt, als mit dem Rückbau der AKW. Da tun Merkel, Altmaier und Co nämlich Nullkommanichts. Die Ränder der Gesetzeslücken im ATG klaffen weit auseinander. Das wollen sie mit einer Konsenswolke vernebeln, während wir konkrete Vorstellungen von einem gesetzlichen Änderungsbedarf des ATG haben. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab, finden unseren Antrag viel besser und stimmen dem in der Sache zu. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich Sie bitten, mit uns auf der Besuchertribüne ganz besondere Gäste zu begrüßen. Es sind junge Damen und Herren, junge Frauen und Männer, die Schülerinnen und Schüler durch die Anne-Frank-Ausstellung, an die Sie sich sicher alle erinnern, die im August hier im Landeshaus zu sehen war, geführt haben, sie betreut und sie informiert haben, und die damit aus meiner Sicht ganz besonders wertvolle Arbeit in der Geschichtsvermittlung geleistet haben, für die wir uns herzlich bedanken. - Wir begrüßen Sie und euch ganz herzlich noch einmal im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Wir setzen die Debatte fort. Ich erteile Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky von der Fraktion der FDP das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da bin ich wieder. Man könnte fast sagen „Täglich grüßt das Murmeltier“, das Gleiche könnte man aber auch zum Antrag der SPD sagen. Der **Antrag** ist uns durchaus noch aus der **April-Tagung der letzten Legislaturperiode** bekannt. Dass Sie den Antrag auf Wiedervorlage hatten, damit habe ich natürlich gerechnet, Herr Schulze, ganz klar.

(Olaf Schulze [SPD]: Gutes muss man wieder bringen!)

Und wie Sie auch wissen, hatten wir natürlich Sympathie für Teile des Antrags. Leider waren in dem Antrag damals noch ein paar Fehler enthalten, auf die der Justizminister und ich Sie auch hingewiesen

haben. Es freut mich, dass Sie diese Fehler nun korrigiert haben.

(Beifall Abgeordneter Christopher Vogt [FDP])

- Der Applaus ist durchaus berechtigt.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Applaus gilt nicht dir, sondern Olaf Schulze!)

- Das war mir klar.

Für die, die damals noch nicht dabei waren oder es nicht mehr so in Erinnerung haben, sei kurz erwähnt, dass die SPD-Fraktion seinerzeit beantragte, dass der Landtag die Bundesregierung auffordert, den Betreibern der Kernkraftwerke feste Fristen vorzuschreiben, wann mit dem Rückbau begonnen werden muss. Das konnte man so nicht machen, denn **atomrechtliche Verwaltungsakte** werden nicht von der Bundesregierung erlassen, sondern von den zuständigen **Atomaufsichtsbehörden**. Das wurde in dem Antrag nun geändert. Deswegen könnten wir diesem Punkt nun zustimmen.

Wir sind uns dabei natürlich auch bewusst, dass die Aufsichtsbehörden keine utopischen Fristen festsetzen können, weil sie es aus diversen Gründen nicht können und nicht dürfen. Dennoch würde eine gesetzliche Regelung dazu führen, dass die Behörden eine Handhabe bekommen, mit den Kernkraftwerksbetreibern überhaupt in Verhandlungen eintreten zu können.

Das war der zweite Punkt des Antrags. Ich würde aber natürlich gern noch auf den ersten Punkt eingehen,

(Unruhe)

auch wenn es auf der linken Seite ein bisschen laut ist.

Für uns Liberale steht die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an oberster Stelle. Ich denke, bei dem Thema sind wir uns alle einig. Nach den Ausstiegsbeschlüssen ist es notwendig, den konsequenten Rückbau der Anlagen zügig einzuleiten und konstruktiv zu begleiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Christopher Vogt [FDP])

Der sogenannte **sichere Einschluss** als Stilllegungsvariante ist für uns keine Option. Wir sprechen uns daher wie Sie dafür aus, im Atomgesetz den **Rückbau verbindlich vorzuschreiben**. Der technische Fortschritt bei der Dekontaminierung und dem Abrissverfahren macht die Variante des vorübergehenden sicheren Einschlusses überflüssig.

(Oliver Kumbartzky)

Außerdem brauchen die Kommunen und die Menschen vor Ort Planungssicherheit und natürlich auch Verlässlichkeit. Die Menschen vor Ort haben ein berechtigtes Interesse daran zu erfahren, wie es mit dem stillgelegten Kraftwerk in ihrem Ort weitergeht. Was man auch nicht verkennen darf, ist die Tatsache, dass ein Rückbau mehr Arbeitsplätze sichert als ein Einschluss. Die erfahrenen Kräfte sind noch vor Ort vorhanden, und deren Wissen sollte man natürlich auch nutzen.

Ein Rückbau sichert eben nicht nur mehr **Arbeitsplätze** als ein Einschluss, sondern er sichert die Arbeitsplätze auch deutlich länger, womit ich bei einem Problem bin, das man keinesfalls verschweigen sollte: Auch wenn der Antrag von Fristen und einem zügigen Rückbau spricht, wird sich das Ganze natürlich noch über viele Jahre hinziehen. Mit dem Abbau kann aus Strahlenschutzgründen logischerweise erst begonnen werden, nachdem einige Jahre vergangen sind.

Wir haben auch immer noch die **ungelöste Frage** nach dem **Endlager** für die hochradioaktiven Abfälle. Gleichzeitig stellt sich auch die Frage nach ausreichend vielen **Castoren**. Es müssen auch Deponien gefunden werden, die die mehreren 100.000 t nicht strahlenbelasteten Bauschutt pro Kernkraftwerk aufnehmen.

Es bringt also nichts, den Eindruck zu erwecken, dass dieser Rückbau der Kernkraftwerke nun sehr zügig vonstattengeht. Der Rückbau der Kernkraftwerke darf aber auf keinen Fall zulasten der Sicherheit gehen. Wir fordern daher, das Thema offen und ehrlich anzugehen. Es muss aus unserer Sicht noch im Herbst ein **Endlagersuchgesetz** in den Bundestag eingebracht und verabschiedet werden. Die Endlagersuche darf auf keinen Fall weiterhin auf die lange Bank geschoben werden. Herr Dr. Habeck, es ist natürlich auch Ihre Aufgabe als Umweltminister, die ergebnisoffene Endlagersuche zu forcieren. Auf keinen Fall dürfen die von Ihrem Parteifreund Jürgen Trittin erschaffenen Zwischenlager irgendwie Endlager werden.

Mit Interesse habe ich auch den ersten Lernerfolg des Herrn Dr. Habeck zur Kenntnis genommen - ich meine Ihre Antwort auf die kleine Anfrage des Kollegen Kubicki. Noch im März 2012 sprachen Sie lauthals davon, Vattenfall die Betriebserlaubnis zu entziehen. Sechs Monate später scheinen Sie nicht mehr ganz so große Töne zu spucken. Auf die Frage, ob das Ministerium alle rechtlichen Schritte zum Entzug der **Betriebsgenehmigung** für **Brunsbüttel** prüfen wird, heißt es lediglich, dass ein „ausstiegsorientierter Gesetzesvollzug“ nicht praktiziert

werde. Dieser Lernerfolg gibt mir durchaus die Hoffnung, dass Sie nun als Minister wirklich sehr gewissenhaft und vor allem auch unaufgeregter an die Sache herangehen werden.

Wie gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Rückbau, die dazugehörigen Fristen und die Entsorgungsfragen müssen sachlich und ideologiefrei angegangen werden. Erst wenn die Kernkraftwerke komplett zurückgebaut sind und die letzten strahlenden Brennelemente die oberirdischen Zwischenlager Richtung Endlager verlassen haben, ist der Ausstieg aus der Kernenergie als erfolgreich anzusehen.

Ich beantrage die Ausschussüberweisung, denn es besteht noch Diskussionsbedarf über den Antrag, da noch einige Fragen offen waren. Aber ich denke, in der Sache sind wir alle beieinander. Auch in der letzten Legislaturperiode haben wir in der Regel diese Anträge immer in die Ausschüsse überwiesen. Insofern freue ich mich auf die Beratung. Wir gehen in die Beratungen mit den eben genannten Erwartungen und Feststellungen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, Abgeordnete Jens-Christian Magnussen [CDU] und Heiner Rickers [CDU])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Frau Landtagspräsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die PIRATEN-Fraktion begrüßt, dass die Fraktionen der Koalition zügig die Umsetzung ihres Koalitionsvertrages zum verbindlichen Atomausstieg auf den Weg bringen.

(Beifall PIRATEN und Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Da wir PIRATEN die **schnellstmögliche Stilllegung** aller schleswig-holsteinischen **Kernkraftwerke** fordern, versteht es sich im Grunde von selbst, dass wir in dieser Frage hinter SSW, SPD und Grünen stehen.

Worüber wir heute abstimmen, ist eben nicht die Frage, ob Krümmel oder Brunsbüttel sicher eingeschlossen oder zurückgebaut werden. Darüber können wir hier leider nicht entscheiden. Genau darum geht es. Es geht darum, dass die Landesregierung zukünftig die Möglichkeit haben soll, durch die **Novellierung** des **Atomgesetzes** in dieser Frage deut-



(Angelika Beer)

licher ein Wörtchen mitzusprechen. Es soll verhindert werden, dass ein Atomkraftwerksbetreiber an der Politik vorbei die für ihn günstigere Variante wählen kann, selbst wenn dies erhebliche Nachteile für die Bevölkerung hat.

Und was heißt schon günstig? - Tschernobyl und seine Folgen - ich möchte einfach noch einmal daran erinnern - und die Notwendigkeit, in immer kürzer werdenden Abständen diese Atomruine immer wieder neu sicher einzuschließen, sprechen für sich. Wir lehnen das sichere Einschließen von Schrottreaktoren grundsätzlich ab.

(Beifall PIRATEN und Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Was wir wollen, ist, mit der Unterstützung des Antrags die **Politik** zu stärken, indem ihr **mehr Handlungsspielraum** eingeräumt und dieser erweitert wird.

Die Frage, wie mit dem unsäglichen Erbe des Atomzeitalters umzugehen ist, ist für uns natürlich wichtig. Wir wissen doch, dass es nicht zugelassen werden kann, die Verantwortung allein Vattenfall und Co zu überlassen. Als Politiker stehen wir den Menschen gegenüber in der Verantwortung, und das heißt auch, für die Sicherheit zu sorgen.

Was passiert, wenn wir die Aufsicht über Atomsicherheit in private Hände legen, zeigt sich in diesen Tagen auch wieder an der Asse. Michael Sailer, Vorsitzender der Entsorgungskommission des Bundes, hat zu verstehen gegeben, dass die Rückholung des Mülls immer mehr zur „Mission Impossible“ wird. Endlager - das klingt in diesem Zusammenhang nach einem bitteren Ende.

Angesichts solcher Aussagen müssen doch bei uns alle Alarmglocken schrillen. Spätestens jetzt sollte klar sein, dass die **Entscheidungsbefugnis** in Atomfragen von Anfang an in die Hände der **Politik** gehört und dort auch bleiben muss.

(Beifall PIRATEN)

Umweltminister Altmaier hat auf die Äußerung von Sailer hin gesagt und angekündigt, dass er bereits im Oktober einen Entwurf für ein **Asse-Beschleunigungsgesetz** vorlegen werde. Wir sind gespannt darauf, denn wir können nicht zulassen und nicht einfach zusehen, wie die Asse absäuft und die Frage des längerfristigen, verantwortlichen Umgangs mit Atommüll weiter negativ beantworten.

Ich muss an dieser Stelle aber auch daran erinnern, dass es eine rot-grüne Bundesregierung war, die ihre Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft hat. Das

Hintertürchen, das Jürgen Trittin offen ließ, wurde von der Regierung Merkel jedenfalls dankbar in Anspruch genommen. Mit deren absurder Achterbahnfahrt - raus aus dem Ausstieg, rein in den Ausstieg - brauche ich mich, glaube ich, hier nicht in Einzelheiten zu befassen.

Wenn wir uns aber darauf verständigen können, uns den Handlungsspielraum wieder zurückzuholen - gesellschaftspolitisch ist genau dies geboten -, dann ist das angesichts der historischen Erfahrungen eine Minimalforderung.

Ich möchte noch gern auf den Widerspruch eingehen, den wir aktuell in der Politik erleben, dass auf der einen Seite die **internationale Staatengemeinschaft** mit Sanktionen versuchen will, Proliferationen zu verhindern, auf der anderen Seite durch die „Süddeutsche Zeitung“ offengelegt worden ist, dass militärisch taugliches Uran aus Russland transportiert wurde und wir nicht ausschließen können, dass das auch bei uns gelandet ist.

Ich möchte zum Ende meiner Redezeit noch etwas zum Antrag sagen, der heute von der CDU eingereicht worden ist. Der trägt eine sehr gute Überschrift: „Nukleare Entsorgung im Konsens regeln“. Wenn wir versuchen, uns über Parteigrenzen hinweg zu bewegen, kann ich Ihnen nur empfehlen: Stimmen Sie dem Antrag der Regierungskoalition zu! Denn das ist der Konsens, der angestrebt wird. Aufgrund der Erfahrungen des Wackelkurses von Angela Merkel und einem Konkurrenz- und Kompetenzkampfes zwischen Altmaier und Rösler in der Frage der Umsetzung der Energiewende ist der CDU-Antrag für uns nicht tragbar.

(Beifall PIRATEN und Abgeordneter Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, ich war versucht, während des Redebeitrags der Frau Abgeordneten Beer darauf hinzuweisen, tue es aber erst jetzt: Ich möchte Sie insgesamt bitten, den Rednerinnen und Rednern hier vorne etwas aufmerksamer zu folgen und Ihre Gespräche einzustellen. - Danke!

(Zurufe: Laptop!)

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Flemming Meyer vom SSW. - Herr Kollege, alle wissen, dass es angenehm und angemessen ist, den Ausführungen der Rednerinnen und Redner hier vorn zu folgen. Auch Herr Arp wird das jetzt tun; da bin ich sicher. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit,

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

die jetzt der Kollege Flemming Meyer vom SSW genießt.

(Zuruf: Zu Recht!)

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Allen war von vornherein klar, dass die **Energiewende** ein **politischer Kraftakt** ist, der uns noch lange beschäftigen und der nicht leicht umzusetzen sein wird. Es war auch nicht davon auszugehen, dass die vier großen Energiekonzerne den Atomausstieg so einfach schlucken würden - trotz der breiten politischen Mehrheit.

Doch was wir heute erleben, ist eine **Machtprobe der Energiekonzerne**, die mit allen Mitteln versuchen, den Rückbau ihrer Atomkraftwerke hinauszuzögern. Sie spielen auf Zeit und nutzen dabei die Schwächen des Atomgesetzes. Genau das ist das Problem.

Wir als SSW haben bereits frühzeitig - wenn auch in anderen Zusammenhängen - darauf aufmerksam gemacht, dass das **Atomgesetz** eben nicht in erster Linie die Sicherheit der Menschen im Fokus hat. Mehrfach entstand der Eindruck, dass das Gesetz eher dem Schutz der Anlagen dient. Im Zusammenhang mit dem Atomausstieg und dem Rückbau der AKW bestätigt sich dieser Eindruck wieder einmal. Für die Meiler Krümmel und Brunsbüttel ist die Berechtigung zum Leistungsbetrieb im August letzten Jahres durch das Ausstiegsgesetz erloschen. Aber vom Betreiber Vattenfall gibt es bis heute weder Anträge auf Erteilung einer Stilllegungsgenehmigung noch eine verbindliche Erklärung zu einem Stilllegungskonzept. Mehrfach wurde in diesem Zusammenhang von Hinhaltenaktik und Verzögerung gesprochen, und die Menschen im Land fragen sich zu Recht, wie es angehen kann, dass politische Beschlüsse derart ignoriert werden können.

Aus diesem Grund brauchen wir endlich eine rechtliche Handhabe gegen ein derartiges Vorgehen. Wir brauchen strengere Gesetze für den Betrieb und striktere **Vorgaben** für die **Abwicklung der Meiler**. Die Abwicklung der Meiler mit ihren radioaktiven Elementen wird uns über Jahre beschäftigen. Damit sich dies nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag hinzieht, brauchen die Kraftwerksbetreiber ganz klare Vorgaben. § 7 Abs. 3 Atomgesetz sieht derzeit zwei Möglichkeiten für die Stilllegung der Anlagen vor: den sicheren Einschluss oder den Abbau der endgültig stillgelegten Anlage.

Der **Einschluss** wird mehrere Jahrzehnte dauern, da die Radioaktivität erst abklingen muss. Experten gehen dabei von 40 bis 60 Jahren aus, je nach Art der Anlage. Damit haben die betroffenen Kommunen über Jahrzehnte keine Planungsmöglichkeit für den Betriebsstandort. Bereits der Wegfall eines Kraftwerks stellt für die betroffene Kommune einen wirtschaftlichen und finanziellen Einschnitt dar. Wenn aber auch noch das Betriebsgelände nach der Stilllegung über Jahrzehnte unbepflanzt bleiben und brachliegen muss, ist dies ein weiterer Einschnitt für die Kommune. Denn solange das Atomkraftwerk stehen bleibt, ist das Gelände für nichts zu gebrauchen.

Aus diesem Grund kann die Lösung nach der Stilllegung nur der unverzügliche **Rückbau** sein. Hierfür gibt es jedoch keine rechtliche Handhabe, um den Betreibergesellschaften eine Frist für den Beginn der Rückbaumaßnahmen zu setzen. Das bedeutet: Wir brauchen auch hier klare Regeln, damit die Atomaufsichtsbehörden endlich handlungsfähig sind.

Wir wollen, dass der Atomausstieg endlich auch in Schleswig-Holstein ankommt. Krümmel und Brunsbüttel gehören stillgelegt, damit endlich mit dem Rückbau begonnen werden kann. Dass die Betreibergesellschaft hier auf Zeit spielt, ist nachvollziehbar. Doch als Politik können und wollen wir nicht länger akzeptieren, dass wir nur tatenlos zusehen müssen, wie die Betreibergesellschaft ihre Verzögerungstaktik durchzieht. Das Atomgesetz muss endlich dahin gehend geändert werden, dass die zuständigen Aufsichtsbehörden nicht länger machtlos gegenüber dem Betreiber dastehen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Olaf Schulze von der SPD-Fraktion das Wort.

**Olaf Schulze [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Lieber Kollege Kumbartzky, wenn es beim letzten Mal, als wir den Antrag gestellt haben, nur daran gelegen hat, dass wir die Bundesregierung und nicht die Landesregierung aufgefordert haben, hätten wir das sicherlich, wenn das von Ihrer Seite gewünscht worden wäre, in einem Antrag sofort ändern können. Wenn Sie ihm dann damals zuge-

(Olaf Schulze)

stimmt hätten, hätten wir das glatt gemacht. Das wäre überhaupt kein Problem gewesen.

Ich weiß aber, dass es nicht an Ihnen gelegen hat, sondern dass es da einen Koalitionspartner gab, der das generell nicht wollte und der auch heute dem Antrag nicht zustimmen kann und will. Insofern sehe ich es Ihnen nach.

Ich finde es toll, dass Sie heute sagen, Sie können unserem Antrag zustimmen, weil das der richtige Antrag ist. Wir brauchen das gar nicht mehr im Ausschuss großartig zu diskutieren, wir können das bereits heute abschließend beurteilen.

(Beifall Abgeordneter Detlef Matthiessen  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn im zweiten Absatz unseres Antrags steht:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bund dafür einzusetzen, das Atomgesetz dahin gehend zu ändern, dass die zuständigen Atomaufsichtsbehörden berechtigt werden, der jeweiligen Betreibergesellschaft eine Frist für den Beginn der Rückbaumaßnahmen zu setzen.“

Da sagen Sie, das gehe nicht, weil noch nicht klar sei, wohin die Endlagerfrage geht und wann die Endlagerproblematik geklärt ist.

Das Problem, das wir in Deutschland haben, ist, dass es Atomkraftbetreiber gibt, die Anträge gestellt haben. Es gibt **Atomkraftbetreiber**, die das schon getan haben, weil sie sagen: Ich brauche eine gewisse Zeit, bis ich ein Atomkraftwerk zurückgebaut habe, bis ich überhaupt anfangen kann, bis ich die Genehmigung bekomme. Diese Zeit müssen wir nutzen, damit wir die **Endlagerfrage** klären können.

Wir haben einen Betreiber - das ist Vattenfall -, der sich hinstellt und sagt: Ich stelle gar keinen Antrag. Er ist nicht einmal verpflichtet, einen Antrag zu stellen. Das heißt, Vattenfall könnte sich theoretisch, wenn wir so weitermachen wie bisher und alles so bleibt, wie es ist, hinstellen und sagen: Irgendwann, in zehn, 15 oder 20 Jahren stelle ich einmal einen Antrag. Dies wollen wir mit unserem Antrag verhindern.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb muss die Möglichkeit geschaffen werden, eine Frist zu setzen.

(Zuruf Abgeordneter Oliver Kumbartzky  
[FDP])

- Es geht ja auch darum, dass sich vielleicht auch die CDU-Kollegen noch überzeugen lassen. Ich bin gern bereit zu erklären, wie die Situation ist. Deswegen werde ich einfach noch einmal dafür.

Es geht nicht darum, Fristen zu setzen, die unrealistisch sind, die utopisch sind, sondern es geht darum, diejenigen, die die jetzige Situation, die Gesetzeslücken ausnutzen, davon zu überzeugen, einen Antrag zu stellen.

Deswegen werden wir gegen die Ausschussüberweisung stimmen und hoffen, dass Sie unserem Antrag zustimmen. Ich bin gern bereit, das dann, wenn die Landesregierung handelt oder gehandelt hat, im Ausschuss zu diskutieren. Da werden wir das Thema immer noch haben. Ich hoffe, dass wir dann Ihre Zustimmung gewinnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Inzwischen sind für alle mit dem Atomausstieg abgeschalteten AKWs **Stillstellungsanträge** gestellt; für alle, bis auf die schleswig-holsteinischen. Wenn die Kollegen Umwelt- und Energieminister auf Bundesebene auf den Konferenzen darüber berichten, wie in ihren Bundesländern der Abriss und die Demontage von AKWs vorangehen, dann kann ich bei diesem Thema nicht mitreden. Ich erwarte also von Vattenfall für Brunsbüttel umgehend den Antrag auf Stillstellung, und ich fordere Vattenfall auf, den Antrag auch für Krümmel zu stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
vereinzelt PIRATEN)

Es spricht nichts dagegen, bei den konkreten **Demontagearbeiten** eine zeitliche Logik einzuhalten. Ich nehme zur Kenntnis, dass man nicht alles gleichzeitig tun kann. Es darf aber nicht sein, dass man keine Verbindlichkeit bei der Festlegung dahingehend schafft, dass das AKW Krümmel nie wieder ans Netz geht. Bei Krümmel muss der Stecker gezogen werden.

(Minister Dr. Robert Habeck)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Magnussen?

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Magnussen, Sie haben das Wort.

**Jens-Christian Magnussen [CDU]:** Herr Minister, können Sie mir hier und heute bestätigen, dass Sie in intensiven Gesprächen und im Dialog mit Vattenfall stehen und dass es dabei eventuelle Absichtserklärungen oder mündliche Vereinbarungen dahin gehend gibt, dass zeitnah ein Antrag bei Ihnen eingereicht werden soll?

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

- Ich bin in einem Dialog mit Vattenfall. Es gibt auch die Ankündigung, dass für Brunsbüttel ein Antrag gestellt wird. Aber sowohl bei einem Besuch im AKW Krümmel als auch bei allen anderen Gesprächen wurde klar formuliert, dass ein solcher Antrag für Krümmel nicht geplant und nicht beabsichtigt ist. Daher fahre ich in meinen Ausführungen fort und werde damit enden, dass wir den Antrag der regierungstragenden Fraktionen dringend brauchen.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Vielen Dank)

- Bitte. - Der Grund dafür, warum **Vattenfall** noch keinen Antrag auf die Erteilung einer Stilllegungsgenehmigung gestellt hat, wird klarer, wenn wir uns die Neustrukturierung und die neue strategische Ausrichtung des Unternehmens ansehen. Noch vor wenigen Wochen hatten deutsche Vattenfall-Vertreter die schleswig-holsteinischen Reaktorsicherheitsbehörden um Verständnis gebeten. Es sei schwierig, der schwedischen Mutterunternehmensleitung den deutschen Atomausstieg zu vermitteln. Anschließend verkündete die schwedische Muttergesellschaft den Ausstieg aus der bisher zugesicherten Mithaftung für Reaktorunfälle. Das kann man

kaum eine vertrauensbildende Maßnahme für den Prozess des Atomsausstiegs in Deutschland nennen.

Nun präsentiert uns Vattenfall eine **Umstrukturierung**, von der ein Sprecher des Unternehmens in den vergangenen Wochen sagte, es gehe um „Organisation, neue Türschilder und Visitenkarten“. Zeitgleich erklärte der Chef des Mutterkonzerns, „Vattenfall möchte der Atomkraft die besondere Aufmerksamkeit geben, die ihr zukommt“.

Können wir uns jetzt also zurücklehnen und sagen, das sind neutrale Umstrukturierungsprozesse und wir werden schon dahin kommen, dass die AKWs demontiert werden? - Nein, zwar ist das Ende der Atomkraft in Deutschland im Atomgesetz exakt beschrieben. Man könnte also denken, Vattenfall muss sich nur an die gesetzlichen Vorgaben halten. Doch so ist es nicht.

Wir haben ein Gesetz, das duldet, dass es unterlaufen wird. Außerdem ist in dem **Atomgesetz** nicht einmal eine **Frist** für einen **Stillstellungsantrag** genannt, also ist vom Zeitspiel bis zum Konterkarieren der Energiewende alles möglich. Das Atomgesetz muss an dieser Stelle geändert werden. Der Bevölkerung darf eine Atomruine in der Nachbarschaft nur so lange zugemutet werden, wie dies aus Strahlenschutzgründen unbedingt erforderlich ist. Ein Kernkraftwerk im Dornröschenschlaf dient hingegen niemandem.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Um diesen Schlaf zu beenden, werden wir den von den Fraktionen geforderten Bundesratsvorstoß unternehmen. Dies ist für die November-Sitzung des Bundesrats geplant. Er liegt fertig in der Schublade und wartet nur noch auf Ihren Beschluss, auf den ich mich freue. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es wurde Ausschussüberweisung beantragt.

(Wortmeldung Abgeordnete Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin, zur Geschäftsordnung? - Bitte.



**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Nach unserem Kenntnisstand ist eine Abstimmung in der Sache beantragt.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich habe einen anderen Kenntnisstand, denn die Abgeordneten Kumbartzky und Magnussen haben eine Abstimmung über die Ausschussüberweisung beantragt. Wenn Sie dieser nicht zustimmen wollen, dann können Sie dies durch Ihr Abstimmungsverhalten deutlich machen. Wir werden dann im weiteren Verlauf zu Entscheidungen kommen. Der weitestgehende Antrag ist der Antrag auf Ausschussüberweisung. Über diesen lasse ich jetzt ganz formal abstimmen.

Wer den Antrag Drucksache 18/180 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/232 federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Vielen Dank. Das sind die Stimmen der Abgeordneten der CDU- und der FDP-Fraktion. Wer der Ausschussüberweisung nicht zustimmen will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW.

(Zurufe)

- Jetzt habe ich die Stimme. - Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/232, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer diesen Antrag ablehnt, den bitte ich nun um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Mitglieder von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW. - Enthalten haben sich die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/180, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PIRATEN und der Abgeordneten des SSW. Wer diesen Antrag ablehnt, der meldet sich bitte jetzt. - Das sind die Kollegen der CDU. - Enthaltungen sehe ich keine, damit ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte ein Moment um Ihre Aufmerksamkeit. Die Tagesordnung sieht vor, dass wir jetzt noch den Fischereiantrag beraten und den Bericht aus dem Petitionsausschuss hören. Da ich Ihre abendlichen Terminkalender nicht kenne, frage ich, ob wir diese Tagesordnungspunkte noch aufrufen sollen. Ich würde dies für das Präsidium gern tun.

(Zurufe)

- Ich sehe hier Zustimmung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

### **EU-Meeres- und Fischereifonds für eine an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Fischerei in Schleswig-Holstein nutzen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/185

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Bernd Voß von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau wie die Strukturfondsförderung, der Sozialfonds und die Gemeinsame Agrarpolitik wird auch die Gemeinsame Fischereipolitik alle sieben Jahre neu geordnet, und zwar gekoppelt an die mittelfristige Finanzplanung der EU. Wir haben hier in der vergangenen Wahlperiode bereits über die Vorschläge zur **Reform der EU-Fischereipolitik** debattiert. Unser damaliger Antrag bezog sich auf die Grundverordnung, die die Regeln für die Fischerei festlegt, also auf den Ordnungsrahmen der Fischerei. Mit diesem Antrag wenden wir uns an den Fonds im Fischereisektor, also an den Fonds in der Meerespolitik.

Die Nachfrage nach Fisch in Deutschland wird zu rund 85 % durch Importe gedeckt. Diese kommen oft aus ökologisch kritisch zu sehenden Intensiv-Aquakulturen oder aus industrieller Fischerei in weltweit überfischten Fischgründen. Viele Fischer im Land aber werden ihren Fisch oder ihre Krabben nur zu Billigpreisen an den Großhandel oft in Monopolstrukturen los. Eine Stärkung der Selbstorganisation der Fischer und handwerkliche Verarbeitung sind ein Weg aus diesem Dilemma. Dazu gehört zugleich, die Einführung selektiver Fangtechniken auf den Weg zu bringen, um endlich den Bei-

(Bernd Voß)

fang zu begrenzen. Dafür bietet der Verordnungsentwurf gute Perspektiven.

Nicht nur die See- und Küstenfischerei, auch die Binnenfischerei und die Aquakultur sind jetzt in den **Fischereifonds** einbezogen. Wir sollten sicherstellen, dass hier nicht die Entwicklung einer aquatischen Massentierhaltung entsteht, denn mit den gleichen Problemen haben wir bereits an Land zu tun. Wir brauchen daher klare und EU-weit verbindliche **Tierschutzstandards**, zumindest im Bereich der Aquakultur.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Für die **Aquakultur** gilt im Übrigen, was wir zur einzelbetrieblichen Förderung insgesamt sagen: keine Regelförderung, Konzentration auf innovative Pilotprojekte, die die Sache voranbringen.

Wir müssen uns auch mit der Frage beschäftigen, was mit den Fischereifondsgeldern in anderen EU-Ländern passiert. Deutschland erhält lediglich 3,6 % der Gelder aus dem Fischereifonds, Spanien zum Beispiel 26 % der Förderung.

In der Vergangenheit wurden mit dem Geld leider massiv **Fehlentwicklungen** vorangetrieben. Fischereiflotten wurden aufgerüstet, Überkapazitäten wurden nicht abgebaut, sie wurden - im Gegenteil - noch erhöht. Einige Staaten haben sich dabei einen regelrechten Wettkampf geliefert. Dies ist nicht nachhaltig und untergräbt die wichtige Funktion, die die Weltmeere für die Ernährungssicherung der Menschen haben.

Dies hat nicht nur die **Meeresumwelt** und die **Fischbestände** beeinträchtigt, sondern letztlich auch die Situation unserer Fischer hier. Der Fortsetzung dieser Fehlentwicklungen muss durch ein entschiedenes Auftreten der Bundesregierung für eine konsequente Ausrichtung des EMFF auf dem nächsten Fischereirat in Oktober begegnet werden.

In der letzten Förderperiode hat Schleswig-Holstein aus dem Fischereifonds knapp 16 Millionen € erhalten. Mit Kofinanzierung zusammen lagen wir dann bei etwa 30 Millionen €, die in den sieben Jahren investiert worden sind. Neu ist jetzt, dass auch die **integrierte Meerespolitik** in diesen Fonds einbezogen wird. Deshalb heißt der Fonds jetzt Meeres- und Fischereifonds. Und es gibt mehr Geld für diesen Fonds. Der EMFF wächst in der nächsten mittelfristigen Finanzplanung von 4,3 Milliarden € als Fischereifonds auf 6,5 Milliarden € als Meeres- und Fischereifonds auf. Das sind erhebliche Mittel,

die für das Land mehr zur Verfügung stehen könnten.

Wir begrüßen das. Schleswig-Holstein kann und muss diese Gelder für integrierte Projekte im Bereich des Ostseeraums und im Bereich der integrierten Ostseestrategie im Rahmen seiner Nordseepolitik und zukünftig vielleicht auch bald einer Nordseestrategie nutzen. Die Mittel der integrierten Meerespolitik werden, anders als die des Fischereifonds, zentral von Brüssel und nicht von den Mitgliedstaaten verwaltet. Die Projekte in den Regionen können dann gezielt ausgeschrieben werden, und man kann auch gezielt für die Mittel werben.

Besonders deshalb ist es wichtig, wie sich Schleswig-Holstein hier aufstellt und einbringt. Ich nenne beispielsweise Möglichkeiten im Rahmen der Landesinitiative Zukunft Meer im Sinne eines Blue Growth, integrierte Meeresplanung sowie eine systematische Erfassung, Bewertung und gegebenenfalls Bergung von Munitionsaltlasten.

Im Oktober steht der Verordnungsvorschlag der Kommission zum Europäischen Meeres- und Fischereifonds auf der Tagesordnung des EU-Fischerei-Ministerrates, also demnächst. Die Landesregierung verhandelt zwar nicht direkt in Brüssel, aber Schleswig-Holstein hat als Küstenland allen Grund, in dieser Frage eindringlich auf die Bundesregierung einzuwirken.

Daher haben wir jetzt auch nicht um Überweisung in den Ausschuss gebeten, sondern um direkte Abstimmung in der Sache, damit das Land klar positioniert ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Klaus Jensen das Wort.

**Klaus Jensen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine **Ausschussbefassung** hätte meines Erachtens zu diesem Zeitpunkt völlig ausgereicht, um die Neujustierung der Fischereiförderung im Zusammenhang mit der Reform der gemeinsamen Fischereipolitik zu diskutieren.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das gilt nicht nur aus zeitlichen Gründen, sondern auch aus inhaltlichen.

(Klaus Jensen)

Ich stelle fest: Die Regierungsfractionen haben das Rad nicht neu erfunden. Eigentlich ist diese Debatte zu diesem Zeitpunkt entbehrlich. Ich will Ihnen auch sagen, warum.

Im August 2011 tagte hier in Kiel auf Einladung der damaligen Ministerin Dr. Rumpf die **Fischereiministerkonferenz** der norddeutschen Länder. Auf nationaler Ebene herrschte ein **breiter Konsens**. Noch im April dieses Jahres gab es hier im Landtag eine fischereipolitische Debatte. Die Fraktionen waren sich in den wichtigen Grundzügen einig. Lediglich in wenigen Punkten gab es andere Auffassungen, zum Beispiel in der Festlegung der Gesamtfangmengen und in der Vorhaltung der Fischereirechte in der 12-sm-Zone ausschließlich für die regionale Küstenfischerei. Ansonsten ist nachzulesen:

„Die Vorschläge der Europäischen Kommission gingen in die richtige Richtung.“

Und weiter:

„Mit den in der vorliegenden Ausschussempfehlung enthaltenen ergänzenden Forderungen ist Schleswig-Holstein in der Diskussion gut aufgestellt.“

Ergänzend sei erwähnt, dass auch dieser Antrag damals mit deutlicher Mehrheit, das heißt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW, angenommen wurde.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir dennoch einige wenige Anmerkungen zum vorliegenden Antrag. In vielen Punkten, zum Beispiel bei der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen **Nachhaltigkeit** rennen Sie auch bei uns offene Tore ein. Auch der in der Fischerei bevorstehende Paradigmenwechsel ist nichts Neues.

Ich möchte jedoch einige Punkte noch näher betrachten, die auch im Agrar- und Umweltausschuss hinterfragt werden sollten. Wenn Sie in Ihrem Antrag von einer unverhältnismäßig großen Flotte reden, dann interessiert schon, was Sie darunter verstehen. Wenn wir in landwirtschaftlichen Kategorien denken, dann höre ich auch immer wieder, was Massentierhaltung angeht, dass die Meinungen ein bisschen auseinandergehen.

Wenn zukünftig bei Verstößen gegen die **Vergabe von EMFF-Mitteln** die Streichung von Fördermitteln gefordert wird, muss gewährleistet sein, dass dies im europäischen Verbund geschieht. Alles andere wäre eine nicht hinnehmbare Wettbewerbsverzerrung.

Zu den **Munitionsaltlasten** liegt seit Dezember 2011 ein Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vor. Dieser kommt zu dem Schluss, dass „keine akute großräumige Gefährdung der marinen Umwelt“ vorliegt. Wie weit Ihre diesbezügliche Forderung im Antrag mit dieser Feststellung konform oder darüber hinaus geht, können wir ja im Ausschuss besprechen.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass die Regierungsfractionen ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben, bei dem es bisher weitgehende Übereinstimmung gab. Einiges ist noch erklärungsbedürftig. Ich meine, dass wir das im Umweltausschuss- und Agrarausschuss und besprechen sollten.

Ich beantrage für meine Fraktion Ausschussüberweisung.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Lars Winter das Wort.

**Lars Winter [SPD]:**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! In den kommenden Monaten wird im **Europäischen Parlament** über die **Gemeinsame Fischereipolitik**, GFP, ab 2014 beraten und beschlossen. Die bisherige GFP ist ein Beispiel für Politikversagen, an dem die CDU-geführte Bundesregierung einen großen Anteil hat. Deshalb müssen wir unseren Teil dazu beitragen, dass die **Neuausrichtung** der zukünftigen Fischereiförderung gelingt.

Mit seiner ausgedehnten Küste hat Schleswig-Holstein hier eine große Verantwortung, und der wollen wir auch gerecht werden.

Ein wesentlicher Punkt der Reform ist es, der **nachhaltigen Fischerei** zu ihrem Recht zu verhelfen. Um alle Fischbestände bis 2015 auf MSY-Niveau, also dem höchstmöglichen Dauerertrag zu bringen, dürfen keine öffentlichen Mittel mehr in den Aufbau von Überkapazitäten fließen. Nein, Überkapazitäten müssen sogar abgebaut werden. Damit schaden wir unserer heimischen Fischereiwirtschaft nicht. Ganz im Gegenteil, wir stärken die handwerkliche Fischerei damit.

Zur Verhinderung von Beifang sollte die Förderung von selektiven Fangmethoden in den Vordergrund gerückt werden. Gemeinsam mit dem geplanten differenzierten Rückwurfverbot und dem Anlandege-

(Lars Winter)

bot kann so dazu beigetragen werden, dass das MSY-Ziel schnell erreicht wird.

(Beifall SPD)

Die **Aquakultur** soll ein wichtiger Pfeiler des Fischereisektors werden, der zur Nahrungsmittelsicherheit und zur Importunabhängigkeit beiträgt. Dabei müssen aber hohe ökologische und Tierschutzstandards Anwendung finden. Wir tragen damit dazu bei, dass der Konsument mit hochwertigen Aquakulturprodukten versorgt wird, bei deren Produktion die Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden.

(Beifall SPD)

Wichtig ist auch: Die Wertschöpfung haben wir dann in Schleswig-Holstein.

Deutschland ist dafür bekannt, dass EU-Richtlinien zum Teil sehr schnell umgesetzt und angewandt werden, nicht immer, aber sehr häufig. In vielen Gesprächen mit der Fischerei bekam ich mit auf den Weg, dass wir auch dafür Sorge tragen, dass sich die anderen Mitgliedstaaten mit der gleichen Aufmerksamkeit an die Umsetzung der EU-Richtlinien machen müssen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, diejenigen **Mitgliedstaaten** von der **Förderung** auszunehmen, die der Fischereikontrolle und der Datenerhebung nicht nachkommen.

(Beifall SPD)

Neben der Fischereipolitik stellt die Einbeziehung der **Förderung der integrierten Meerespolitik** für Schleswig-Holstein eine große Chance dar, die wir intensiv nutzen wollen. Wir haben mit unserem damaligen Europaminister Uwe Döring den Maritimen Aktionsplan Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht, um die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene integrierte Meerespolitik in unserem Land umzusetzen. Dieser wird derzeit evaluiert und dann fortgeschrieben und weiterentwickelt werden. Ein Ergebnis dieser Evaluierung wird wohl - leider - sein, dass die letzte Landesregierung die Chancen in diesem Bereich nicht genutzt hat. Das wollen und müssen wir auch wieder ändern. Wir werden wieder **Aktivprojekte** im Bereich der integrierten Meerespolitik entwickeln und umsetzen, die unser Land nach vorn bringen.

(Beifall SPD)

- Ja, die Zeit habe ich.

Wir werden bei der Entwicklung einer ab 2014 erforderlichen **regionalen Innovationsstrategie** für Schleswig-Holstein die Ziele und Inhalte der integrierten Meerespolitik sowie der bestehenden

grenzüberschreitenden Planung für die Nord- und Ostseeregion berücksichtigen. Dazu gehört, dass strategische Instrumente wie zum Beispiel die **Landesinitiative „Zukunft Meer“** weiterentwickelt werden, die Aufmerksamkeit für die Meere gesteigert wird, dass maritime Zukunftstechnologien unterstützt werden und die Meere weiter erforscht werden wie zum Beispiel beim **Exzellenzcluster „Ozeane der Zukunft“**.

Mit dem neuen Förderprogramm gibt es viele Chancen für Schleswig-Holstein, die integrierte Meerespolitik im Land weiterzuentwickeln. Das sollten wir nutzen, und deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich den Antrag anschaut, stellt man sich wieder die Frage: Hatten wir den nicht schon einmal? Wenn es um Atomanträge geht, sage ich meistens reflexartig Ja und liege damit richtig. Aber heute geht es um den **Europäischen Fischereifonds**, und wir hatten das Thema im Grunde genommen in einer Tagung der letzten Legislaturperiode, bei der wir einen interfraktionellen Beschluss mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gefasst hatten.

Wenn wir also heute erneut über das Thema diskutieren, stellt man sich die Frage, ob neue Erkenntnisse vorliegen. Oder diskutieren wir vielleicht auch nur über ein Thema, bei dem der Landtag schon eine klare Linie hat? - Meines Erachtens ist Zweites der Fall.

Ohne Frage ist die **Reform der gemeinsamen Fischereipolitik** für die **Zukunft der Fischbestände** von wichtiger Bedeutung. Ziel der Reform muss es sein, die Fischbestände in unseren Meeren zu stabilisieren und die Abhängigkeit der Fischereiindustrie von Subventionen zu beenden.

(Unruhe)

- Gibt es noch Diskussionsbedarf? - Nein.

Aber auch die **Nachhaltigkeit** muss stärker Einzug in die Fischerei auf den Weltmeeren finden. In allen



(**Oliver Kumbartzky**)

diesen Fragen sollte sich das Küstenland Schleswig-Holstein klar positionieren. Doch eines neuen Antrags hätte es unserer Meinung nach dafür nicht bedurft. Der vorliegende Antrag erweitert zwar in einigen Punkten die Forderungen aus dem April, weist jedoch dafür Lücken bei einigen entscheidenden Fragestellungen auf.

Meine Damen und Herren, auch bei diesem Antrag musste ich erst ein wenig schmunzeln, weil Sie auch in diesem Antrag die Landesregierung wieder auffordern, etwas zu tun. Sie scheinen wahrscheinlich die gleiche Meinung zu haben wie wir und fragen sich wirklich: Wann tut die Regierung endlich etwas? Wir müssen sie also auffordern. Soviel dazu.

Ich will auch gern auf konkrete inhaltliche Punkte des Antrags eingehen. Gleich zu Beginn stellt die Koalition eine Forderung auf, die sinnvoll erscheint, aber in ihrer Umsetzung wohl eher schwieriger sein wird. Sie wollen, dass die **Anschaffung von Schiffen** in Zukunft nur bei nicht unverhältnismäßig großen Flotten gefördert wird. Ich halte es für absolut unmöglich, genau zu definieren, wann eine Flotte verhältnismäßig ist und wann nicht. Die Intention, den Aufbau von **Überkapazitäten** zu verhindern, ist richtig, aber die Entscheidung, ob ein Schiff angeschafft wird oder nicht, sollte wirklich jedem einzelnen Unternehmer überlassen sein. Daher muss es das Ziel sein, die Förderung komplett zu streichen und nur noch in Ausnahmefällen zuzulassen.

Im Antrag aus dem April haben wir bereits eine gute Formulierung gefunden. Dort forderten wir die **Förderung auf Modernisierungsinvestitionen** ohne Kapazitätserhöhung wie zum Beispiel die Schiffsicherheit oder Energieeffizienz zu beschränken. Warum das jetzt nicht mehr gilt, bleibt offen.

Ich will gern noch auf einen zweiten Punkt Ihres Antrags eingehen, denn hier erkennt man wirklich die Handschrift der Grünen. Kaum an der Regierung, hat der Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck seine Lobbyinteressen bedient und die **Beibehaltungsförderung der ökologischen Landwirtschaft** wieder eingeführt. Das ist wirklich Klientelpolitik, die ihresgleichen sucht.

(Beifall Abgeordneter Christopher Vogt [FDP])

- Scheint anzukommen.

Nun möchte man aber auch die nächste Klientel bedienen und neben der Beibehaltungsförderung in

der Landwirtschaft auch noch eine Dauerförderung für **ökologische Aquakulturen** einführen.

(Christopher Vogt [FDP]: So sind sie!)

- So sind sie. Genau.

Leider klammert der Antrag wichtige Punkte komplett aus. So haben wir uns im April auf einen Katalog geeinigt, welche Voraussetzungen in Zukunft an die Zahlung von öffentlichen Geldern geknüpft sein sollen. Wir hatten uns auf einen Dreiklang zwischen Ökologie, Ökonomie und Soziales geeinigt. Dass dies jetzt außen vor gelassen wird, finde ich ein bisschen bedauerlich. Der heutige Antrag wäre also aus meiner Sicht nicht notwendig gewesen. Wir hatten eine breite Mehrheit in diesem Haus für die Forderungen zur Reform der Fischereipolitik, und diese waren auch sehr genau definiert. Was Sie jetzt in die Beratung eingebracht haben, verschlechtert den bereits vorliegenden Beschluss. Gern würden wir auch noch im Ausschuss darüber diskutieren, um vielleicht zu versuchen, eine gemeinsame Linie zu finden. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Voß, wollen Sie in der Sache abstimmen. Das ist wahrscheinlich das neue Miteinander, von dem Sie Anfang der Legislaturperiode gesprochen haben.

(Zuruf SPD)

Aber gut, ich möchte meine Rede in diesem Moment beenden. Morgen rede ich nicht so viel, auch wenn Sie das vielleicht bedauern mögen, Frau Redmann. - Ich danke für die Aufmerksamkeit. Guten Abend.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die PIRATEN-Fraktion hat Frau Kollegin Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Frau Landtagspräsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen folgt der Strategie „Europa 2020“. Sich für die Annahme dieses Antrags auszusprechen, bedeutet also, auch den Empfehlungen der Europäischen Kommission zu folgen. Wir halten das für richtig.

Dass eine Reform der europäischen Fischereipolitik unerlässlich ist, dürfte hinlänglich bekannt sein. Den Fischern geht es nicht gut, denn viele Bestände sind bereits weit über ein ökologisch und wirtschaftlich verträgliches Maß hinaus abgeschöpft.

(Angelika Beer)

Ich werde aufgrund der kurzen Redezeit hier nur auf wenige Punkte eingehen, möchte jedoch sagen, dass ich hier gern noch konkrete Daten genannt hätte. Wenn man sich aber mit den Zahlen der von der EU veröffentlichten Dokumente befasst, so stößt man dabei auf sehr unterschiedliche Angaben, die sich mit Statistikfehlern allein nicht erklären lassen.

In einem Bericht von Juli 2011 heißt es, dass laut FAO 85 % der **weltweiten Fischbestände vollständig ausgebeutet oder überfischt** sind. In einem Papier zur DFP-Reform werden ganz andere Zahlen genannt. Dort heißt es nämlich, dass 75 % der Fischbestände in der Europäischen Union überfischt sind gegenüber durchschnittlich 25 % weltweit. Dass hier eine gewaltige Lücke klafft, brauche ich, glaube ich, nicht weiter zu erläutern. An dieser Stelle wäre es schon interessant zu erfahren, wie die EU zu ihren Zahlen kommt. Aber unabhängig davon ist der Vorstoß - -

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Frau Abgeordnete Angelika Beer und nicht ungefähr 88 andere Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier im Raum. Ich bitte Sie um deutlich mehr Aufmerksamkeit.

(Zurufe)

- Ja, das ist gefühlt so, also würden doppelt so viele Leute hier sitzen und miteinander reden. Es hat aber nur noch eine das Wort; das ist Frau Kollegin Beer. Ich bitte Sie um Respekt ihr gegenüber und dass Sie ihr zuhören.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Gefühlt ist es eher so, dass im Moment die Koalitionsfraktionen keine Diskussion im Ausschuss wollen, hier aber offensichtlich erheblichen Diskussionsbedarf haben. Vielleicht können Sie sich entscheiden, ob Sie das eine oder das andere wollen. Danach richtet sich unser Abstimmungsverhalten.

Also noch einmal was die Kommission vorschlägt und auch die Landesregierung uns vorgelegt. Ich habe mir sehr genau das norwegische Modell angesehen, und man kann sagen, dass Norwegen derzeit der einzige europäische Staat ist, dessen Fischereipolitik das Prädikat „nachhaltig“ wirklich verdient. Ich finde viele Initiativen, die die Norweger bereits praktizieren, in diesem Antrag wieder. Deswegen halte ich ihn für in der Sache geboten.

(Zuruf Abgeordneter Christopher Vogt [FDP])

- Wollten Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Sandra Redmann [SPD]: Also, ein Zwischenruf - Entschuldigung - gehört ja wohl zum parlamentarischen Alltag!)

- Es fällt auf, dass die Konzentration auf Ihrer Seite in den letzten zwei Stunden deutlich nachlässt.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Redmann [SPD])

Noch einmal: Für uns ist Norwegen ein geniales Beispiel. Wir sehen einige Punkte hier wieder. Deswegen werden wir dem Anliegen der Sache nach folgen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie jetzt dann doch eine erbetene Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Ja, natürlich!

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Frau Kollegin Beer, Sie hatten ja darum gebeten. Ich habe Ihnen zugehört, und bei Ihrem umfassenden Lob der norwegischen Fischereipolitik, das ja beschränkungsfrei war - so habe ich es wenigstens verstanden - ist meine Frage, ob Sie bei dem Lob auch den Walfang in der norwegischen Fischereipolitik mit einbeziehen?

- Nein, auf keinen Fall, aber Sie wissen, dass in Norwegen von der Praxis her - -

(Beifall SPD)

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Es werden nicht nur Fische von Fischnetzen gefangen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich kann Ihnen gern sagen, was ich in Bezug auf Norwegen richtig und was ich gut finde. Das Überbordwerfen von Beifängen ist grundsätzlich verboten. Um die **Beifangquote** zu reduzieren, werden Regionen, in denen die Beifänge besonders hoch sind, unter Schutz gestellt. Diese Schutzzonen sind eine durchaus positive Einrichtung dieses Systems, weil sie flexibel gehalten werden können. Es gibt **spezielle Netztypen** in Norwegen, die an das Verhalten der jeweiligen befischten Art angepasst sind. Dazu gab es neulich im NDR-Magazin einen guten Film. Über die **Maschengröße der Netze** wird dafür gesorgt, dass nicht so viele Jungtiere gefangen

(Angelika Beer)

werden. Sorgfältige Kontrollen und ein technisch gut ausgestatteter Küstenschutz verhindern die **Schwarzfischerei** auf effektive Weise.

Dies sind die Punkte, die ich positiv hervorheben möchte, ganz detailliert, und ich meine damit nicht den Walfang.

(Zuruf SPD)

- Gut, das freut mich, dass Sie das beruhigt.

Ich möchte auf etwas anderes hinweisen, weil hier zweimal die Frage der **Munitionsaltlasten** angesprochen wurde. Hier ist gerade ausgeführt worden, dass nach einem Bericht nicht mit ernsthaften Problemen in diesem Bereich zu rechnen ist. Ich kann nur auf unsere ausführliche Diskussion vor zwei Wochen in St. Petersburg auf der **Ostseeparlamentarierkonferenz** Bezug nehmen, wo es dezidierte unterschiedliche Redebeiträge verschiedener Länder gegeben hat, die sehr ausdrücklich gefordert haben, dass der Datenbestand überprüft und auch eine **Gefahrenanalyse** im Hinblick auf Munitionsaltlasten vorgenommen wird.

Wir haben übrigens als Schleswig-Holsteiner, die dort waren, dieser Resolution zugestimmt. Insofern gibt es da wohl Unstimmigkeiten innerhalb der Opposition.

Kurzum, wir werden trotz mancher vielleicht dialektischer Unterschiede hier dem Anliegen zustimmen. Der Europaausschuss schickt zu Beginn der Sitzungsfreien Zeit eine Delegation nach Brüssel. Ich persönlich kann nur für die PIRATEN ausführen, dass wir froh sind, dass wir einen solchen Beschluss des Landtags mitnehmen können und versuchen, dafür auch Lobbyarbeit zu machen - ach nein, das machen PIRATEN ja nicht -, sondern dann in der Sache zu argumentieren.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für den SSW hat Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der **Europäische Fischereifonds** wird mit der neuen Förderperiode 2014 - 2020 in mehrererlei Hinsicht neu ausgerichtet. Die **integrierte Meerespolitik** wird künftig fester Bestandteil der Fischereipolitik und somit das Instrument für die Reform der europäischen Fischereipolitik. Laut Verordnungsvorschlag wird aus dem bisherigen Fi-

schereifonds künftig der Europäische Meeres- und Fischereifonds, EMFF.

Der EMFF wird künftig **ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele** berücksichtigen. Der neue Fonds bietet in vielerlei Hinsicht neue Chancen. Der integrierte Ansatz verfolgt das Ziel, die Lebensqualität an den europäischen Küsten zu verbessern. Die Küstengemeinden bekommen die Möglichkeit, ihre Wirtschaftstätigkeiten auszuweiten und können damit neue Arbeitsplätze schaffen. Der integrative Ansatz ist durchaus sinnvoll und wurde vom SSW auch immer befürwortet. Denn mit der integrierten Meerespolitik hat der Ostseeraum bereits sehr gute Erfahrungen gemacht, nicht zuletzt aufgrund der guten Arbeit Schleswig-Holsteins.

(Beifall Abgeordnete Sandra Redmann [SPD])

Jedoch liegt der Fokus der neuen Förderperiode eindeutig in der **nachhaltigen Fischereipolitik**. Lange genug ist das **Problem der Überfischung** und der Überkapazität bei den Flotten bekannt, erreicht wurde bisher aber nichts. Gegensteuern ist nun dringend notwendig. Wir brauchen eine wirkliche **Reform der EU-Fischereipolitik**, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Dafür bedarf es gravierender Veränderungen bei der Art und Weise, also welche Fische wie gefangen werden dürfen. Mit dem Fonds werden Anreize geschaffen, neue Fang- und Fischereimethoden anzuwenden, die die Meeresökologie schonen. Es kann nicht deutlich genug gesagt werden: Wir müssen die Überfischung in den Griff bekommen, denn nur so können wir die Dezimierung der Fischbestände noch umkehren.

(Beifall Abgeordneter Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Umstellung auf eine nachhaltige Fischerei und der verstärkte **Schutz der Fischbestände** werden Auswirkungen auf die Fischereibetriebe haben. Hier wird der integrierte Ansatz des EMFF künftig zum Tragen kommen, damit Alternativen geschaffen werden können, um diese Folgen aufzufangen.

Für unsere Fischer in Schleswig-Holstein sehe ich in dem Zusammenhang mit der Neuausrichtung des EMFF durchaus gute Chancen. Durch den integrierten Ansatz werden künftig innovative Projekte in fischereinahen Bereichen wie Verarbeitung, Gastronomie und Fremdenverkehr gefördert. Hiervon werden gerade die handwerklich arbeitenden Küstenflotten profitieren, denn sie bilden den Schwerpunkt in vielen Küstengemeinden. Daher sehe ich auch gute Chancen für die Zukunft der kleinen Häfen bei uns im Land. Sie haben neben der Bedeu-

(Flemming Meyer)

tung für die Fischerei zunehmend auch aus touristischer Sicht einen großen Wert für die jeweilige Region. Für viele Touristen, aber auch für Einheimische, ist es ein Erlebnis, einen frischen Fisch direkt vom Kutter zu erwerben. Diese Aspekte in dem neuen EMFF begrüße ich sehr.

Die Herausforderungen, vor denen die europäische Fischereipolitik in Bezug auf die nachhaltige Ausgestaltung steht, sind enorm. Eine jahrzehntelange verfehlte Fischereipolitik hat dazu geführt, dass der weitaus größte Teil der Speisefischbestände in den europäischen Meeren überfischt ist. Das Rad zurückzudrehen, ist ein Kraftakt. Die neuen Ansätze halten wir daher für absolut notwendig und längst überfällig.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf die strategische Neuausrichtung des EMFF sehe ich Schleswig-Holstein im Grunde weit vorn. Wir haben uns im Zusammenhang mit der integrierten Meerespolitik weit über den Ostseeraum hinaus schon einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Diese Erfahrungen werden dem Land künftig zugutekommen. Ich sehe gute Chancen, dass wir wieder Vorreiter werden können, wenn es um die Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik im Ostsee- und Nordseeraum geht. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege Bernd Voß hat uns angedeutet, dass er sich gern für einen Einminutenbeitrag melden möchte. Dafür hat er nach unserer Geschäftsordnung 3 Minuten Zeit. Ich erteile ihm das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr großzügig. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann sich ja richtig unbeliebt machen, wenn man jetzt noch etwas sagen möchte, denn oben wartet ja eventuell schon der Fisch. Ich habe heute auch gehört, dass es reicht, einmal Fisch im Landtag behandelt zu haben.

Ich wollte auch nur zwei Sätze dazu sagen, warum wir den Antrag in den Landtag eingebracht haben. Wir haben ihn eingebracht, weil der Meeres- und Fischereifondsvorschlag der Europäischen Union ein Gemischtwarenladen ist. Wenn Sie da den einen oder anderen Punkt hier nicht wiedergefunden haben: Wir haben wichtige Punkte für das Land herausgearbeitet. Der andere Grund, warum wir es ein-

gebracht haben, ist einfach, dass wir die Meerespolitik hier angedockt haben, damit das Geld ins Land fließt, um auch darauf den Fokus zu legen.

Wir sehen, dass es sinnvoll wäre, das, was Sie gesagt haben, Herr Jensen, im Ausschuss zu beraten. Das war aber einfach nicht möglich aufgrund der neuen Legislaturperiode und des Termindrucks.

Vom 1. bis zum 3. Oktober 2012 findet der Fischereirat statt, und daher ist ein klares Votum sinnvoll. Ich denke, wir können das im Sinne der Selbstbefassung im Umwelt- und Agrarausschuss behandeln. Wir brauchen dieses klare Votum, um einfach nicht wieder Beliebigkeit in der Fischereipolitik zu haben, sie hat auch ihren Hintergrund, warum das so läuft. Wir wollen eine effiziente Meerespolitik und Fischereipolitik bekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege.

Das Wort für die Landesregierung hat Herr Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Liebe Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich am Ende eines langen Tages einige Anmerkungen machen.

Ich bin sowohl Fischereiminister als auch Natur- und Artenschutzminister und habe jeweils mit den betroffenen Berufs- und Verbandsgruppen viele Gespräche geführt. Gibt es einen Widerspruch zwischen beiden Aufgabenfeldern? Jein, würde ich sagen. Auf den ersten Blick ist es so, dass aus der betriebswirtschaftlichen Sicht der Fischer viele neue Vorschriften Einschränkungen bedeuten, und viele Förderungen im Bereich der Fischerei dem Naturschutz zu weit gehen und gefragt wird: „Warum fördert ihr das jetzt?“. Auch **neue Fangtechniken** bedeuten Eingriffe in das Ökosystem.

Auf den zweiten Blick lässt sich das auflösen. Vor allem bei den Gesprächen mit den Fischern schlug mir eines entgegen: der Frust, der bis in die Socken geht, neben einem Knochenjob auch noch der Buhmann zu sein, nämlich Schuld daran zu sein, dass die Meere leer gefischt sind, und sie für alles Übel auf den Meeren herhalten zu müssen.



(Minister Dr. Robert Habeck)

In der Tat bereitet die Fischerei große **Probleme für das Ökosystem Meer**. Es gibt Fischereipiraterie. Es gibt illegales Fischen. Es gibt Zerstörung von ganzen Ökosystemen und Artensystemen. Es gibt auch Überfischung von Fischbeständen in der Ostsee und in der Nordsee. Allerdings ist das Problem in Schleswig-Holstein und in Deutschland weitgehend erkannt worden, und man hat es einigermaßen im Griff.

Wir haben in Schleswig-Holstein noch **680 Fischerfahrzeuge**. Die weitaus meisten davon sind kürzer als 12 m. Fahrzeuge der großen Hochseefischerei gibt es in Schleswig-Holstein nicht. In Deutschland gibt es noch neun Stück, sieben davon gehören allerdings einem holländischen Konzern.

Ich glaube fest, dass der Wunsch der heimischen Fischerei, nicht als Buhmann wahrgenommen zu werden, nur eine Antwort kennt: Das ist das **Bluing der europäischen Fischereiprogramme**. Der Weg führt über eine nachhaltige, eine ökologische, eine integrierte Fischerei. Das heißt, wenn sich die Fischerei den Naturschutz und den Schutz der Meere zu eigen macht, wird das die Anerkennung bringen, die den Dorsch vom Kutter höher wertet als den asiatischen Importfisch. Daran ist der Fischerei gelegen, aber sicherlich auch dem Naturschutz, wenn man etwas globaler denkt.

Ich finde, dass der Antrag rechtzeitig kommt und in genau die richtige Richtung geht. Ich werde nicht nur bei den Verhandlungen und Beschlüssen der EU-Programme den Einfluss Schleswig-Holsteins nutzen, um diese in die richtige Richtung zu lenken, sondern auch die bestehenden Möglichkeiten im Sinne dieses Antrags im Geist wie in Buchstaben nutzen, um schon jetzt Gelder und Fördermaßnahmen umzulenken.

Wir haben lokale Probleme. Bezieht man sie auf die Rolle Schleswig-Holsteins, sind sie nicht von der Hand zu weisen im Bereich von Beifang von Schweinswalen, im Bereich der Tauchenten und bei der Krabben- und Meeresfischerei im Nationalpark Wattenmeer.

Wenn wir ernst meinen, was hier besprochen worden ist, wenn wir uns vor Augen halten, welche Rolle die Fischerei in Schleswig-Holstein und in Deutschland hat, kann ich davon nur ableiten, dass die Kraft der Argumente in Schleswig-Holstein von der Vorbildrolle von Schleswig-Holstein abhängt. Deswegen werden wir die Konflikte lösen, um dann im Sinne des weitgehend von allen Fraktionen zustimmungsfähigen Antrags zu verhandeln. - Ich

danke für den Antrag. Ich danke für diesen Tag. Tschüss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Noch ist zumindest der parlamentarische Tag nicht zu Ende. - Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat nun Herr Abgeordneter Klaus Jensen von der CDU-Fraktion.

**Klaus Jensen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wird keine drei Minuten dauern. Ich weise erstens darauf hin, dass wir inhaltlich Diskussionsbedarf haben. Deswegen ist Ausschussüberweisung das probate Mittel.

Zweitens. Ich weise darauf hin, dass wir eine Beschlusslage des Landtags aus der letzten Legislaturperiode haben, die noch nicht einmal ein halbes Jahr alt ist. Insofern bewegen wir uns nicht im luftleeren Raum.

Drittens. Wenn das Verfahren so abläuft, wie Sie das vorhaben, werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Antrag Drucksache 18/185, wie von den Kollegen Jensen und Kumbartzky beantragt, federführend dem Umwelt- und Agrarausschuss sowie mitberatend dem Europaausschuss überwiesen werden soll. Wer dieser Überweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Wer dieser Ausschussüberweisung nicht zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Da sind die Mitglieder von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag Drucksache 18/185 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW. Wer diesen Antrag ablehnt, meldet sich jetzt. - Das sind die Kollegen der CDU und der FDP. - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Meine Damen und Herren, ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 48 auf:

**Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2012 bis 30. Juni 2012**

Bericht des Petitionsausschusses  
[Drucksache 18/158](#)

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Uli König, das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Es ist schade, dass nur bis 18 Uhr übertragen wird!)

**Uli König [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz. Ich freue mich, Ihnen heute als Vorsitzender des Petitionsausschusses den Tätigkeitsbericht des zweiten Quartals 2012 vorstellen zu dürfen. Der Bericht umfasst die Monate April bis Juni 2012, also das Quartal mit den Landtagswahlen im Mai.

In diesem Zeitraum hat der bisherige Petitionsausschuss 113 Petitionen abschließend beraten, davon drei Gegenvorstellungen in bereits abschließend beratenen Verfahren. Der Schwerpunkt lag in diesem Quartal auf den Bereichen Justiz und Finanzen. Der Ausschuss hat eine Gesprächsstunde außerhalb der Ausschusssitzungen abgehalten.

Darüber hinaus haben sich im Berichtszeitraum 67 Petentinnen und Petenten mit unterschiedlichsten Anliegen vertrauensvoll an den Petitionsausschuss gewandt. Dies zeigt noch einmal, dass der Petitionsausschuss auch in einer Zeit direkter Kommunikation zwischen Bürgern und Abgeordneten eine wichtige Institution ist, um auf Probleme und persönliche Härtefälle einzugehen.

Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle noch einmal bei meiner Vorgängerin, Frau Katja Rathje-Hoffmann, bedanken.

(Beifall)

- Das was das letzte Mal.

(Heiterkeit)

Auch wenn Petitionen oft nachvollziehbar und verständlich sind, kann der Petitionsausschuss nicht immer abhelfen. Hierbei sieht er sich auch weiterhin in der Pflicht, Petentinnen und Petenten die von ihnen monierten Entscheidungen staatlicher Stellen vor dem Hintergrund der geltenden Rechtslage durch verständliche Erklärungen näherzubringen.

Umso erfreulicher ist es, wenn sich der Einsatz des Petitionsausschusses für die Belange von Petentinnen und Petenten positiv auswirkt. Im zweiten Quartal 2012 hat sich der Petitionsausschuss beispielsweise erfolgreich für einen Strafgefangenen eingesetzt, der aus einem anderen Bundesland nach Schleswig-Holstein verlegt werden wollte. Durch die erreichte Verlegung in die neue Haftanstalt ist durch die Nähe zum Wohnort seiner Lebensgefährtin sicherlich die Chance einer Resozialisierung erhöht worden.

Aufgrund der Vielzahl der Eingaben hat sich der Ausschuss im Wege der Selbstbefassung mit der Problematik der Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen im Finanzverwaltungsamt befasst. Hierbei hat er nicht nur schriftliche Stellungnahmen bei der beteiligten Behörde angefordert, sondern darüber hinaus zwei Anhörungen zu Fragen aufgeworfener organisatorischer und personeller Probleme geklärt.

Mit diesen ermutigenden Beispielen komme ich zum Schluss. Ich bedanke mich noch einmal für Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe versucht, schnell zu reden, damit ich möglichst schnell zum Schluss komme. Ich bitte um Bestätigung der Erledigung der Petitionen aus dem zweiten Quartal 2012.

(Beifall)

Wenn Sie mehr lesen wollen: Drucksache 18/158.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 18/158 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Tagung bis morgen früh 10 Uhr, wünsche Ihnen allen einen schönen Abend. Auf Wiedersehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:29 Uhr**

Anlage

**Namentliche Abstimmung**  
 7. Sitzung am 26. September 2012  
**Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**  
 Antrag der Fraktion der PIRATEN  
 Drucksache 18/9  
 (Seite 427 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	Ja
Hans-Jörn Arp	Ja	Lars Winter	Ja
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Enthaltung
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Ja
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Ja
Hauke Göttisch	Ja	Marlies Fritzen	Ja
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Ja
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Ja
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Ja
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Ja
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Ja
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
<b>SPD</b>		<b>PIRATEN</b>	
Torsten Albig	Ja	Angelika Beer	Nein
Wolfgang Baasch	Ja	Dr. Patrick Breyer	Nein
Dr. Kai Dolgner	Ja	Wolfgang Dudda	Nein
Peter Eichstädt	Ja	Uli König	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Ja	Sven Krumbek	Nein
Martin Habersaat	Ja	Torge Schmidt	Nein
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja	<b>SSW</b>	
Simone Lange	Ja	Lars Harms	Ja
Serpil Midyatli	Ja	Flemming Meyer	Ja
Birte Pauls	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Tobias von Pein	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Beate Raudies	Ja		
Sandra Redmann	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Thomas Rother	Ja	Abgegebene Stimmen	69
Olaf Schulze	Ja	davon	
Dr. Ralf Stegner	Ja	Jastimmen	62
Dr. Gitta Trauernicht	Ja	Neinstimmen	6
Kai-Oliver Vogel	Ja	Enthaltungen	1